



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 2/2024



Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, Innenstaatssekretär Sandro Kirchner, MdL, der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, sowie die Landräte Siegfried Walch und Dr. Hans Reichhart der Pilotlandkreise Traunstein und Günzburg und der 3. Bürgermeister der Stadt Straubing (Pilotstadt) Werner Schäfer bei der Vorstellung der bayerischen Bezahlkarte für Asylbewerber am 20. März

Austausch der Kommunalen Spitzenverbände mit der
Bayerischen Staatsregierung S. 6

Die Digitalisierung der Verwaltung als gemeinsame Aufgabe von
Freistaat und Kommunen S. 8

Forderungen des Deutschen Landkreistages zur
Europawahl 2024 S. 21

**Editorial** 4**Aktuell**

Austausch der Kommunalen Spitzenverbände mit der Bayerischen Staatsregierung	6
Die Digitalisierung der Verwaltung als gemeinsame Aufgabe von Freistaat und Kommunen	8
Bayerische Landräte appellieren wegen Krankenhäusermisere an den Bayerischen Ministerpräsidenten	10
Entbürokratisierung – Möglichst viele Vorschriften streichen und das war's?	11
Verkehrswende – aber rückwärts? Arbeitskreis ÖPNV beim Bayerischen Landkreistag sieht Angebot in Bayern in Gefahr.	14
MuniWorld 2024: Israeli Revival vom 9. bis 10. Juni in Tel Aviv.	16
Tagung der Geschäftsstellenleitungen der Gesundheitsregionen ^{plus} am 19./20. März 2024 in Landshut	19
Forderungen des Deutschen Landkreistages zur Europawahl 2024	21
Das Bayerische Selbstverwaltungskolleg in Fürstenfeldbruck – Kostenlose Schulungen für Mandatsträger aus ganz Bayern	28
Recruiting nicht ohne Social Media	30
Gemeinsam für Wachstum und Erfolg in Bayern	32

Der Gastgeber der Landkreisversammlung 2024

Der Wunsiedler Weg – die Energiezukunft entsteht im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge	34
DES FICHTELGEBIRGE: Imagefilm #Freiraum für Macherinnen	37
fichtelstationen – zentrale Orte der Teilhabe	41

Kreisentwicklung

Kreisentwicklung im Landkreis München an den Start gegangen	43
Kreisentwicklung und Regionalmanagement als wichtiger Motor für den Landkreis Freyung-Grafenau	46
Ein bunter Strauß an Projekten zum Thema Kreisentwicklung im Landkreis Aschaffenburg	50
TTZKT – Ein Kürzel, das für Aufbruch und Zukunft am Wirtschaftsstandort Kitzingen steht	53
Kreative Wege in einer ländlichen Region: Erfolgreiche Projekte aus dem Landkreis Rhön-Grabfeld	57
Vernetzt. Innovativ. Lebenswert: Die Smarte Region Würzburg gestaltet neue Wege für ein gesellschaftliches Miteinander	61
Digitale Transformation und Kreisentwicklung im Landkreis Neustadt an der Waldnaab	65



Gesundheitsversorgung

Überregionale Gesundheitsversorgung in den Landkreisen Dillingen und Günzburg	69
Kooperationen stärken regionale Krankenhausversorgung im Landkreis Lindau	70
Die Antworten des Landkreises Deggendorf auf die Herausforderungen bei der medizinischen Versorgung	73
Freyunger Kinder unterstützen Medizinerprojekt des Regionalmanagements	75
Hausarztschmiede Tirschenreuth	77

Aus den Landkreisen

Revolutionierung des kommunalen Energiemanagements: Der Landkreis Ebersberg geht mit kommunal?digital! neue Wege	78
„Räume der Mobilität“ als große Chance auch für Freising: Internationale Bauausstellung in der Metropolregion München	81
Schoko-Cashews aus Landsberg am Lech für bessere Lebensbedingungen in Tansania	84
Für mehr regionale Bio-Produkte auf Ostallgäuer Tellern	85
Grenzüberschreitende Daseinsvorsorge eröffnet vielversprechende Perspektiven im Landkreis Regen	88
Der Landkreis Kronach startet „KarriereClick – Das Karriereportal“	90
Vorsorge ist die halbe Miete: Notfallmappen im Landkreis Fürth	92
Kreistag Weißenburg Gunzenhausen positioniert sich gegen Rechts-extremismus	93
Landkreis Neumarkt i.d.OPf. in mobilen und digitalen Fragen weit vorne	94
Personalien	97

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon (089) 286615-0

Telefax (089) 282821

info@bay-landkreistag.de

www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Sarah Honold

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der zweiten Ausgabe unserer Landkreistag KOMPAKT vor Augen wissen Sie, dass die Landkreisversammlung aktuell ganz oben auf der Agenda des Bayerischen Landkreistags steht. Wie üblich wird im Mai die Vollversammlung unserer 71 Landkreise stattfinden, dieses Jahr „ganz oben“ in Bayern, im Landkreis Wunsiedel. Wichtige Vertreter des Bundes und des Freistaats haben ihr Kommen angekündigt – es wird wieder eine spannende und informative Veranstaltung werden!

Energieproduktion und -vermarktung

In Wunsiedel i. Fichtelgebirge führen wir fort, was 2021 mit der Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und der damit erreichten Befugnis der Landkreise zur Erzeugung erneuerbarer Energien begonnen wurde. Wenn wir klimafreundliche Energie produzieren, wollen wir diese auch vermarkten und marktwirtschaftlich tätig werden. Klimaschutz und Energiewende können unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Wohlstandssicherung, Wertschöpfung, sozialem Augenmaß und dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land ausschließlich zusammengedacht werden. Das eine funktioniert nur mit dem anderen. Die durch die Politik zu schaffenden Rahmenbedingungen brauchen dabei eine ordentliche Portion Kommunalverstand.

Kommunale Wegbereiter

Was kommunales Engagement und Knowhow bewirken kann, zeigt der deutschlandweit bekannte Wunsiedler Weg der Energiezukunft. Der gastgebende Landkreis bzw. der „Wunsiedler Weg“ im Bereich der alternativen Energieerzeugung sind über die Landesgrenzen hinaus als Wasserstoff-Modellregion Fichtelgebirge mit einer fast völlig unabhängigen Versorgung mit Strom und Wärme bekannt. Der #freiraumfürmacher demonstriert, wie aus regionalen Ressourcen nachhaltig und autonom Energie wird.

Einfach machen ist das, was unsere bayerischen Landkreise auszeichnet. Lesen Sie ab Seite 43, wie mit Mut und Ideenreichtum auch unabhängig von landes- und bundespolitischen Vorgaben und Beschlüssen zukunftsweisende Projekte auf den Weg gebracht werden.



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Aufgaben- und Standardabbau

Alle politischen und administrativen Ebenen sind mit einer zunehmend angespannten Personal- und Finanzsituation konfrontiert. Angesichts stetig steigender Ausgaben, insbesondere im sozialen Bereich, kann es kein einfaches „Weiter wie bisher“ geben. Personal- wie Finanzressourcen sind endlich. Bei den Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich 2024 im zurückliegenden Dezember haben wir mit dem Freistaat daher vereinbart, Entbürokratisierung und Deregulierung gemeinsam anzugehen. Nur durch einen Abbau von Aufgaben und Standards werden wir unsere Arbeitsfähigkeit überhaupt noch erhalten können. Mitte März haben wir daher der Bayerischen Staatskanzlei ein erstes Paket mit 34 Vorschlägen zum Bürokratieabbau vorwiegend im Bereich des Landesrechts übergeben. Dieses wurde mit Unterstützung aller bayerischen Landratsämter erarbeitet. Weitere Initiativen werden auf der Fachebene und in einschlägigen Gremien erfolgen.

Das Leben der Menschen und die Rahmenbedingungen für die Unternehmen müssen einfacher werden. Der Abbau von Aufgaben und Standards ist dafür der richtige Weg. Verfahren müssen vereinfacht und Komplexitäten abgebaut werden, um den Verwaltungsaufwand deutlich zu reduzieren. Wir brauchen keine

pauschale Streichung von Vorschriften, sondern eine Aufwandsbremse. Ganz besonders wird es aber auf einen Mentalitätswandel in allen Köpfen ankommen. Das betrifft die Ebene der Verwaltung und dies insbesondere auf Regierungs- und Ministerialebene genauso wie die Bürger selbst. Mehr Flexibilisierung, mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung sind nicht mit einem Wunsch nach mehr Regelungen und mehr Staat vereinbar. Wir müssen wieder mutiger werden und uns selbst mehr zutrauen. Kluge Entscheidungen gibt es auch – oder besser gerade – ohne umfangreiche ministerielle Vorgaben.

Gesundheitsversorgung

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Wir befürchten eine drohende Unterversorgung in ländlichen Regionen, bedingt durch eine fatale Allianz aus finanziellen Defiziten der Krankenhäuser, einem drohenden kalten Strukturwandel mit unkontrollierter Schließung einzelner Häuser in Kombination mit zunehmendem Ärztemangel. Eine umgehende Antwort der Bundesregierung in Form einer kurzfristigen Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser ist unerlässlich. Aber auch der Freistaat ist gefordert: Seine Krankenhausplanung ist das Fundament für Bedarfsnotwendigkeit und -gerechtigkeit. Da ist noch Luft nach oben! Nicht zuletzt deshalb hat sich unser Präsident an den Bayerischen Ministerpräsidenten gewandt. Auf Seite 10 finden Sie seinen dringenden Appell.

Ausblick

Auch in anderen Bereichen knirscht es. Große Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe belasten uns nicht nur finanziell. Die Jugendämter sind in vielen Landratsämtern zudem der personalintensivste Bereich. Eine Diskussion darüber, was künftig kommunal noch leistbar ist, ist unvermeidlich.

Auch die Migrationskrise bindet weiterhin enorme Ressourcen. Und beim Blick über den Tellerrand geben die Meldungen zur wirtschaftlichen Situation in unserem Land großen Anlass zur Sorge, von den Kriegen und Krisenherden dieser Welt ganz zu schweigen.

Umso wichtiger ist es für uns, das, was wir im Alltag positiv gestalten können, immer wieder in den Blick zu nehmen. Ansätze für weitere Verbesserungen werden wir an unsere Partner in Land und Bund zusätzlich im Rahmen der Landkreisversammlung adressieren. In Wunsiedel i. Fichtelgebirge werden wir deswegen sehr energiegeladen die Zukunft unserer Landkreise mit vereinten Kräften weiter vorantreiben.

Herzliche Grüße,
Ihre

Andrea Degl

Austausch der Kommunalen Spitzenverbände mit der Bayerischen Staatsregierung

Am 16. April haben die Präsidenten und der Vorsitzende der Kommunalen Spitzenverbände an einer Sitzung des Bayerischen Kabinetts teilgenommen und dabei zu den vorab durch die Bayerische Staatskanzlei festgelegten Themen Migration, Kommunaler Finanzausgleich, Ganztagsausbau und Krankenhausreform Stellung genommen.

Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Migrationskrise

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, dankte dem Bayerischen Ministerpräsidenten für die bisherige Unterstützung des Freistaates in der Migrationskrise, betonte aber auch, dass die kommunale Selbstverwaltung durch die Pflicht zur Unterbringung der Asylbewerber zunehmend eingeschränkt werde. „Die Häppchen-Politik der Bundesregierung bindet auf kommunaler Ebene Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen. Durch die Durchsetzungsstärke des Bayerischen Ministerpräsidenten wurden in Berlin zwar zarte Schritte wie etwa mit der Bezahlkarte für Asylbewerber gemacht, die großen Fragen und eine echte Entlastung bleiben aber nach wie vor aus. Das gilt insbesondere für die Unterbringung. Die EU-Asylreform mag angesichts der komplexen Machtverhältnisse und divergierender Interessen der Nationalstaaten in Brüssel ein Durchbruch sein, auf eine kurzfristige Wirkung ist aber nicht zu hoffen. Eine echte Hilfe für unsere Kommunen fordert bundes- und landespolitisches Engagement bei der Unterbringung. Asylbewerber ohne geklärte Bleibeperspektive haben in der Fläche nichts zu suchen. Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen und erst recht Abgelehnte müssen in von Bund und Freistaat geschaffenen zentralen Einrichtungen bleiben. Wir haben eine starke Solidargemeinschaft mit unseren Gemeinden, die durch die angespannte Unterbrin-

Aktuelle Unterbringungssituation

- rd. 12.000 Menschen in der Erstaufnahme
- rd. 117.000 in der Fläche/Anschlussunterbringung

render Interessen der Nationalstaaten in Brüssel ein Durchbruch sein, auf eine kurzfristige Wirkung ist aber nicht zu hoffen. Eine echte Hilfe für unsere Kommunen fordert bundes- und landespolitisches Engagement bei der Unterbringung. Asylbewerber ohne geklärte Bleibeperspektive haben in der Fläche nichts zu suchen. Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen und erst recht Abgelehnte müssen in von Bund und Freistaat geschaffenen zentralen Einrichtungen bleiben. Wir haben eine starke Solidargemeinschaft mit unseren Gemeinden, die durch die angespannte Unterbrin-



Die Präsidenten und der Vorsitzende der Kommunalen Spitzenverbände in der Sitzung des Ministerrates (Foto: Bayerische Staatskanzlei)

gungssituation nicht weiter gefährdet werden darf.“ Daneben forderte Karmasin die Staatsregierung auf, sich beim Bund weiter für eine effektive Begrenzung und Steuerung des Zugangs und ein funktionierendes Rückkehrsystem für diejenigen ohne Bleibeperspektive einzusetzen.

Die Bayerische Staatsregierung sicherte zu, die Kommunen weiterhin in bewährter Weise in der Migrationspolitik unterstützen zu wollen und dabei eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammenzuarbeiten. Sie hob ihre im Vergleich zu anderen Bundesländern großzügige Bereitschaft hervor, alle Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern zu übernehmen. Daneben teilte sie die Kritik der Kommunen an der Asylpolitik des Bundes.

Dauerbrenner Kommunalfinanzen

Der Chamer Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirktags, verdeutlichte, wie drastisch sich mittlerweile die stetigen erheblichen Ausgabesteigerungen in nahezu allen Aufgabenbereichen (u.a. Soziales und Jugendhilfe, Defizitausgleiche bei den Krankenhäusern und beim ÖPNV, Migrationskrise,

Kommunaler Finanzausgleich 2024

Kein Ausgleich der finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen durch den Anstieg der Finanzausgleichsleistungen um 212,8 Mio. € auf 11,4 Mrd. €

Energie- und Personalfragen) auf die kommunalen Handlungsspielräume und Investitionsmöglichkeiten auswirken. „Auch wenn der Freistaat immer wieder betont, dass Bayerns Kommunen aufgrund der finanziellen Spritzen der Bayerischen Staatsregierung im Ländervergleich gut dastünden, wird unser Kernproblem immer größer. Vor allem die Ausgaben für staatliche und übertragene Aufgaben steigen stärker an als die Steuereinnahmen und die Finanzausgleichsleistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Diese ausgesprochen angespannte Finanz- und auch die Personalsituation wird als Versagen der Verwaltung wahrgenommen. Eine starke Lösung für die Reduzierung der Ausgabebelastungen ist der Abbau von Aufgaben und Standards“, so Löffler.



Die Sitzung des Ministerrates am 16. April (Foto: Bayerische Staatskanzlei)

Die Digitalisierung der Verwaltung als gemeinsame Aufgabe von Freistaat und Kommunen

Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Für die Digitalisierung der Verwaltung kommt es entscheidend darauf an, dass Freistaat und Kommunen diese als gemeinsame Aufgabe verstehen und an einem Strang ziehen. Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unter der Leitung von Landrat Josef Niedermayer, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, geht hier aktiv voran.

Der Innovationsring bietet den Landkreisen im Rahmen des Projekts „Digitaler Werkzeugkasten“ bereits über 150 Online-Anträge zur kostenlosen Nachnutzung an. Dieses bundesweit einmalige Angebot wird ergänzt durch

- Online-Anträge des Freistaats Bayern (z.B. digitaler Bauantrag),
- Marktlösungen (z.B. zur internetbasierten Kfz-Zulassung) und
- Online-Dienste, die von anderen Bundesländern nach dem „Einer für Alle“-Prinzip (sog. „EfA-Leistungen“) umgesetzt worden sind und auch in Bayern genutzt werden können (z.B. elektronischer Aufenthaltstitel).

Die zentrale Finanzierung kostenpflichtiger Marktlösungen und EfA-Leistungen war bislang stets zeitlich befristet: Der Bund zieht sich derzeit aus seiner Finanzierungsverantwortung für die Verwaltungsdigitalisierung zurück, die Förderrichtlinie „Digitales Rathaus“ des Freistaats ist Ende September 2023 ausgelaufen und die Finanzierung der vom Bayerischen Digitalministerium im Oktober 2022 bereitgestellten Marktlösungen („BayernPackages“) war nur bis Ende 2023 sichergestellt. Beim Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2024 konnten die kommunalen Spitzenverbände mit dem Freistaat eine **Grundsatzvereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung von Online-Diensten** erzielen. Es wurde vereinbart, dass der Freistaat und die bayerischen Kommunen ab 2024 jeweils die Hälfte der laufenden Kosten für die gemeinsam auszuwählenden kommunalen „BayernPackages“ und die sog. EfA-Leistungen übernehmen. Die Rollout-Kosten trägt der Freistaat.

Diese Finanzierungslösung bietet den Kommunen die notwendige Handlungs- und Planungssicherheit für die gemeinsam ausgewählten Online-Dienste. Sie dient

auch dem Bürokratieabbau, weil zeitlich befristete und mit bürokratischem Aufwand verbundene Förderprogramme durch eine dauerhafte Pauschalfinanzierung ersetzt worden sind. Die hälftige Kostenteilung zwischen Freistaat und Kommunen bringt das gemeinsame Interesse an der Digitalisierung der Verwaltung zum Ausdruck. Die Einigung führt zudem dazu, dass die gemeinsam ausgewählten Online-Dienste zentral vom Freistaat beschafft werden. Diese zentrale Beschaffung ermöglicht im Ergebnis günstigere Konditionen für die Online-Dienste (im Vergleich zu Einzelbeschaffungen) sowie, dass notwendige Schnittstellen und IT-Standards am Markt besser durchgesetzt werden können. Die Grundsatzvereinbarung muss nun gesetzlich umgesetzt und mit „Leben erfüllt“ werden.

Das reine Bereitstellen von Online-Diensten reicht jedoch nicht aus. Bund, Freistaat und Kommunen müssen ergänzend die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit die angebotenen Online-Dienste von den Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen in der Praxis auch genutzt werden, die für eine durchgängig digitale Verwaltung notwendigen IT-Infrastrukturen bereitstellen und den Einsatz Künstlicher Intelligenz konsequent voranbringen. Hierzu besteht insbesondere bei folgenden Punkten dringender Handlungsbedarf:

- **Zentrale Plattform für die digitale Behördenzusammenarbeit und die Fachstellenbeteiligung:** Das Nebeneinander von verschiedenen, ggf. nicht miteinander kompatiblen „Insellösungen“ führt zu zeit- und kostenintensiven Medienbrüchen und bremst digitale Verfahren aus. Der Koalitionsvertrag von CSU und Freie Wähler greift diese langjährige Forderung des Bayerischen Landkreistags auf und kündigt eine Plattform zum „Austausch von Daten

und Informationen zwischen den Verwaltungsebenen“ an (S. 36 des Koalitionsvertrags). Damit die Potenziale der digitalen Behördenzusammenarbeit und Fachstellenbeteiligung realisiert werden können, darf sich die Plattform jedoch nicht auf einen reinen Datenaustausch beschränken, sondern muss eine durchgängig digitale Zusammenarbeit (durch Anbindung von Schnittstellen und Standards, z.B. XBau) ermöglichen und den jeweils beteiligten Behörden die Möglichkeit zum gemeinsamen Bearbeiten von Dokumenten und zum gegenseitigen Austausch bieten.

– **Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern / Unternehmen:**

Die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern / Unternehmen sind derzeit nicht ausreichend. Die im Koalitionsvertrag von CSU und Freie Wähler angekündigte Plattform zwischen „Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern“ (S. 36 des Koalitionsvertrags) ist daher dringend notwendig und muss zeitnah umgesetzt werden, um eine datenschutzkonforme und rechtssichere (z.B. zur Fristwahrung) digitale Kommunikationsmöglichkeit zu etablieren.

– **Einsatz Künstlicher Intelligenz:**

Angesichts der Herausforderungen der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist –

neben einem spürbaren Bürokratieabbau – der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in den Landratsämtern unverzichtbar. Wir benötigen eine gemeinsame „Verwaltungs-KI“ für Freistaat und Kommunen, die die verschiedenen Einsatzszenarien berücksichtigt. Bei Rechtsvorschriften müssen die Potenziale der Automatisierung und der Künstlichen Intelligenz zudem von Anfang an mitgedacht werden.

– **Hürden für die digitale Verwaltung konsequent abbauen:**

Dies betrifft sowohl rechtliche Hürden (v.a. Schriftformerfordernisse, Pflichten zum persönlichen Erscheinen und zur Vorlage von Original-Unterlagen) als auch technische Hürden (v.a. notwendige Standardisierung und Umsetzung von Schnittstellen durch die IT-Anbieter). Hinzu kommen zu hohe Nutzungshürden, wenn z.B. in Rechtsvorschriften zwingend die Nutzung des elektronischen Personalausweises vorgeschrieben wird (z.B. bei der internetbasierten Kfz-Zulassung). Der Einsatz der praxisbewährten ELSTER-Zertifikate muss daher für alle Verwaltungsleistungen dauerhaft möglich sein.

Am 14.03.2024 fand ein **Spitzengespräch Digitales Bayern** der Bayerischen Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden statt, an dem Präsident Karmasin ebenfalls teilgenommen hat. Die Ergebnisse des Spitzengesprächs wurden anschließend im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt; das Video ist abrufbar unter

<https://www.youtube.com/watch?v=LNchDMV5kXo>.

Auf dieser Grundlage werden bis Herbst 2024 Vorschläge zur Modernisierung der staatlichen und kommunalen Zusammenarbeit sowie der Strukturen bei der Digitalisierung erarbeitet. Der Bayerische Landkreistag wird sich hier aktiv einbringen und sich für eine Umsetzung der oben dargestellten Handlungsfelder einsetzen, u.a. für eine Plattform für die digitale Behördenzusammenarbeit und die Fachstellenbeteiligung.



Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Landkreis Fürstentum, gemeinsam mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Ergebnisse des Spitzengesprächs Digitales Bayern am 14.03.2024

Bayerische Landräte appellieren wegen der anstehenden Krankenhausreform an den Bayerischen Ministerpräsidenten

Angesichts der dramatischen Lage der Krankenhäuser haben sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte am 15. März an den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL, gewandt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, erklärte, dass sich Länder und Bund so verstritten hätten, dass nichts weiterginge. Diese Blockade führe derzeit deutschlandweit zu monatlich 500 Mio. Euro Erlösausfall. Die Reform würde erst 2027 greifen. Die Krankenhausplanung müsse vorher diskutiert werden. Die Landkreise würden ansonsten Monate und Jahre verlieren, die sich in Millionendefiziten ausdrücken.

Bedarfsgerechte Reformen mit Unterstützung des Freistaates

„Wir können in Bayern nicht abwarten, bis der Bund alles in trockenen Tüchern hat“, so Karmasin. „Wir beklagen zurecht, dass Berlin die Planungshoheit der Länder aushöhlt. Eben diese Planungshoheit müssen wir aber auch nutzen. Wir Landkreise sind reformfähig und reformwillig. Wir brauchen aber die Moderation durch den Staat, der die ganze Kliniklandschaft des Freistaates im Blick hat. Wir brauchen die Krankenhausplanung

des Freistaates, damit wir wissen, welche Krankenhäuser gebraucht werden. Dabei geht es nicht darum, dass der Freistaat die Aufgabe übernimmt, Häuser für uns zu schließen. Bayernweit muss Bedarfsgerechtigkeit hergestellt werden. Wir brauchen Kriterien, nach denen wir diese bemessen können. Die Krankenhausplanung muss neu aufgestellt werden“, so der Fürstenfeldbrucker Landrat weiter.

QR-Code zum Brief:



Entbürokratisierung – Möglichst viele Vorschriften streichen und das war's?

Von Landrat Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld, Erster Vizepräsident beim Bayerischen Landkreistag

Rinderkennzeichnungsfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz. 79 Buchstaben und damit Platz eins als längstes Wort im Dudenkorpus, einer mammuthaften Datenbank mit rund sechs Milliarden Wortformen, die aus verschiedensten Quellen wie Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Reden, Romanen, aber auch Reparaturanleitungen gespeist wird. Der Dudenkorpus ist die Grundlage, auf der die Dudenredaktion den „echten“ Sprachgebrauch beobachtet und entscheidet, ob und in welcher Schreibung ein Wort neu in ein Duden-Wörterbuch aufgenommen wird. Die Plätze zwei und drei gehen übrigens auch an Kandidaten aus dem Rechts- und Verwaltungskosmos. Drei juristische Begriffe unter den ersten drei. Zur Erinnerung: von rund sechs Milliarden. Respekt (und gleichzeitig jedes Vorurteil gegenüber dieser Berufsgruppe bestätigt)!

Eine kleine Inventur des Vorschriftenbestandes

Aktuelle Auswertungen belegen dies. Laut einer Statistik der Bundesregierung hat die Zahl der Bundesgesetze und die Zahl der Einzelschriften in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen. Am 1. Januar 2014 gab es 1.671 Gesetze mit 44.216 Einzelnormen. Anfang dieses Jahres waren es bereits 1.792 Gesetze, die insgesamt 52.155 Einzelnormen umfassten. Bei den auf Bundesebene erlassenen Verordnungen gibt es eine parallele Entwicklung. Binnen zehn Jahren sind aus 2.720 Verordnungen mit 38.192 Einzelschriften (Stichtag 1. Januar 2014) 2.854 Verordnungen mit 44.272 Einzelschriften geworden. Hinzu kommt das bayerische Landesrecht mit 240 Gesetzen und 511 Verordnungen (Stand 31.12.2023). Und am Ende handelt es sich bei dieser Aufzählung wieder nur um eine Teilinventur. Denn auch das Europarecht mit seinen unzähligen Normen fordert ebenfalls seinen Tribut vom Rechtsanwender.

Soweit die nackten Zahlen, die aber noch keinen Aufschluss darüber geben, welchen Aufwand die vielen Regelungen in der Lebenswirklichkeit der Bürger, der Wirtschaft und der Verwaltung überhaupt auslösen. Gesetze werden immer detailreicher und komplizierter. Der Gesetzgeber verweigert sich der Gesetzgebungsmaxime, wonach er wie ein Philosoph denken und wie

ein Bauer reden soll, schon viel zu lange. Das gilt im Übrigen für beide Teile dieses Prinzips: das Denken und die einfache Sprache. Das hehre Ziel, dass jeder die Chance haben sollte, den Inhalt einer Regelung zu verstehen (und dann bestenfalls danach zu handeln), wird krachend verfehlt. So dürfte keiner überrascht sein, dass Lesbarkeit, Verständlichkeit und Praktikabilität allzu oft auf der Strecke bleiben und viele Vorschriften im Verwaltungsvollzug kaum mehr handhabbar und nur noch mit völlig unverhältnismäßigem Aufwand umsetzbar sind. Vielleicht finden sich noch einige wenige Verwaltungsgourmets sicher im Regelwerk der geistigen Glasperlenspiele der Legisten zurecht. Müsste sich der Gesetzgeber aber wie ein Unternehmen an der Usability, also der Benutzerfreundlichkeit seines Produkts messen lassen, sähe es für seine Zukunft rabenschwarz aus.

Der Entschluss, den Stier nun bei den Hörnern zu packen und die Entbürokratisierung beherzt und entschieden anzugehen, ist richtig, notwendig und zur Vermeidung völligen Stillstands vor allem eins: überfällig.

Streichen, straffen, zusammenfassen – Reicht das auch?

Stellt sich die Frage, wie eine dauerhafte Deregulierung gelingen kann.

Genügt es, den Heerscharen von Gesetzen, Verordnungen, Vollzugs- und Anwendungshinweisen zu Leibe zu rücken, indem eisern gestrichen, gestrafft und zusammengefasst wird?

Oder verlangt echte Entbürokratisierung mehr?

Die Antwort lautet ganz klar: Ja, viel mehr!

Je mehr sich Bürger, Unternehmen und Verwaltung im Vorschriftenwust verheddern, desto größer die (finanziellen) Reibungsverluste und desto wachstums- und innovationsfeindlicher die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Daher ist die schonungslose Entrümpelung des Normenbestands zweifelsohne unumgänglich und die absolute Grundvoraussetzung für erfolgreiche Entbürokratisierung. Auch Prinzipien wie „one in, one out“

oder gerne auch „one in, two out“, also die Selbstverpflichtung des Normgebers für jede neu geschaffene Vorschrift eine oder zwei bestehende zu streichen, leisten bestimmt einen Beitrag.

Aber: Die Streichung von Vorschriften ist der bei weitem leichtere Part in dem viel größeren Aufgabenkatalog der Entbürokratisierung.

Es braucht einen grundlegenden und ebenenübergreifenden Mentalitätswandel.

Der Staat hat in den letzten Jahren bereitwillig in nahezu jedem Lebensbereich Aufgaben und Verantwortung übernommen und diese den Bürgern damit abgenommen. Diese Verschiebung traf (und trifft) auf ein in Deutschland gesellschaftlich stark ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis. Beide Faktoren zusammen, die sicherlich auch in einer Wechselwirkung stehen, bilden jahrelang ein ideales Biotop für das stetige Aufwachsen regulatorischer Vorgaben.

Die Menschen wollen (vermeintliche) Sicherheit in Form verbindlicher Auflagen, Normen und Vorgaben. Und der Staat liefert.

Genau hier muss die momentan mit großem Anlauf in Angriff genommene Dezimierung von Vorschriften als wirkmächtiger Transmissionsriemen einen grundlegenden Mentalitätswandel bei allen Beteiligten in Gang setzen. Eine spürbare, anhaltende und befreiende Deregulierung wird sich nur mit einer Neujustierung der eigenen Einstellung zum Bedürfnis nach regulatorischen Vorgaben auf der einen und zum Umfang der Verantwortung des Einzelnen auf der anderen Seite realisieren lassen.

Und das gilt für alle Beteiligten gleichermaßen: politische Verantwortungsträger, Bürger, Unternehmen, Interessenverbände und Verwaltung.

Gesetzgeber und Ministerien – Mehr Vertrauen in die Entscheider vor Ort

Zuvorderst entsteht Bürokratie im Parlament und in den Ministerien. Dort werden Gesetze, Rechtsverordnungen und Anwendungshinweise gemacht. Damit erblickt die Bürokratie das Licht der Welt jedoch auf einer Ebene, die deren Folgen selbst nicht unmittelbar zu spüren bekommt. Denn für den Gesetzesvollzug sind primär die Verwaltungsbehörden zuständig. Erst dort manifestiert sich für Bürger und Verwaltung – und eben nicht im Parlament oder dem zuständigen Fach-

ministerium – das ganze Ausmaß des wirklich hinter Vorschriften und Vollzugshinweisen stehenden Umsetzungsaufwands.

Angesichts der Entkopplung dieser Ebenen ist es unerlässlich, dass sich zuallererst Parlament und Ministerien umso kritischer, sorgfältiger und vor allem ehrlicher der Frage stellen, ob es wirklich Aufgabe des Staates und überhaupt notwendig ist, einen bestimmten Lebenssachverhalt zu regeln, der Verwaltung hier neue Aufgaben zu übertragen, Vollzugshinweise zu erlassen respektive weiter auszudifferenzieren. Oder, ob es nicht sinnvoller und vertretbar erscheint, auf eine Regelung ganz zu verzichten oder, wenn eine solche unumgänglich erscheint, sich konsequent auf das absolut notwendige Minimum an Vorgaben zu beschränken.

Ganz nach Antoine de Saint-Exupéry: „Perfektion ist nicht dann erreicht, wenn es nichts mehr hinzuzufügen gibt, sondern wenn man nichts mehr weglassen kann.“

Dieser Standard sollte Richtschnur für die Arbeit des Parlaments und der Ministerien sein.

Gerade die Ministerien müssen Vollzugs- und Anwendungshinweise im Sinne schlanker und effizienter Verwaltungsverfahren auf wesentliche Grundaussagen reduzieren und den vollziehenden Behörden möglichst weitreichende Beurteilungs- und Ermessensspielräume belassen.

Ganz klar, das erfordert Vertrauen seitens der politisch Verantwortlichen und der Ministerien, die den Verwaltungsvollzug unmittelbar mit Anwendungs- und Vollzugshinweisen beeinflussen und dirigieren. Vertrauen, dass die Entscheider vor Ort in den Verwaltungsbehörden Fälle auch dann noch im Sinne der politisch Verantwortlichen bearbeiten, wenn es kaum mehr und noch dazu auf das notwendige Minimum reduzierte Anwendungs- und Vollzugshinweise gibt.

Ohne dieses Vertrauen aber kann und wird eine spürbare Entbürokratisierung nicht gelingen.

Verwaltung – Mutig selbst entscheiden

Genauso wichtig ist, dass Gemeinden, Städte und Landkreise die hoffentlich bald mehr und größer werdenden Handlungs-, Beurteilungs- und Ermessensspielräume annehmen und ausschöpfen. Denn die größte Befreiheit bringt keine Entspannung, wenn man die Glieder nicht streckt.

Hierfür braucht es Mut und ja, sicherlich auch ein fundamentales Umdenken in vielen Behörden. Die Arbeit im öffentlichen Dienst, gerade in sicherheitsrelevanten und öffentlichkeitswirksamen Bereichen, ist stetig begleitet von der Angst, einen „Haftungsfall zu produzieren“ oder „öffentlich zerrissen zu werden“. Der auch von den Medien – selbst wenn keinerlei Anhaltspunkt für irgendwelche Schadenersatzansprüche vorliegt – gerne und schnell angeschlagene Fragendreiklang „Wer ist schuld? Wer haftet? Wer zahlt?“ ist omnipräsent und beeinflusst die Arbeit in den Behörden grundlegend. Insofern gehört auch zur Wahrheit, dass die vollziehende Ebene engmaschige und kleinteilige Vollzugshinweise, und seien sie noch so überregulierend, mitunter schon deswegen gerne annimmt und sorgfältig umsetzt, um den kleinsten Anfangsverdacht von Nachlässigkeit und Sorglosigkeit im Keim zu ersticken. Dass der zuständige Sachbearbeiter manch gesetzliche oder ministerielle Vorgabe – gemessen am eigenen, jahrelang in der Vollzugspraxis gesammelten Erfahrungsschatz – in der Sache oftmals für überzogen, sachfremd und unpraktikabel hält, steht wieder auf einem anderen Blatt.

Hier nun sind die politisch Verantwortlichen und Führungskräfte in den lokalen Behörden gefordert. Es ist ihre Aufgabe, ein Klima zu schaffen, das Entscheidungsfreude, Handlungsstärke und vor allem den Mut belohnt, aktiv vor Ort zu entbürokratisieren, indem nicht (mehr) sachgerechte, überbordende oder fachlich überflüssige Vorschriften ausgemustert werden. Das bedeutet, den Mitarbeitern, die tagtäglich mitunter komplexe und herausfordernde Entscheidungen treffen, einen starken Rückhalt zu bieten und zu vermitteln, dass keine Regulierung dieser Erde das immer bestehende Restrisiko auf null reduzieren kann. Und sollte etwas schief gehen, müssen den Worten Taten folgen. Dann muss es am Ende des Tages eben immer heißen: „Der Chef stellt sich vor Sie!“

Zur Vorbeugung von Missverständnissen sei klargestellt, dass dies kein Aufruf zur individuellen Sorglosigkeit in den Amtsstuben ist, aufwändige Prüfverfahren von vornherein zu suspendieren oder pauschal zu einem nur oberflächlichen Prüfungsmaßstab überzugehen. Im Gegenteil: Ziel ist eine saubere Differenzierung. Regelungen mit Daseinsberechtigung, etwa weil sie dem Schutz von Leib und Leben der Menschen dienen oder flächendeckendem Missbrauch vorbeugen, müssen selbstverständlich sorgfältig und akribisch angewandt werden. Vorschriften hingegen, die in der Sache keinen Mehrwert bringen, nichts als Förmerei oder schlichtweg überholt sind, müssen außer Acht

bleiben, damit wieder Ressourcen für die Kernaufgaben frei werden. Die Erfahrung hat gelehrt, dass insbesondere Sachbearbeiter (und damit die Rechtsanwender) dies hervorragend einschätzen und dementsprechend unterscheiden können.

Bürger und Unternehmen – Mehr Eigenverantwortung

Mit der Deregulierung zieht sich der Staat aus Lebensbereichen zurück, in die er vorher eingebunden war. Das ist richtig angesichts der enormen Bürokratielasten für Bürger, Unternehmen und Behörden. Mehr Freiheit und Flexibilisierung gehen jedoch einher mit mehr Verantwortung des Einzelnen. Wo der Staat vorher etwa mit Auflagen, Erlaubnisbescheiden, Checklisten, Merk- und Hinweisblättern die Erwartungshaltung an das Verhalten des Einzelnen klar umrissen hat, tun sich Freiräume auf. Es ist dann aber Aufgabe jedes Einzelnen, diese Freiheit verantwortungsvoll – das heißt allen voran nicht zum Schaden anderer – zu nutzen. Und sicherlich wird das dazu führen, dass Bürger und Unternehmen diese Freiheiten ganz unterschiedlich für sich interpretieren. Der eine sehr streng, der andere ein wenig lockerer und der Dritte am Rande der Nachlässigkeit. Diskussionen, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte über Umfang und Reichweite der jeweiligen Verantwortlichkeiten sind vorprogrammiert. Wenn man es mit der Bürokratisierung aber ernst meint, dann müssen die politisch Verantwortlichen hierauf gefasst sein, Auseinandersetzungen hierüber aushalten und Rufen nach gesetzlichen oder behördlichen Vorgaben eben nicht vorschnell nachgeben.

Bürokratieabbau gibt es nicht umsonst, sondern nur als Gegenleistung für mehr Eigenverantwortung.

Hierauf müssen Bürger und Unternehmen bei allen Aktivitäten zur Entbürokratisierung offen und transparent hingewiesen werden. Eine der Hauptaufgaben im Verhältnis zu den Bürgern und Unternehmen ist deshalb eine konsequente Kommunikation.

Fazit

Entbürokratisierung verlangt von uns allen viel mehr als das Straffen und Streichen von Vorschriften.

Selbstverständlich, die Zahl der Vorschriften muss runter. Und zwar deutlich. Sie sind das Labyrinth, in dem Bürger, Unternehmen und Verwaltung zunehmend die Orientierung verlieren, falsch abbiegen und am Ende

in einer Sackgasse zum Stehen kommen. Wir brauchen gut ausgebaute Hauptverkehrsadern mit einem funktionierenden Leitsystem. Das heißt: Auch die Qualität der Vorschriften muss steigen. Der Philosoph und der Bauer müssen ihren Dialog unter dem Dach des Normgebers schnell wieder aufnehmen und gleichberechtigt Hand in Hand arbeiten. Denn gut gemachte und aufeinander abgestimmte Vorschriften vermeiden unnötigen Vollzugsaufwand.

Echte Entbürokratisierung im Sinne einer dauerhaften, nachwirkenden Deregulierung erfordert in der Hauptsache aber einen fundamentalen Mentalitätswandel auf allen beteiligten Ebenen.

Gesetzgeber und Ministerien müssen sich auf elementare, handwerklich solide gemachte Regelungen konzentrieren und darauf vertrauen, dass ihre eigenen nachgeordneten Behörden ebenso wie Gemeinden, Städte und Landkreise die ihnen eröffneten Beurteilungs- und Ermessensspielräume für sinnvolle, angemessene und einzelfallgerechte Lösungen nutzen.

Die Verwaltung muss Entscheidungsspielräume mutig und kreativ annehmen. Das erfordert starken Rückhalt für die Verwaltungsmitarbeiter durch die politisch Verantwortlichen und Führungskräfte vor Ort.

Die durch Deregulierung gewonnene Freiheit ist untrennbar verbunden mit einem Mehr an Eigenverantwortung der Bürger und Unternehmen. Es ist unabdingbar, diese Folge der Entbürokratisierung, die nicht nur als Befreiung, sondern auch als Kontroll- und Komfortverlust wahrgenommen werden dürfte, von Anfang offen und transparent zu kommunizieren.

All das erfordert Durchhaltevermögen, einen langen Atem und bestimmt auch ein gewisses Maß an Frustrationstoleranz. Denn Entbürokratisierung ist eine Daueraufgabe, die sich bekanntermaßen nicht dadurch auszeichnet, dass sie auf Dauer erledigt ist.

Verkehrswende – aber rückwärts? Arbeitskreis ÖPNV beim Bayerischen Landkreistag sieht Angebot in Bayern in Gefahr

Von Peter Görlich, Referent für Personal, Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag

Am 13. März 2024 tauschten sich rund 50 Vertreter aus den bayerischen Landkreisen im Rahmen des Arbeitskreises ÖPNV beim Bayerischen Landkreistag über die Zukunft des ÖPNV aus. Nach intensiven Gesprächen waren sich in Regensburg alle einig, dass ohne zusätzliche Mittel von Bund und Land der Fortbestand des bestehenden Angebots angesichts massiver Kostensteigerungen ernsthaft gefährdet sei. Das wäre aber eine Verkehrswende in die falsche Richtung.

Wunsch und Wirklichkeit

Um die Herausforderungen im ÖPNV zu bewältigen, müssen Wunsch und Wirklichkeit wieder stärker in Einklang gebracht werden. Im Rahmen der ÖPNV-Strategie 2030 will der Freistaat „den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern stärken und weiterent-

wickeln. Ziel ist es, die Fahrgastzahlen im ÖPNV gegenüber 2019 bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Dafür brauchen wir einen erstklassigen ÖPNV, der langfristig eine echte Alternative zum Auto darstellt.“ Doch schon jetzt gibt es zu wenig Busfahrer, um überhaupt den Bestandsverkehr aufrechtzuerhalten. Zudem geht die Schere zwischen der Kostenentwicklung und der staat-

lichen Mittelzuweisung immer stärker auseinander. Von 2020 bis 2023 sind die Personalkosten im privaten Omnibusverkehr in Bayern um ca. 16,8 % gestiegen. Und laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zahlte die Branche 2023 im Vergleich zu 2020 im Schnitt 57 % mehr für Strom und 54 % mehr für Dieselkraftstoffe.

Unzureichende staatliche ÖPNV-Förderungen in der Fläche

Obwohl die Kosten regelrecht explodieren, bleiben die staatlichen ÖPNV-Zuweisungen seit 2019 unverändert bei 94,3 Mio. €/Jahr. Die letzte Anpassung der Sollkostensätze für die Hilfen im Ausbildungsverkehr erfolgte vor ca. 10 Jahren. Diese Mittel sind von 115,3 Mio. € im Jahr 2016 auf 103,4 Mio. € in 2019 gesunken und werden seither in dieser Höhe im Staatshaushalt veranschlagt. Im Vergleich hierzu wenden Bund und Freistaat allein in 2024 für die Finanzierung des Deutschlandtickets in Bayern über 600 Mio. € zusätzlich auf. Von dieser Subventionierung profitieren allerdings nur die Käufer des Deutschlandtickets. Weil diese Fördermittel lediglich den Ausfall von Einnahmen aus Ticketerlösen ausgleichen, handelt es sich für Verkehrsunternehmen und Kommunen um ein Nullsummenspiel. Gleichzeitig fehlen die dringend notwendigen Mittel für den Erhalt und Ausbau des Angebots.

Aktuell reicht das Geld hinten und vorne nicht, um den Status quo zu finanzieren. Gleichzeitig kommen immer neue Belastungen on top. Die von der EU und dem Bund vorgeschriebene Umstellung der Fahrzeugflotte auf alternative Antriebstechniken stellt eine gewaltige finanzielle Kraftanstrengung dar. Aufgrund der geringeren Reichweite und Ladezeiten von batterieelektri-

„Wir als Aufgabenträger sollen die Angebote kontinuierlich verbessern, aber die staatlichen Förderungen bleiben gleich. Das können wir auf Dauer nicht mehr leisten“, so Landrätin Tanja Schweiger, Gastgeberin der Tagung.

schen Fahrzeugen sind im Vergleich zu Dieselnissen deutlich mehr Fahrzeuge notwendig, deren Anschaffungskosten um ein Vielfaches höher sind. Parallel erfordert der Strukturwandel enorme Investitionen in die Betriebshöfe nebst Ladeinfrastruktur.

Erwartungen der Landkreise

Es reicht daher nicht, dass sich die vom Freistaat im Rahmen der ÖPNV-Strategie angekündigte Finanzierungsreform des ÖPNV in der bloßen Umverteilung vorhandener Mittel erschöpft. Für einen erstklassigen ÖPNV bedarf es deutlich mehr finanzieller Unterstützung durch den Freistaat. Deshalb erwarten die Landkreise, dass die seit 10 Jahren ausgesetzte Anpassung der Sollkostensätze nachgeholt wird und die ÖPNV-Zuweisungen deutlich aufgestockt werden. Andernfalls müssen sich die Fahrgäste auf eine Ausdünnung des Verkehrsangebots einstellen und mit deutlich längeren Wartezeiten sowie schlechteren Verkehrsanbindungen rechnen. Da hilft selbst ein kostenloses Schülerticket nicht weiter, weil es dann nur heißt: „Umsonst gewartet.“

Der Arbeitskreis ÖPNV beim Bayerischen Landkreistag beschäftigt sich regelmäßig mit den Rahmenbedingungen und Herausforderungen des Öffentlichen Personennahverkehrs in den 71 bayerischen Landkreisen.



(Foto: Landratsamt Regensburg)

MuniWorld 2024: Israeli Revival vom 9. bis 10. Juni in Tel Aviv

Vom 9. bis 10. Juni wird im Tel Aviv Convention Center die MuniWorld 2024 stattfinden und kommunale Mandatsträgerinnen und -träger aus Bayern sind herzlich eingeladen! Der Vorsitzende des israelischen Städtetages und Bürgermeister von Modi'in-Maccabim-Re'ut Haim Bibas würde sich freuen, Landrätinnen und Landräte mit ihren Delegationen bei der internationalen Kommunalmesse begrüßen zu dürfen.

Gastgeber der Messe, die u.a. Landräte, Bürgermeister und Regierungsverantwortliche aus aller Welt zusammenbringt, ist der israelische Städtetag (Federation of Local Authorities in Israel). Mit diesem pflegen der Bayerische Landkreistag und der Bayerische Städtetag seit einigen Monaten einen engeren Austausch.

Themenschwerpunkte

Im Rahmen der Konferenz wird es u.a. verschiedene runde Tische und Podiumsveranstaltungen mit Regierungs- und Parlamentsmitgliedern, Behördenverantwortlichen und weiteren kommunalen Experten geben. Themenschwerpunkte werden u.a. sein:

- Kommunalen Aufschwung nach der Krise
- Der Einklang von Notfallschutz und kommunaler Routine
- Die Absicherung kommunaler Infrastruktur gegen Bedrohungen
- Kommunale Verantwortliche als Katalysatoren für Toleranz und Inklusion

Die Eröffnungsveranstaltung ist mit dem Präsidenten des Staates Israel, Isaac Herzog. MUNIEXPO 2024 engagiert sich zudem für kommunale Innovationen und smart cities mit über 170 Ausstellern aus u.a. dem Start-up-Bereich.

Partnerschaften auf Landkreisebene (u.a.):

- Bad Kissingen mit Tamar (1997)
- Haßberge mit Kiryat Motzkin (1992)
- Würzburg mit Mateh Yehuda (1997)

„Viele Bürgermeister und Behördenchefs wie ich waren tief berührt vom Mitgefühl und der Unterstützung, die uns unmittelbar nach der Tragödie von allen Kollegen rundum dem Globus erreicht hat. Das Band zwischen den israelischen Kommunen und ihrer internationalen Partner ist wahrlich unzerbrechlich“, so der Vorsitzende des israelischen Städtetags.

Starke kommunale Partnerschaft

Nach dem menschenverachtenden Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober war der Vorsitzende des israelischen Städtetages über das Büro für Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Bildung und Jugendaustausch des Freistaats Bayern auf die Kommunalen Spitzenverbände zugegangen, um die Verbindung zwischen den israelischen und bayerischen Kommunen weiter zu stärken.

Am 31. Januar fand ein Video-Austausch von Bayerischem Landkreistag, Bayerischem Städtetag und der Federation of Local Authorities Israel (israelischer Kommunalverband) zur aktuellen Lage in Israel statt. Mitglieder des engeren Präsidiums des Bayerischen Landkreistags und des Vorstands des Bayerischen Städtetags sowie Landkreise, Städte und Gemeinden mit Partnerkommunen und Verbindungen in Israel ließen sich von Haim Bibas die aktuelle Situation schildern und boten ihre Unterstützung an.

Weitere Informationen erhalten Sie bei unserer für kommunale Partnerschaften zuständigen Referentin Sarah Honold (E-Mail: sarah-honold@bay-landkreistag.de; Tel.: 089/28 66 15-25).



MuniWorld 2024 Conference – Israeli Revival:

Each year, as part of its MuniExpo, the Federation of Local Authorities in Israel hosts the MuniWorld conference focused on connecting cities and local authorities around the world with those in Israel. This year, in the wake of the October 7th attacks and war that has followed, those connections are more important than ever.

Honoring the resilience and efforts of Jewish Communities worldwide, MuniWorld 2024 brings together mayors, senior government officials, and municipal leaders from around the world. Together we will explore how to harness cooperation and solidarity towards a brighter future for all.

This year's gathering will also provide an opportunity for the Federation of Local Authorities in Israel and Israeli mayors, which were truly moved and encouraged by the global support and concern expressed by their colleagues and partners around the globe, to extend heartfelt thanks and appreciation.





MuniWorld 2024 will delve into critical issues stemming from the October 7th attack, including:

Communal and Municipal Recovery After Crisis

Balancing Emergency Response with Municipal Routine

Securing Municipal Infrastructure Against Threats

Municipal Leadership as a Catalyst for Tolerance and Inclusion

MuniWorld 2024 attendees will be able to take part in:

- The MuniExpo 2024 Opening Event
- All MuniWorld 2024 activities and excursions
- Round tables, panels and keynote speeches by experts and leaders
- The MuniExpo 2024 Exhibition dedicated to urban innovation and smart cities, featuring 170 Israeli and global companies and Start-Ups

For more information on the conference and expo, please visit:
<https://www.muniexpo.co.il/muni-world>



WWW.MUNIWORLD.COM

Tagung der Geschäftsstellenleitungen der Gesundheitsregionen^{plus} am 19./20. März 2024 in Landshut

Von Matthias Rischpler, Referent für Vergabe- und Beihilferecht, Ausländerrecht, Gesundheits- und Verbraucherschutz, Land- und Forstwirtschaft beim Bayerischen Landkreistag

Am 19./20. März 2024 fand in der Sparkassenakademie Landshut die Tagung der Geschäftsstellenleitungen der Gesundheitsregionen^{plus} statt.

Nach Eröffnung der Veranstaltung durch die Amtsleitung Gesundheit des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Frau Prof. Herr, und einem Video-Grußwort von Frau Staatsministerin Gerlach berichtete Herr Dr. Alexander Steinmann (Leiter Abteilung VII) über aktuelle Themen und Entwicklungen aus dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention. Die sich anschließenden Vorträge, etwa zu Themen der Pflege und hausärztlichen Versorgung, behandelten fachliche Kernbereiche aus dem Aufgabenfeld der Gesundheitsregionen^{plus}.

Der zweite Veranstaltungstag widmete sich schwerpunktmäßig den spezifischen Herausforderungen, die

einer Geschäftsstellenleitung bei der Netzwerkarbeit für eine Gesundheitsregion^{plus} begegnen. Der Fokus lag auf der Entwicklung von Lösungsansätzen, um das die Netzwerkarbeit und -koordination prägende Spannungsverhältnis von fachlichem Anspruch, Erwartungen und Ressourcen angemessen zu bewältigen. Zum Abschluss der Tagung stand ein Austausch mit dem Bayerischen Landkreistag auf der Tagesordnung. Matthias Rischpler, der als Referent beim Bayerischen Landkreistag unter anderem für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und Prävention zuständig ist, behandelte in seinem Beitrag Besonderheiten und Herausforderungen bei der Zusammenarbeit mit kommunalen Mandatsträgern.



Das Team der Fachlichen Leitstelle Gesundheitsregionen^{plus} (LGL) und Matthias Rischpler vom Bayerischen Landkreistag (Mitte)

In Bayern gibt es derzeit 62 Gesundheitsregionen^{plus}, die 79 von 96 Landkreisen und kreisfreien Städten abdecken. Gesundheitsregionen^{plus} sind regionale Netzwerke auf kommunaler Ebene. Als regionaler Akteur des Gesundheitswesens ist es ihre Aufgabe, die medizinische Versorgung, die Prävention und die pflegerische Versorgung im Freistaat Bayern weiter zu verbessern. In das Netzwerk sollen alle handelnden Personen aus den genannten Aufgabengebieten sowie Kommunalpolitiker eingebunden sein, wobei den Vorsitz in der Regel der Landrat oder der Oberbürgermeister übernimmt. Jede Gesundheitsregion^{plus} hat ein Gesundheitsforum mit Management- und Steuerungsaufgaben, themenbezogenen Arbeitsgruppen und eine Geschäftsstelle. Der Geschäftsstellenleiter identifiziert und vernetzt als hauptverantwortlicher Netzwerkkoordinator die vor Ort maßgeblichen Akteure auf den Gebieten der medizinischen Versorgung, Prävention und Pflege. Zudem analysiert er unter anderem regionale Bedarfe und entwickelt Fachkonzepte, Maßnahmen sowie Umsetzungsstrategien. Weiterhin koordiniert und moderiert er die ressort- und sektorenübergreifende Arbeit der Netzwerke sowie die Öffentlichkeitsarbeit, ist verantwortlich für Qualitätsmanagement, für einen stetigen Informationsaustausch und leistet mitunter auch projektbegleitende Arbeit.



Tagungsteilnehmer der Fachkonferenz der Gesundheitsregionen^{plus} in Landshut im März 2024

Forderungen des Deutschen Landkreistages zur Europawahl 2024



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Der Deutsche Landkreistag hat mit Blick auf die am 9.6.2024 bevorstehende Europawahl und die im Herbst 2024 beginnende Mandatsperiode der neuen EU-Kommission Forderungen zur Europawahl aufgestellt. Damit werden die kreiskommunalen Positionen in zehn unterschiedlichen Handlungsfeldern im Hinblick auf den Europawahlkampf und nach der Wahl gegenüber den neu zusammengesetzten EU-Institutionen verdeutlicht.

I. Europäische Überregulierung beenden

Die EU-Kommission macht vor der Vorlage von Legislativvorschlägen regelmäßig Folgenabschätzungen zu ihren Vorschlägen, prüft dabei aber nicht den zu erwartenden Verwaltungsaufwand für Kommunen. Zudem gilt der von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für Regularien betreffend Wirtschaftsunternehmen angewandte Grundsatz „one in, one out“ nicht für Verfahren, die die kommunale Ebene betreffen.

Die Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden setzen als untere Verwaltungsbehörden das EU-Recht vor Ort um. Kommunen sehen sich zunehmend mit einer kaum mehr zu bewältigenden Überregulierung und Normenkomplexität konfrontiert. Dies wird durch den bestehenden Personalmangel und die vielerorts schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter verstärkt. Da sowohl die Länder als auch der Bund das Konnexitätsprinzip im Rahmen europarechtlicher Vorgaben für nicht anwendbar halten, muss der Großteil der Umsetzungskosten für unionsrechtlich geschaffene zusätzliche Aufgaben und Pflichten zudem von den kommunalen Gebietskörperschaften getragen werden.

Wir fordern daher mit Blick auf künftige neue EU-Vorschriften, von einer stärkeren Regulierung und überbordenden Regelungsdichte abzusehen sowie die Konzentration auf große binnenmarktrelevante Themen, für die europäische Regelungen einen echten Mehrwert bieten. Daneben müssen bestehende europäische Vorschriften vereinfacht und entschlackt sowie bürokratische Hürden abgebaut werden. Wir fordern zudem eine Ausweitung der Bürokratieprüfung auf die kommunalen Gebietskörperschaften betreffende Regularien nach dem Grundsatz „one in, one out“.

II. Europäische Gesetzgebung für und mit den Kommunen

1. Bessere Rechtsetzung nur gemeinsam mit den Kommunen

Der Vertrag von Lissabon erkennt auf primärrechtlicher Ebene das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung in Art. 4 Abs. 2 Satz 1 EUV an. In Art. 5 Abs. 3 EUV verpflichtet sich die EU zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Das für bestimmte Bereiche der europäischen Gesetzgebung geltende Einstimmigkeitsprinzip im Rat verzögert und hemmt die Entscheidungsfindung in wichtigen kommunalrelevanten Bereichen.

Landkreise und kreisangehörige Gemeinden verfügen über Erfahrung und Wissen, welche Maßnahmen vor Ort effektiv Wirkung zeigen. Gerade in den Bereichen Wettbewerb und Binnenmarkt kommt es vermehrt zu Einschränkungen der kommunalen Handlungs- und Ermessensspielräume, teilweise sogar zu unmittelbaren Eingriffen in die kommunale Selbstverwaltung. Dies gilt sowohl im Vergaberecht als auch im Beihilfenrecht, letzteres insbesondere im Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI). Auch in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie bei der Verkehrsplanung enthalten europäische Regelungen immer häufiger Vorgaben, die unmittelbar Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaften regeln. Die kommunalen Spitzenverbände werden von der Kommission im Vorfeld von Gesetzgebungsvorschlägen nicht angehört. Sie können lediglich an öffentlichen, allen Stakeholdern zugänglichen Konsultationen teilnehmen. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU betrifft verschiedene kommunalrelevante Bereiche, darunter Nichtdiskriminierungsvorschriften (Art. 19 Abs. 1 AEUV), den sozialen Schutz und die Sicherheit von Arbeitnehmern (Art. 153 Abs. 1 c AEUV), Beschäftigungsbedingungen von Drittstaatsangehörigen (Art. 153 Abs. 1 g AEUV) und bestimmte Felder der Umweltschutzpolitik (Art. 192 AEUV).

Wir fordern den Europäischen Gesetzgeber auf, bei legislativen Maßnahmen, die kommunale Gebietskörperschaften betreffen, die kommunale Selbstverwaltung und das Prinzip der Subsidiarität zu achten. Bei allen Maßnahmen, die Landkreise umsetzen, muss der

Deutscher Landkreistag über ein institutionelles Anhörungsrecht frühzeitig in die Beratungen und Konsultationsverfahren auf EU-Ebene einbezogen werden. Wir plädieren für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Deutschen Landkreistag im Sinne des Mehrebenenprinzips und unter Berücksichtigung der Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Daneben muss der Rat der EU zur Beschleunigung der Entscheidungsfindung in kommunal relevanten Bereichen langfristig von der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen übergehen.

2. Eine echte Politik für die ländlichen Räume

Die Europäische Union ist durch Art. 174 AEUV verpflichtet, ihre Gesetzgebung so auszurichten, dass eine harmonische Entwicklung der gesamten Union vorangetrieben wird mit einem besonderen Fokus auf die ländlichen Räume. Die langfristige Vision der EU-Kommission für die Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume in der EU bis 2040 sieht vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung weniger dicht besiedelter Gebiete vor. Der Deutsche Landkreistag ist Mitunterzeichner des Pakts der Kommission für den ländlichen Raum.

Landkreise und kreisangehörige Gemeinden sind Ankerpunkte im ländlichen Raum, sie stellen notwendige Infrastruktur zur Verfügung und erbringen öffentliche Dienstleistungen für die dort ansässigen Bürger/-innen und Unternehmen. Die ländlichen Räume sind wichtige Kraftzentren für Deutschland mit seiner insgesamt dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur. Über zwei Drittel der Bevölkerung (56 Mio. Menschen) leben im kreisangehörigen Raum. Viele Weltmarktführer in ihrer jeweiligen Sparte („hidden champions“) entstammen dem ländlichen Raum, das produzierende Gewerbe und das mittelständische Handwerk sind überproportional stark vertreten.

Wir fordern eine konkrete Ausrichtung der europäischen Gesetzgebung auf ländliche Räume. Art. 174 AEUV muss in seiner horizontalen Wirkung eine stärkere Beachtung bei allen Rechtsetzungsaktivitäten der EU finden. Neue Vorgaben sollten künftig von der EU-Kommission einem sog. rural proofing unterzogen werden, darüber hinaus ist auch eine territoriale Folgenabschätzung erforderlich. Für bestehende Vorgaben sollte durch das sog. „rural observatory“ der EU-Kommission regelmäßig geprüft werden, ob die Maßnahmen nachteilige Auswirkungen auf die sozio-ökonomische oder demographische Entwicklung in ländlichen Räumen haben.

3. Kommunale Spitzenverbände in die Europapolitik des Bundes einbeziehen

Mit der stetig wachsenden Bedeutung der EU wird die Mitwirkung des Bundesrates und der kommunalen Spitzenverbände in EU-Angelegenheiten immer wichtiger. Der Zugang zu den Verhandlungen im Rat ist den Verbänden im Gegensatz zum EU-Parlament nach wie vor verwehrt.

Art. 23 GG regelt, dass in Angelegenheiten der Europäischen Union der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mitwirken. Um der deutschen Struktur des Föderalismus gerecht zu werden, sind die Landkreise, Städte und Gemeinden in kommunalen Spitzenverbänden auf Bundes- sowie EU-Ebene mit eigenen Repräsentanzen vertreten. Obwohl sie für die konkrete Umsetzung eines wesentlichen Teils der europäischen Vorgaben zuständig sind, haben Kommunen und ihre Verbände nur in seltenen Fällen die Möglichkeit, aktiv zur Positionierung von Bund und Ländern in europapolitischen Fragen beizutragen. In Brüssel haben die kommunalen Spitzenverbände keinen Zugang zu den Debriefings des Europäischen Rates des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland und den Arbeitsgruppen der Länder.

Wir fordern die Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in die europapolitischen Strukturen von Bund und Ländern. Zu diesem Zweck ist eine zeitnahe Anpassung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) erforderlich. Daneben muss den kommunalen Spitzenverbänden der Zugang zu den Ratsverhandlungen, wenn kommunale Interessen betroffen sind, sowie die Teilnahme an Debriefings der Ständigen Vertretung und Arbeitsgruppen der Länder ermöglicht werden.

4. Diskussion über die halbjährliche Zeitumstellung in der EU endlich beenden

Auf Vorschlag der EU-Kommission zur Abschaffung der halbjährlichen Zeitumstellung in allen EU-Ländern hat sich das EU-Parlament im März 2019 für eine Abschaffung der Sommerzeit ausgesprochen. Der Rat der EU, der mit qualifizierter Mehrheit der Mitgliedstaaten entscheiden muss, konnte trotz mehrfacher Anläufe bis heute keinerlei Einigung erzielen.

Das Ende der Zeitumstellung, die zu gesundheitlichen Problemen bei Menschen führen kann, würde den Aufwand der für die Gesundheitsversorgung zuständigen Landkreise reduzieren. Festgelegte klare Zeitzonen

würden zudem die Zusammenarbeit zwischen europäischen Unternehmen erleichtern, den Handel fördern und damit der mittelständischen Wirtschaft im kreisangehörigen Raum zugutekommen. Die immer wieder aufkeimende Diskussion über die Zeitumstellung bindet zudem Kräfte und birgt Rechtsunsicherheiten bei Menschen, Unternehmen und kommunaler Verwaltung. Die Zeitumstellung führt bei den Kommunen schließlich mit der regelmäßigen Umstellung öffentlicher Uhren in Gebäuden und auf Straßen zu gewissen Verwaltungslasten.

Wir fordern den Rat auf, die andauernde Diskussion über die Umstellung der Sommer- zur Winterzeit endlich zu beenden und sich auf eine Festlegung zu einigen. Diese Festlegung ist mit Blick auf den Abbau von Verwaltungslasten und die Stärkung der mittelständischen Wirtschaft in der EU unerlässlich. Dabei wäre auch die Festlegung zweier oder sogar weiterer Zeitzone wie in den USA denkbar. Es gilt die Diskussion darüber abzuschließen.

III. Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik

1. Schnelle Umsetzung der Asylrechtsreform und Harmonisierung von Integrations- und Sozialleistungen

Nach Jahren der Diskussion über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) haben sich der Rat und das EU-Parlament am 20.12.2023 auf Grundlage der Kommissionsvorschläge aus 2020 auf beschleunigte Asylverfahren, einheitliche Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen für Nichtbleibeerechtigte, schnellere Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber und einen Solidaritätsmechanismus geeinigt. Mitgliedstaaten, die keine Geflüchteten aufnehmen, werden wahlweise zu Geldzahlungen verpflichtet. Am 16.7.2023 wurde eine Absichtserklärung für ein Migrationsabkommen mit Tunesien unterzeichnet.

Die Kommunen sind Hauptlastenträger der Flüchtlingsverteilung und -versorgung. Sie sorgen neben der Unterbringung und medizinischen Versorgung von Flüchtlingen auch für Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse, garantieren den Zugang zu Schulen und Kitas und führen die Menschen an den Arbeitsmarkt heran. Gleichzeitig sind sie auch für Abschiebungsentscheidungen und deren Vollzug zuständig. Die Landkreise haben angesichts der hohen Zahl von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine und von Schutzsuchenden aus anderen Ländern die Belastungsgrenze erreicht. Das hohe Niveau sozialer Leistungen macht

Deutschland als Zielland für Flüchtlinge besonders attraktiv und fördert eine ungleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union.

Die Einigung über die Reform des GEAS war überfällig und muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Begrenzung der Flüchtlingsmigration nach Deutschland durch eine europaweite solidarische Verteilung der Flüchtlinge sowie eine konsequente Beachtung der Dublin-Kriterien entspricht langjährigen Forderungen des DLT. Wir fordern allerdings die Anrechnung der aktuellen bundesdeutschen Vorleistung, Grenzverfahren für alle Geflüchteten und die europaweite Verteilung ebenfalls der Ukrainer. Wir plädieren zudem für eine europaweite Harmonisierung von Integrations- und Sozialleistungen, die gemessen an den Lebens- und Sozialstandards der jeweiligen Mitgliedsstaaten gleichwertig sein sollten. Rückführungen nicht anerkannter Asylbewerber müssen durch Ausweitung und Abschluss zusätzlicher bilateraler Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern verbessert werden. Wir begrüßen insofern die Absichtserklärung über ein Migrationsabkommen zwischen der EU und Tunesien. Ergänzend bedarf es einer Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer.

2. Kindergeld für EU-Ausländer an Lebenshaltungskosten orientieren

Der positive Wanderungssaldo der EU-Bürgerinnen und -Bürger (sog. Binnenmigration) betrug im Jahr 2021 92.296, womit sich auch der Bezug des deutschen Kindergeldes durch EU-Ausländer entsprechend erhöhte.

EU-Ausländer können für ihre Kinder (ein Wohnsitz des Kindes in einem anderen EU-Mitgliedstaat genügt) Kindergeld auch in Deutschland beziehen. Die Höhe des Kindergeldes macht den deutschen Sozialstaat daher gerade in Konstellationen mit Auslandsbezug besonders attraktiv. Das ist aber gerade nicht Ziel der EU-Freizügigkeit. Dies hat mittelbar auch Auswirkungen auf die kommunal verantworteten Sozialleistungen im SGB II oder SGB XII.

Wir fordern, die Kindergeldhöhe für in Deutschland lebende EU-Ausländer nach den Lebenshaltungskosten im Wohnsitzland des Kindes auszurichten. Wir plädieren zur Errichtung einer europaweit einheitlichen Lösung für eine entsprechende Anpassung des Art. 67 der Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Damit würden in Deutschland lebende EU-Bürger für ihre in einem anderen EU-Mitgliedstaat lebenden Kinder Kindergeld in der Höhe erhalten, die dieser Staat seinen Bürgern auszahlt.

Zugleich sollte der europarechtliche Arbeitnehmer- und Selbstständigenbegriff so konkretisiert werden, dass nicht bereits ein geringfügiges Einkommen den Anspruch des Arbeitnehmers auf (ggf. aufstockende) Sozialleistungen auslöst.

IV. Europäisches Beihilfe- und Vergaberecht vereinfachen

1. De-Minimis-Schwellenwerte erhöhen und Verwaltungsaufwand für beihilfegebende Stellen verringern

Am 1.7.2023 ist die überarbeitete Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) in Kraft getreten. Zudem hat die Kommission die allgemeine De-Minimis-Verordnung und die De-Minimis-Verordnung für DAWI überarbeitet.

Die Landkreise fördern in vielfältiger Weise öffentliche und private Unternehmen zur Wahrnehmung der ihnen obliegenden Aufgaben, wie z. B. Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Erhöhung der Anmeldeschwellen und Beihilfehöchstbeträge in der AGVO gibt den Landkreisen zwar mehr Spielraum in Bezug auf Umwelt- und Regionalbeihilfen sowie den Breitbandausbau. Dennoch wird die Erhöhung der Transparenzpflichten für Einzelbeihilfen auch den Bürokratieaufwand für die Landkreise als beihilfegebende Stellen erhöhen. Einen größeren Verwaltungsaufwand lässt ebenso die Einführung eines verpflichtenden Registers für De-Minimis-Beihilfen erwarten. Insgesamt stellen die beihilferechtlichen Vorgaben einen hohen Verwaltungsaufwand für Landkreise dar. Die Kommission hat eine lediglich inflationsangepasste Erhöhung der De-Minimis-Schwellenwerte (300.000 € für allgemeine und 750.000 € für DAWI-Beihilfen innerhalb von drei Steuerjahren) vorgenommen.

Eine deutliche Erhöhung der seit 2006 unveränderten De-Minimis-Schwellenwerte auf 600.000 €, sowie auf 1,5 Mio. € für DAWI-Beihilfen wäre aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Nachwirkungen der Corona-Pandemie und der infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine gestiegenen Bau- und Energiekosten längst überfällig. Hier muss die neue Kommission dringend nachbessern. Die vom Deutschen Landkreistag geforderte und der EU-Kommission im Entwurf noch zugestandene „echte Bagatellgrenze“, unterhalb der keinerlei Verpflichtungen gelten, muss künftig vorgesehen werden. Daneben müssen Investitionen zur Erreichung der ambitionierten EU-Ziele in den Bereichen Soziales, Umwelt, Klima und Digitales weiter erleichtert werden. Zusätzlich muss Art. 174

AEUV in seiner horizontalen Wirkung dazu führen, Beihilfen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die ein Marktversagen besonders im ländlichen Raum vermeiden, zuzulassen. Wir fordern zudem die Kommission auf, den mittlerweile höchstgerichtlich bestätigten No-Aid-Ansatz mit allgemeingültigen Kriterien für reine lokale Maßnahmen weiterzuverfolgen und auf weitere kommunale Anwendungsbereiche auszudehnen.

2. Ein praxistaugliches EU-Vergaberecht schaffen und vergaberechtliche Schwellenwerte erhöhen

Der Rechtsrahmen für die öffentliche Beschaffung wird maßgeblich durch die europäischen Vergaberichtlinien aus dem Jahr 2014 bestimmt. Seit 2024 gelten neue Schwellenwerte für EU-weite Ausschreibungen.

Ein Großteil der öffentlichen Aufträge der Kommunen erreicht die Schwellenwerte und unterliegt somit dem europäischen Vergaberecht. Mit der delegierten Verordnung (EU) 2023/2495 hat die Kommission die Schwellenwerte für die Vergabe von Bauleistungen auf 5.538.000 € und für Liefer- und Dienstleistungsaufträge auf 221.000 € beziffert. Die Durchführung europaweiter Ausschreibungen bedeutet für Landkreise und ihre kreisangehörigen Gemeinden einen hohen bürokratischen Aufwand, der bei einem lediglich drei-prozentigen Anteil EU-weiter Vergaben an allen Beschaffungen in keinem Verhältnis steht. Zudem ist der Wettbewerb etwa auf dem Bauproduktmarkt regional sehr begrenzt. Die europäischen Vergaberichtlinien ermöglichen eine grüne, soziale und innovative Beschaffung und stellen die Wahl und Form der strategischen Beschaffung in das Ermessen der Vergabestellen.

Wir fordern eine Erhöhung der vergaberechtlichen EU-Schwellenwerte auf 10 Mio. € für Bauleistungen und 750.000 € für Liefer- und Dienstleistungen sowie freiberufliche Leistungen. Wir fordern die EU-Kommission auf, entsprechende Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation über das Government Procurement Agreement (GPA) aufzunehmen, das die vergaberechtlichen Schwellenwerte weltweit festlegt. Zudem müssen europaweite Vergabeverfahren vereinfacht, deren Komplexität und Fehleranfälligkeit reduziert und der Zugang von KMU zu öffentlichen Ausschreibungen verbessert werden. Sie dürfen zudem künftig nicht mit verpflichtenden strategischen Vergabekriterien, etwa im Bereich der Nachhaltigkeit, überfrachtet werden. Schließlich müssen zur Vermeidung von Wegen und Ressourceneinsparung sowie Einsparung des CO₂-Ausstoßes bevorzugt lokale Märkte genutzt werden können (sog. „buy local“-Ansatz).

V. Besonderheiten der kommunalen Sparkassen anerkennen

Um dem Ziel der Bankenunion gerecht zu werden, hat die EU-Kommission im April 2023 einen Vorschlag zur Reform des Rahmens für Krisenmanagement im Bankensektor und Einlagenversicherung (EDIS) vorgelegt.

Die Grundlage für die Allgemeinwohlorientierung und den öffentlichen Auftrag der deutschen Sparkassen ist ihre kommunale Trägerschaft. Sparkassen agieren risikoarm und zielen nicht auf höchstmögliche Gewinne ab. Um wirtschaftliche Schwierigkeiten einzelner Institute abzuwenden, verfügt die Sparkassen-Finanzgruppe über ein freiwilliges institutsbezogenes Sicherungssystem zur kontinuierlichen Risikoüberwachung (sog. Institutssicherung). Sollten die frühzeitigen Überwachungsmaßnahmen nicht greifen, können sich Institute gegenseitig aushelfen. Als zweiter Stützpfiler unterliegen die Sparkassen der gesetzlichen Einlagensicherung nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) von 2015, welches den Kunden im Falle einer Insolvenz ihrer Sparkasse Einlagen bis zu einer Höhe von 100.000 € vollständig erstattet.

Wir fordern die EU auf, bei der Regulierung im Bankbereich stärker die Besonderheiten der Sparkassen zu berücksichtigen. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Schaffung einer europäischen Einlagensicherung (EDIS) lehnen wir weiterhin ab. Die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich in den diversen vergangenen Krisen bewährt und müssen erhalten werden. Keinesfalls darf ein europäisches Einlagensicherungssystem dazu führen, dass risikoarm agierende Finanzinstitute die Hochrisikogeschäfte anderer Institute absichern. Kleinere Finanzinstitute wie die Sparkassen sollten im Sinne der Proportionalität zudem nicht den gleichen Vorgaben unterliegen wie große, systemrelevante Banken.

VI. Eine passgenaue Förderung für Landkreise und kreisangehörige Gemeinden

1. Eine europäische Regionalpolitik, die einen Mehrwert vor Ort erzeugt

Im Juni 2021 sind die Verordnungen für die europäische Regionalpolitik 2021-2027 in Kraft getreten. Durch den 8. Kohäsionsbericht wurden die Diskussionen über die Zukunft der Förderpolitik von der Kommission eingeleitet.

Die europäischen Strukturfonds tragen auf kommunaler Ebene dazu bei, dass Investitionen angestoßen und

so Förderprogramme von Bund und Ländern ergänzt werden. Die Landkreise spielen als kommunale und bürgernahe Selbstverwaltungskörperschaften in der regionalen Wirtschaftsförderung eine entscheidende Rolle, sind aber auch selbst Fördermittelempfänger. Die Kommunen und ihre Verbände wirken im Sinne des Partnerschaftsprinzips in Begleitausschüssen mit und sind dadurch an den Diskussionen über die Ausrichtung der Förderung unmittelbar beteiligt.

Wir fordern, dass die anstehenden Verhandlungen über die zukünftige Regionalpolitik nach 2027 genutzt werden, um die Förderung stärker bedarfsgerecht auszugestalten und entsprechend der Zielsetzung des Art. 174 AEUV die Mittel der Regionalpolitik vermehrt zur Stärkung und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume eingesetzt werden. Darüber hinaus müssen die Kofinanzierungssätze in Deutschland erhöht und durch eine Vereinfachung der Antragstellung der Zugang kleiner Kommunen zur Förderung sichergestellt werden. Zur Überwindung intraregionaler Unterschiede muss in Deutschland künftig flächendeckend eine Zuschussförderung möglich sein. Das Partnerschaftsprinzip, das ein Mitspracherecht der Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden bei der Ausgestaltung der Förderung gewährleistet, sollte weiterentwickelt und gestärkt werden. Darüber hinaus sprechen wir uns auch für einen verbindlichen, flächendeckenden Einsatz von Instrumenten zur dezentralen Mittelverwaltung (ITI, CLLD, etc.) aus.

2. Verstärkung der strukturpolitischen Komponente der GAP

Zum 1.1.2023 ist die neue Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) gestartet. Aufgrund des neuen Umsetzungsmodells (new delivery model) wird die Politik durch die nationalen Strategiepläne gestaltet. Im Gleichlauf mit der Regionalpolitik wird auch hier bereits über die Ausrichtung der Förderung nach 2027 diskutiert.

Während die Direktzahlungen aus der ersten Säule der GAP zur Sicherung der Lebensmittelversorgung und ausreichender Einkünfte für Landwirte beiträgt, soll die zweite Säule mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) die Entwicklung ländlicher Gebiete unterstützen. Obwohl der Vorgängerfonds in Art. 175 AEUV explizit als Strukturfonds genannt wird, wurde der ELER in den vergangenen Jahren immer stärker auf landwirtschaftsbezogene Maßnahmen ausgerichtet und hat so seine strukturpolitische Zielsetzung vernachlässigt. Auch wurden die Mittel für den ELER erheblich gekürzt. Da

die Regionalpolitik eher auf Investitionen in städtische Gebiete ausgerichtet wird, werden die Fördermöglichkeiten für Kommunen im ländlichen Raum immer weiter eingeschränkt.

In der kommenden Förderperiode müssen angemessene Mittel zur Unterstützung der ländlichen Entwicklung im Rahmen des ELER vorgesehen werden. Zudem sollte mit Blick auf die Zielsetzung der Art. 174 und 175 AEUV eine echte europäische Strukturpolitik für die ländlichen Räume etabliert werden, welche die notwendigen infrastrukturellen und sozioökonomischen Voraussetzungen für lebenswerte und wettbewerbsfähige ländliche Gebiete schafft. Sollte der ELER weiterhin primär landwirtschaftsbezogene Investitionen unterstützen, sollten die ELER-Mittel für die integrierte ländliche Entwicklung als eigenständiger Fördertopf für die ländliche Entwicklung in die sog. CPR-Fonds (EFRE, ESF+, JTF) überführt werden.

VII. Praxistaugliche Vorgaben zum Klima- und Umweltschutz schaffen

Die EU verfolgt im Rahmen ihrer „Green Deal“ genannten Umwelt- und Klimaschutzstrategie diverse Maßnahmen, um die Union bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu machen. Neben Initiativen zur Einsparung von Treibhausgasemissionen wurden vielfältige Vorgaben zum Schutz und der Stärkung der Umwelt, der Kreislaufwirtschaft und der Biodiversität sowie des Prinzips der erweiterten Herstellerverantwortung vorgelegt.

Ein wesentlicher Teil der Maßnahmen zur Umsetzung europäischer Vorgaben muss von den kommunalen Gebietskörperschaften durchgeführt werden. Diesen fällt als unteren Naturschutzbehörden und Trägern der kommunalen Entsorgungsunternehmen die Aufgabe des konkreten Umweltschutzes vor Ort zu. Recycling, Abwasserreinigung sowie Biotop- und Artenschutz sind kommunale Aufgaben, deren Bedeutung und Komplexität weiter zunehmen. Auch wird ein großer Teil der notwendigen Investitionen auf kommunaler Ebene erfolgen müssen. Zur Einsparung von Treibhausgasemissionen müssen die Kommunen in Zukunft ihre kommunale Gebäudebestände an neue Energieeffizienzstandards anpassen, eine treibhausgasneutrale lokale Wärmeversorgung errichten und den lokalen Verkehrssektor reformieren. Dabei sehen sich die Kommunen häufig mit praktischen Hindernissen konfrontiert: gestiegene Kosten und Knappheit im Baustoffbereich, Personalmangel und begrenzte Budgets.

Wir fordern, bei den Vorgaben zum Klima- und Umweltschutz die strukturelle, finanzielle und personelle

Situation der kommunalen Gebietskörperschaften zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, dass die Europäische Kommission sich mit Bund und Ländern darüber verständigt, wie die Finanzierung der Maßnahmen erfolgen wird. Das Prinzip der erweiterten Herstellerverantwortung wird begrüßt und sollte zu einem Grundpfeiler der europäischen Umweltpolitik werden. Die Hersteller sollten sich im Sinne des „polluter pays“-Prinzips an den Kosten der Beseitigung der Auswirkungen beteiligen, keinesfalls aber selbst mit der Beseitigung (wie z. B. im Bereich des textilen Recyclings) betraut werden. Diese Kompetenz obliegt den kommunalen Gebietskörperschaften.

VIII. Kreislaufwirtschaft gemeinsam mit den Landkreisen befördern

Auf europäischer Ebene wurden in den vergangenen Jahren vielfältige Vorgaben zur Reduzierung von Abfällen (Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft, Verpackungsverordnung etc.) und zum einfacheren Recycling von Abfällen gemacht. Die Europäische Kommission hat bei einzelnen Vorschlägen eine Sammelzuständigkeit für Hersteller von Waren und Verpackungen vorgesehen.

Die Landkreise und kreisangehörigen Städte unterhalten vielerorts wichtige Sammel- und Verwertungsstellen für Abfälle. Das Recycling, insbesondere von Kunststoffen, stößt jedoch schon lange an Grenzen, auch bei Elektrogeräten werden Sammelquoten nicht ansatzweise erreicht. Zudem sind die vor Ort anfallenden Abfälle (insb. Carbonrahmen oder asbesthaltiger Bauschutt) entweder gar nicht oder nur unter großem Aufwand zu trennen bzw. zu verwerten. Obwohl die Finanzierung der kommunalen Recyclinganlagen schon heute eine große Herausforderung darstellt, sehen die jüngsten Vorschläge von europäischer Ebene vor, wertvolle und leicht recyclebare Stoffe aus den kommunalen in privatwirtschaftliche Sammlungen zu überführen.

Wir fordern, die wichtige Rolle kommunaler Abfallsammel- und -verwertungsanlagen durch eine entsprechende Regulierung auf europäischer Ebene zu untermauern. Diese sollte es u.a. ermöglichen, die Sammel- und Verwertungszuständigkeit für sämtliche wertstoffhaltige Abfälle einschließlich aller Verpackungen auf öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu übertragen. Erzeuger sollten durch eine Anpassung der Vorgaben zum Produktdesign dazu verpflichtet werden, ihre Waren und Verpackungen so zu gestalten, dass sie leicht gesammelt und recycelt werden können. Um einen Anreiz dafür zu schaffen, sollten sie an den Kosten der kommunalen Sammlung und Verwertung durch Gebühren angemessen beteiligt werden.



IX. Kommunalpartnerschaften würdigen und fördern

Die Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden unterhalten seit Jahrzehnten vielfältige Partnerschaften mit Kommunen in Europa und der Welt. Globale politische Entwicklungen haben vermehrt unmittelbare Auswirkungen auf bestehende oder beeinflussen die Entstehung neuer Partnerschaften.

Kommunalpartnerschaften ermöglichen neben dem Erfahrungsaustausch eine unmittelbare Völkerverständigung und stellen zudem die Basis für einen demokratisch getragenen europäischen Integrationsprozess dar. Auch global gesehen bereiten kommunale Partnerschaften den Boden für eine funktionierende Außenpolitik; sie tragen unmittelbar zur Entstehung und Stärkung von internationalen Kooperationen und Freundschaften bei. Bisher stehen Partnerschaften großer Städte oft in der Öffentlichkeit im Vordergrund, obwohl die vielfältigen Partnerschaften von Landkreisen und Gemeinden durch ihre Flächenwirkung einen mitnichten weniger wichtigen Beitrag leisten. Dies wurde insbesondere in der Ukraine deutlich: Die Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden unterstützen Kommunen in der Ukraine schon seit geraumer Zeit, seit Beginn des Krieges zeigt sich, wie wichtig die Partnerschaften für bilaterale Hilfsmaßnahmen sind. Die Kommunen liefern selbst Hilfsmittel in die Ukraine und/oder unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement durch die Sammlung von Spenden.

Wir fordern von der Europäischen Union, dass die Rolle der kommunalen Partnerschaften bei der europäischen Integration und der Erreichung außenpolitischer Ziele stärker gewürdigt wird. Dies setzt zunächst eine Aufstockung der Mittel für entsprechende Förderprogramme voraus, um einen Anreiz zur Begründung und der Weiterentwicklung von Kommunalpartnerschaften zu setzen. Daneben muss ein gleichberechtigter Zugang aller Kommunen zu den relevanten Förderprogrammen gewährleistet werden, insbesondere Landkreise und kleine Gemeinden werden bisher nicht in angemessenem Umfang von bestehenden Programmen auf Bundes- und europäischer Ebene erfasst. Zudem muss die kommunale Ebene aufgrund ihrer Expertise beim Wiederaufbau der Ukraine unmittelbar einbezogen werden.

X. Die Rolle des Europäischen Ausschusses der Regionen stärken

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist die institutionelle Vertretung der Kommunen und Regionen

Europas. Er besteht derzeit aus 329 Mitgliedern, auf Deutschland entfallen 24 Sitze, von denen wiederum 21 von den Ländern besetzt werden.

Der AdR gibt Landkreisen, Städten und Gemeinden förmliches Mitspracherecht bei der europäischen Gesetzgebung. Die Europäische Kommission, der Rat der EU und das Europäische Parlament müssen den Ausschuss anhören, wenn sie Rechtsvorschriften in Bereichen formulieren, die kommunale und regionale Gebietskörperschaften betreffen. Die Mitglieder beraten über Stellungnahmen, die die für die Kommunen und Regionen wesentlichen Aspekte darstellen und die nach Annahme den Institutionen der EU zugeleitet werden. Der Deutsche Landkreistag ist ebenso wie die anderen kommunalen Spitzenverbände mit einem ordentlichen und einem stellvertretenden Mitglied im AdR vertreten.

Wir fordern eine stärkere Beteiligung des Europäischen Ausschusses der Regionen am Europäischen Gesetzgebungsverfahren. Die Übermittlung von Stellungnahmen an die Institutionen ist zwar sinnvoll, wird aber als nicht ausreichend erachtet. Vielmehr sollten der AdR und seine Mitglieder aktiv in den Gesetzgebungsprozess einbezogen werden. Hierzu wäre es u. a. erforderlich, dass die Ausschussvorsitzenden des Europäischen Parlaments die Berichterstatter des AdR zu den Sitzungen des Ausschusses einladen und ihnen Gelegenheit geben, ihre Forderungen darzulegen. Darüber hinaus sprechen wir uns erneut für eine Erhöhung der Zahl der Sitze für die kommunalen Spitzenverbände in der deutschen Delegation aus.

Beschluss des Präsidiums
des Deutschen Landkreistages vom 9./10.1.2024

Das Bayerische Selbstverwaltungskolleg in Fürstenfeldbruck – Kostenlose Schulungen für Mandatsträger aus ganz Bayern

Von Sandra Andre, Geschäftsführerin vom Bayerischen Selbstverwaltungskolleg

Seit über 75 Jahren hat das Bayerische Selbstverwaltungskolleg in Fürstenfeldbruck die Aufgabe, Bürgermeister/-innen, Gemeinderats-, Stadtratsmitglieder, Kreis- oder Bezirksräte/-innen aus Bayern in mehrtägigen Seminaren mit den Grundlagen der Demokratie und den Rechtsgrundlagen der kommunalen Selbstverwaltung vertraut zu machen. Die Träger des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs sind der Freistaat Bayern, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der Bayerische Bezirkstag.



**Bayerisches
Selbstverwaltungskolleg**

Seminarablauf und Anmeldung

Es werden über das Jahr verteilt verschiedene 3-Tagesseminare mit unterschiedlichen Schwerpunkten für die Mandatsträger angeboten. Die Seminare beginnen am ersten Tag und enden am letzten Tag immer mittags.

Für Angehörige des öffentlichen Dienstes in Bayern, die kommunale Mandatsträger sind, kann Dienstbefreiung oder Sonderurlaub grundsätzlich gewährt werden. Die Seminardurchführung, die Unterbringung und die Verpflegung erfolgen im Hotel zur Post in Fürstenfeldbruck. **Die Seminarteilnahme ist für Mandatsträger grundsätzlich kostenlos, inklusiv der Verpflegung** – die konsumierten Getränke und ein Einzelzimmerzuschlag müssen selbst übernommen werden. Solange es noch freie Plätze gibt, können diese (nur) online über die Homepage gebucht werden (<https://bsvk.info/seminare>).



Seminarraum

Referenten/-innen

Als Referenten/-innen sind erfahrene Fachleute aus den Ministerien, den kommunalen Spitzenverbänden und Kommunen sowie aus sonstigen mit der kommunalen Selbstverwaltung verbundenen Institutionen tätig.

Seminarangebote

Es werden aktuell folgende Seminare angeboten:

- * Grundlagenseminare
- * Vertiefungsseminare
- * Seminare für 1. Bürgermeister/-innen
- * Seminare für 2./3. Bürgermeister/-innen

- * Seminar für Kreisträte/-innen
- * Seminare für Rechnungsprüfer/-innen
- * Seminar für Mandatsträger aus Kommunen über 6.000 Einwohner
- * Seminar für Jugendbeauftragte
- * Seminar für Seniorenbeauftragte

Neben den vielseitigen, fachlichen Inhalten stehen der parteineutrale, individuelle Erfahrungsaustausch und die bessere Vernetzung der Mandatsträger der verschiedenen Kommunen im Mittelpunkt.

Nutzen Sie diese Weiterbildung selbst oder informieren Sie Ihre kommunalen Mandatsträger über diese Weiterbildungsmöglichkeit.

Melden Sie sich gleich online zu den nächsten Seminaren für Kreisträte/-innen an:

Seminar für Kreisträte/-innen 2024/13 vom 05.–07.06.2024

<https://bsvk.info/termin/seminar-fuer-kreisraete-innen-2024-13-vom-05-07-06-2024/>

Seminar für Kreisträte/-innen 2024/26 vom 14.–16.10.2024

<https://bsvk.info/termin/seminar-fuer-kreisraete-innen-2024-26-vom-14-16-10-2024/>

Ihre Ansprechpartner



Die Kollegleiterin und Geschäftsführerin Sandra Andre (rechts im Bild) und ihre Kollegin Afra Landskron sind Ihre Ansprechpartner im Bayerischen Selbstverwaltungskolleg. Die Anmeldung erfolgt ausschließlich online. Für alle weiteren Anliegen können Sie gerne telefonisch oder per E-Mail Kontakt aufnehmen:

Bayerisches Selbstverwaltungskolleg

Tagungsstätte & Büro:

Hotel zur Post, Hauptstr. 7, 82256 Fürstentfeldbruck

Postadresse:

Postfach 1124, 82241 Fürstentfeldbruck

Tel.: 08141/26765

info@bsvk.info

Recruiting nicht ohne Social Media

Von Andreas Huber, Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, AKDB,
für die Innovationsstiftung Bayerische Kommune

Nach Schätzungen des Dachverbandes DBB Beamtenbund und Tarifunion fehlen im öffentlichen Dienst annähernd 360.000 Beschäftigte. Daher werden auch dort Social-Media-Kanäle wie Facebook, LinkedIn, Instagram und Co. für die Personalsuche immer wichtiger.

„Wir haben viel zu wenig Bewerberinnen und Bewerber!“ – Ein bekannter Satz von Personalverantwortlichen in der öffentlichen Verwaltung. In Zeiten des Fachkräftemangels steht das Recruiting in Kommunen vor enormen Herausforderungen – und zwar unabhängig davon, wie groß eine Gemeinde, eine Stadt oder ein Landratsamt ist. Um Personal erfolgreich anzuwerben, wird die Bedeutung von Social-Media-Kanälen immer wichtiger. Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune hat zu dieser Thematik einen Leitfaden „Social Recruiting für Behörden“ erstellt und Ende 2023 in einer aktualisierten Auflage veröffentlicht.

Jeder Kanal braucht sein Ziel

„Social Media gehört zum Recruiting dazu, wenn man von den Bewerberinnen und Bewerbern nicht als gestrig und unmodern wahrgenommen werden möchte“, sagt Christiane Germann, Autorin des Leitfadens und ehemalige Ministerialbeamtin unter anderem im BMI, inzwischen Gründerin der Berliner Social-Media-Agentur „amtzweinull“. Aber: Es gibt einiges zu beachten, um als Arbeitgeber auf Social Media sein Ziel zu erreichen.

Hier stellt sich auch schon die Kernfrage, mit der sich jede Behörde befassen sollte: Was ist das Ziel der eigenen Social-Media-Strategie? Denn Social Media ist echte Arbeit, die Nutzen bringen soll. Daher braucht es ein gutes Konzept mit Zielsetzung, Zielgruppendefinition und Contentplanung. Und natürlich muss geklärt werden, welcher Kanal am meisten Erfolg verspricht. Jeder Kanal hat seine Sprache, sagt Germann. So eigne sich LinkedIn, das als das wichtigste Netzwerk für erwachsene Fachkräfte gilt, beispielsweise besser für die Suche nach Akademikerinnen und Akademikern. Junge Auszubildende hingegen finde man eher auf Instagram – einer Plattform, die zwar vorwiegend privat genutzt wird, die sich aber auch für das Employer Branding etabliert hat. Auf Facebook dagegen seien junge Menschen immer weniger vertreten, so Germann.

„Recruiting für Behörden“ steht kostenlos zum Download unter www.bay-innovationsstiftung.de zur Verfügung.

Der Leitfaden enthält unter anderem:

- Checkliste für die Einführung von Social Media
- Anleitung: Video drehen leichtgemacht
- Schluss mit spießigen Stellenanzeigen
- Stellenanzeigen Social-Media-tauglich formulieren
- Kosten-Nutzen-Analyse erstellen
- Erfolgskontrolle durchführen

Authentizität ist wichtig

Oft sind es Kleinigkeiten, auf die man bei der Social-Media-Arbeit achten sollte, die aber viel ausmachen. So postete ein bayerischer Landkreis einen Hinweis auf die Beton- und Stahlbetonbauer-Ausbildung. Im Text stand, man könne sich dazu ein Youtube-Video ansehen, zu dem ein Link gepostet wurde. Das Problem: Links in Instagram-Beiträgen können nicht angeklickt werden, sondern müssen umständlich in den Browser kopiert werden.

Die Verwaltung einer bayerischen Stadt fragte ihre Mitarbeitenden, was das Coolste an ihrem Job sei. Als Antworten kamen jedoch nur Floskeln wie „jeden Tag mit Menschen zu arbeiten“. Der begleitende Text lieferte dann noch unverständliches Verwaltungsdeutsch mit Formulierungen wie „anfallender Parteienverkehr“ – war also wenig ansprechend für die Community.

Es gibt aber Beispiele, dass es auch anders geht: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fährt derzeit eine erfolgreiche Social-Media-Strategie und setzt dabei hauptsächlich auf Personalgewinnung durch Employer-Branding-Kommunikation. Das BAMF



zeigt beispielsweise mehr als 30 verschiedene Menschen aus allen Hierarchieebenen und lässt sie zu Wort kommen – nichts davon klingt auswendig gelernt. Mit authentischen Geschichten über ihre Aufgaben und ihren Arbeitsalltag erzeugen die Mitarbeitenden ein positives Bild des Bundesamts als Arbeitgeber.

Social Media ist ein Vollzeit-Job

Um einen guten Social-Media-Auftritt umzusetzen, empfiehlt Christiane Germann eine Social Media Managerin bzw. einen Social Media Manager einzustellen. „Fast jeder kann sich einarbeiten und sich das Wissen aneignen. Aber es ist nichts, was man so nebenher machen kann. Wenn man schnelle Erfolge sehen will, sollte man recht viel Zeit investieren oder das Ganze auslagern. Dafür ist das Recruiting über die sozialen Medien nicht so teuer, wie etwa auf Messen zu gehen oder Anzeigen zu schalten. Aber genauso effektiv.“

Für ansprechende Social-Media-Beiträge werden Videos immer wichtiger. Doch eine Social Media Managerin oder ein Social Media Manager müssen keine ausgebildeten Profis sein, um gute Videos zu drehen.

Mit guten Smartphones und kostenloser Software lassen sich Videos schnell bearbeiten und posten – auch von kleinen Behörden mit wenig Personal und Budget. Damit können Kommunen einen einfachen, schnellen und authentischen Blick hinter die Kulissen gewähren: Wie sieht der Alltag in einer Verwaltung aus, welche Menschen arbeiten dort. Die wichtigste Bedingung solcher Videos: Zeiteinsatz und die Lust, etwas Neues zu lernen.

Auch dafür, wie eine gelungene Stellenanzeige im öffentlichen Dienst aussehen könnte, hat Christiane Germann konkrete Tipps: „Kommunale Jobs sind sinnstiftend, und das ist heute gerade bei jungen Leuten ein wichtiges Auswahlkriterium. Deswegen ist es wichtig, im Text nicht damit anzufangen, was man von der Bewerberin oder dem Bewerber erwartet, sondern erst einmal den Job zu beschreiben und Werbung dafür zu machen. Als Zweites sollte man schreiben, was geboten wird: familienfreundliche Arbeitszeiten, Benefits, Sicherheit. Erst zuletzt sollte man erwähnen, welche Abschlüsse und Ausbildung die Bewerberin oder der Bewerber mitbringen sollte.“

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune ist eine gemeinnützig anerkannte Stiftung des öffentlichen Rechts. Sie wurde im Jahr 2010 von den vier bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) errichtet. Die Stiftung fördert innovative IT-Projekte und Forschungsvorhaben im kommunalen Bereich. Außerdem setzt sie sich für die Modernisierung der Kommunalverwaltung zum nachhaltigen Nutzen für die Menschen sowie der Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommunen ein.

Gemeinsam für Wachstum und Erfolg in Bayern

Von Jutta Stohwasser, Referatsleitung Regionale Projekte bei Invest in Bavaria

Gemeinsam stark. Seit 25 Jahren unterstützt Invest in Bavaria Unternehmen bei ihrem Wachstum in Bayern, was den Firmen wie auch den bayerischen Regionen wirtschaftlich zugutekommt. Möglich ist das nur durch eine gute Zusammenarbeit vieler Akteure. Hierbei kommt den Landkreisen eine besondere Bedeutung zu.

Die hohe Standortqualität Bayerns ist kein Zufall. Neben Erfolgsfaktoren wie eine ausgezeichnete Infrastruktur, eine hohe Innovationskultur, die starke Verflechtung mit der globalen Wirtschaft und einem attraktiven Arbeitsmarkt spielen funktionierende Kommunikationswege und eine enge Zusammenarbeit aller für die Wirtschaft relevanten Akteure eine wichtige Rolle.

Wie finde ich als Unternehmen die geeignete Fläche für mein Vorhaben? Gibt es in der Nähe Hochschulen oder Forschungseinrichtungen mit speziellen Schwerpunkten zur Kooperation in F&E oder zur Rekrutierung von hochqualifizierten Arbeitskräften? Wie finde ich überhaupt gutes Personal? Und gibt es die Möglichkeit für Cross-Industry Projekte, um gemeinsam weiteren Mehrwert zu generieren?

Diese Fragen beschäftigen in- und ausländische Unternehmen, die einen neuen Standort gründen oder einen bestehenden Standort erweitern wollen. Dort, wo sie unkompliziert gute Antworten und Lösungen finden, investieren sie.

In Bayern dahoam und weltweit vernetzt – Invest in Bavaria als Lotse

Aus dieser Idee heraus wurde im Jahr 1999 Invest in Bavaria als Ansiedlungsagentur des Freistaats Bayern gegründet. Invest in Bavaria ist dem bayerischen Wirtschaftsministerium zugeordnet und verfolgt keine wirtschaftlichen Eigeninteressen, sondern hat das Wohl der einzelnen Unternehmen, Landkreise und ganz Bayerns im Blick. Mittlerweile blickt Invest in Bavaria auf über 2.000 erfolgreich begleitete Investitionsvorhaben zurück, die 60.000 neue Arbeitsplätze für Bayern brachten.

Invest in Bavaria vermarktet den Freistaat Bayern national und international und unterstützt Unternehmen bei der Ansiedlung und bei Erweiterungsvorhaben in ganz Bayern. Zusammengefasst lautet der Auftrag von Invest in Bavaria: „Investoren für ganz Bayern gewinnen und damit die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit Bayerns nachhaltig stärken.“ Invest in Bavaria unterstützt Unternehmen in allen Phasen des Investitionsvorhabens, der Erweiterung oder Standort-sicherung von der Planung und Vorbereitung bis zur Umsetzung. Inhaltlich liegt der Fokus auf den bayerischen Spezialisierungsfeldern Mobilität, Life Sciences, Energie & Umwelt, Werkstoffe & Fertigung sowie Digitalisierung.

Das Team von Invest in Bavaria ist in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Förderung & Finanzierung, Technologie und Wissenschaft vernetzt und kann Unternehmen daher umfassende und aktuelle Informationen und Unterstützung bieten. Durch Partner in ganz Bayern und Außenstellen in Hof und Nürnberg hat Invest in Bavaria darüber hinaus einen guten Überblick über die Standortpotenziale sowie Rahmenbedingungen in den bayerischen Regionen.

Der Freistaat Bayern steht bei der Gewinnung von Investoren im internationalen Standortwettbewerb. Dieser hat sich in den letzten Jahren vor dem Hintergrund unterschiedlicher Faktoren wie der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte, einem Mangel an geeigneten Gewerbeflächen, hohen Energiekosten, internationaler Investitionsanreize etc. verschärft.

Eine Standortentscheidung ist demzufolge nicht von einem, sondern von einer ganzen Reihe an Kriterien abhängig. Das gilt auch für bereits ansässige Unternehmen, die Erweiterungsvorhaben planen und dabei häufig auch außerbayerische oder internationale Standorte im Blick haben.



Ziel von Invest in Bavaria ist es, dem Investor über die Einbeziehung der jeweils relevanten Ansprechpartner und Netzwerke für unterschiedliche Phasen einer Investition ein „Gesamtpaket“ aufzuzeigen, um die Unternehmen sicher und zielorientiert durch den komplexen Prozess einer Ansiedlung oder Erweiterung zu begleiten. Invest in Bavaria versteht sich insbesondere bei den Themen Information, Standort- und Flächen-suche, Fachkräfte, Förderung und Finanzierung, aber auch im Bereich der Außenwirtschaftsförderung und bei Forschungseinrichtungen, zahlreichen Netzwerken, Clustern und Verbänden als Schnittstelle, Lotse und Koordinator, der den Unternehmen die für ihr Vorhaben richtigen Ansprechpartner vermittelt.

Ein Unternehmensstandort will gut gewählt sein: Unternehmen investieren dort, wo sie willkommen sind und Unterstützung bekommen

Damit aus der Überlegung, sich in Bayern anzusiedeln, Taten folgen, braucht es schon bei der Vermarktung des Freistaats Bayern gute Kooperationen. Invest in Bavaria ist durch zahlreiche Aktivitäten und auch die On-line-Präsenz mittlerweile national und international bekannt. Invest in Bavaria kann schon im ersten Schritt des Ansiedlungsprozesses auf vorhandene Kompetenzen, Vorzüge und Besonderheiten der bayerischen Regionen hinweisen, die für einen potenziellen Investor in Frage kommen. Für regionale Akteure gibt es eine breite Palette von Angeboten, um sich hier einzubringen.

Invest in Bavaria unterstützt die bayerischen Wirtschaftsförderungen z.B. bei der Erarbeitung regionaler Kompetenzprofile, die für jeden Landkreis die wichtigsten Standortdaten enthalten und ausführlich über regionale Kompetenzen und vorhandene Wertschöpfungsketten informieren. Diese Profile dienen zur Vorbereitung auf Akquise-Veranstaltungen und fließen in

Standortexposés für Investoren ein. Aktuell liegen Invest in Bavaria bereits über 70 Kompetenzprofile aus bayerischen Regionen vor.

Neben der Möglichkeit, die bayerischen Standorte einschließlich der Gewerbeflächen in der [Interaktiven Kompetenzkarte](#) auf der [Webseite von Invest in Bavaria](#) zu präsentieren, bereitet Invest in Bavaria Informationen über spezielle Gewerbeflächen und ihre Entwicklungsabsichten auch ausschließlich intern auf und stimmt ein mögliches Angebot für einen Investor im Vorfeld mit den Partnern vor Ort ab.

Invest in Bavaria übernimmt die Aufgabe, die Informationen zu bündeln und den Unternehmen aus dem In- und Ausland als kompetenter Ansprechpartner und Lotse durch den komplexen Ansiedlungs- und Erweiterungsprozess zur Seite zu stehen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Landkreisen trägt ganz entscheidend dazu bei, für Unternehmen einen passenden Standort zu finden, sie von diesem zu überzeugen und sie bei ihren Investitionsvorhaben optimal zu betreuen.

Kontakt:

Invest in Bavaria
Rosenheimer Str. 143C
81671 München
Tel.: +49 89 24210-7500
Mail: welcome@invest-in-bavaria.com
Web: www.invest-in-bavaria.com

Der Wunsiedler Weg – die Energiezukunft entsteht im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Von Anke Fährnich, Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wirbt für sich als #freiraumförmacher. Damit bildet man nicht nur die Möglichkeiten ab, die die Region zu bieten hat, sondern auch das Selbstverständnis, mit dem der Landkreis zwischenzeitlich an bestehende Aufgaben herangeht. „Als Landkreis fragen wir nicht: Wer ist zuständig?, wir fragen: Wer macht es?“, sagt Landrat Peter Berek.

Dafür liefert er eine Reihe von Beispielen. „Mit diesem Selbstverständnis haben wir Planung, Bau und Betreuung des Radwegenetzes im Landkreis für die Gemeinden koordiniert und umgesetzt. Viele weitere Beispiele wie Vergabestelle, Schul-IT oder Flächenmanagement könnte ich ausführen. Und auch beim Thema Energie haben wir nicht gezögert, uns mit all unseren Möglichkeiten einzubringen. Schließlich ist es unser ureigenes Interesse, dass es im Fichtelgebirge weiter vorangeht.“

Mit dem Wunsiedler Weg der Energiezukunft hat die Stadt Wunsiedel zusammen mit ihren Partnern die Blaupause für die Energiewende für ganz Europa geschaffen. Namhafte Firmen wie die Siemens AG sind inzwischen daran beteiligt. Die Philosophie: die Schaffung eines dezentralen, regionalen und unabhängigen Energiesystems, das vollständig auf erneuerbaren Energien basiert; sektorenübergreifend gedacht und immer mit dem Blick über die reine Produktion von



Beim Thema Energie haben wir nicht gezögert, uns mit all unseren Möglichkeiten einzubringen. Schließlich ist es unser ureigenes Interesse, dass es im Fichtelgebirge weiter vorangeht, sagt Landrat Peter Berek.



Das Wunsiedler Engagement hat auch den Global Player SIEMENS überzeugt, der sich entschloss, im Energiepark Wunsiedel einzusteigen und dort den bislang größten Elektrolyseur Deutschlands zu errichten.

Energie hinaus auch auf deren Verteilung und Speicherung.

Entstanden ist die Idee in den frühen 2000er Jahren vor allem auch, um Wertschöpfung in der Region zu erzielen. „Der damalige Wunsiedler Bürgermeister Karl-Willi Beck und der visionäre Chef der örtlichen Stadtwerke, Marco Krasser, erkannten so früh wie nur wenige, dass in der Energiewende auch eine Chance der Regionalentwicklung darstellt“, sagt Berek. „Es sollten Arbeitsplätze und Geschäftschancen entstehen und das Thema Energie sollte ein Alleinstellungsmerkmal für Stadt und Region werden – das ist aus heutiger Sicht eindrucksvoll gelungen. Der Wunsiedler Weg der Energiezukunft ist weit über Deutschland hinaus zur Marke geworden.“

Die inzwischen zwanzigjährige Entwicklungsarbeit kennt viele lernende Momente und baut auf Etappen



Es versteht sich von selbst, dass der Landkreis auch der Zukunfts-Energie Nordostbayern GmbH (ZENOB) beigetreten ist. Sie ist eine aus der Zukunftsenergie Fichtelgebirge (ZEF) hervorgegangene Gesellschaft und somit die konsequente Weiterentwicklung der Idee, interkommunale Zusammenarbeit zu stärken. Die ZENOB hat das Ziel, die Dekarbonisierung der Energieversorgung voranzutreiben und umzusetzen. Ihr Portfolio umfasst eine ganze Reihe von Aufgabenfeldern; so kümmert

und Meilensteinen auf. So gehören auch Erzeugung, Nutzung und Vertrieb von grünem Wasserstoff in Wunsiedel nicht zu einem solitären Ziel, sondern zu einem konsequent angestrebten weiteren Baustein in einem bereits reichhaltigen Energie-Bausteinkasten. Das hat auch den Global Player SIEMENS überzeugt, der sich entschloss, im Energiepark Wunsiedel einzusteigen und dort den bislang größten Elektrolyseur Deutschlands zu errichten. Zum Einsatz soll dieser grüne Wasserstoff in der Mobilität kommen und beispielsweise die LKW- und Staplerflotte des Handelsriesen EDEKA antreiben, der derzeit im Landkreis eines seiner größten und modernsten Logistikzentren errichtet.

man sich über die ZENOB gemeinsam um Wind- und Sonnenenergie, um Wärmeproduktion, die Speicherung von Energie und betreibt auch ein eigenes Planungsbüro.

Mit der Mitgliedschaft verfolgt der Landkreis sowohl eigene Interessen, aber auch die seiner Städte und Gemeinden. Eine Beteiligung an der Gesellschaft bringt mittel- und langfristig organisatorische und finanzielle Vorteile, davon sind die Verantwortlichen überzeugt. Praktische Beispiele dafür können die Schulen im Landkreis sein, die erhebliche Energiemengen benötigen.

Die Rolle des Landkreises

Der Landkreis unterstützt diese Entwicklungen auf allen Ebenen. Er unterstützt im interkommunalen Kontext, beschafft Fördermittel, arbeitet zu und versteht sich sowohl als Backup als auch als wichtiger Multiplikator. „Wir wollten ein verbindendes Element sein und helfen, das Netzwerk zu vergrößern, als wir vor einigen Jahren begonnen haben, die Unternehmerschaft zu Wasserstoff-Stammtischen einzuladen. In diesen Runden wollten wir das Interesse und die lokalen Bedarfe an grünem Wasserstoff ausloten“, erinnert sich der Landrat. „Daraus entstanden ist die Wasserstoffmodellregion Fichtelgebirge, die aus unserem Haus heraus bearbeitet wird und mit den ersten Wunsiedler Wasserstofftagen im Jahr 2022 Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland ins Fichtelgebirge gelockt hat.“



Die Erzeugung, Nutzung und der Vertrieb von grünem Wasserstoff ist nur ein Teil des reichhaltigen Energie-Bausteinkasten, auf dem der Wunsiedler Weg der Energiezukunft aufbaut.



„Naturschätzend“ ist auch einer der Markenkernwerte der erfolgreichen Regionalmarketing-Kampagne #freiraumfürmacher. In dieser wirbt der Landkreis mit Humor und Augenzwinkern für die Vorzüge des Fichtelgebirges.



Schon jetzt gelingt es im Landkreis, 63 Prozent des benötigten Stroms selbst und aus erneuerbaren Energien herzustellen. Eine gute Bilanz, die die Verantwortlichen weiter ausbauen möchten. In den kommenden Jahren wird der Punkt kommen, an dem man die komplette im Landkreis benötigte Energie vor Ort selbst herzustellen in der Lage ist. Davon sollen die Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem auch die heimische Wirtschaft, profitieren. Wie können energieintensive Unternehmen fit für die Zukunft gemacht werden? An einer Lösung tüftelt man im Fichtelgebirge nämlich nicht erst seit der spürbaren Steigerung der Energiepreise. Und die jüngste Kooperation zwischen Landkreis und Wirtschaft geht sogar noch einen Schritt weiter. Untersucht wird derzeit, ob man über die Produktion lokaler Energie hinaus nicht auch einen regionalen Strommarkt entwickeln will, mit dem sich nicht nur bessere Preise, sondern eine weitere größtmögliche Unabhängigkeit erzielen ließe.

Forschung – Gründung des FUTURE ENERGY LAB

Der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder würdigt die „Herzschrittmacherfunktion“ dieses Engagements im Fichtelgebirge und finanziert den Aufbau eines Future Energy Lab in Wunsiedel mit einem Invest in Höhe von 15,5 Millionen Euro. Im Future Energy Lab soll gemeinsam mit der Uni Bayreuth an den Energiethematen der Zukunft geforscht werden.

Weiterführende Links:

Stadt Wunsiedel und SWW – Der Wunsiedler Weg Energie:

<https://www.wunsiedel.de/Wirtschaft-Energie/CO2-frei-und-nachhaltig/>

Wasserstoffmodellregion Fichtelgebirge:

<https://www.wasserstoff-modellregion-fichtelgebirge.de/>

Imagefilm #freiraumfürmacherinnen (2024):

<https://www.youtube.com/watch?v=sYMz2Kmp9A>

Imagefilm #freiraumfürmacher (2019):

<https://www.youtube.com/watch?v=AQOTavvSBo>

DES FICHELGEBIRGE: Imagefilm #Freiraum für Macherinnen

Kampagne #Freiraum für Macher: Durchstarten im Fichtelgebirge

Das Fichtelgebirge hat viel zu bieten. Hier gibt es Freiraum für jeden – für Chancenergreifende, für Möglichmachende, für Weiterdenkende, für Traumverwirklichende, für Familiengründende, für Naturliebhabende, für Sportbegeisterte, für MACHERINNEN und MACHER. Seit Jahren beobachtet man, dass mehr junge Menschen im Fichtelgebirge bleiben und auch junge Familien und qualifizierte Fachkräfte verstärkt zuziehen. Angelockt vom Thema „Work-Life-Balance“, von tollen Freizeitmöglichkeiten, einem attraktiven Lebensumfeld und auch von erschwinglichen Lebenshaltungskosten. Ein neues Selbstbewusstsein ist entstanden – und genau das nutzt man nun für eine freche Image-Kampagne für eine wunderbare Region im Norden Bayerns.

Die Region Fichtelgebirge hat in den letzten drei Jahrzehnten einen massiven Strukturwandel durchlebt, der von einem erdrutschartigen Verlust von Arbeitsplätzen und von Bevölkerungsabwanderung geprägt war. Die demografischen Prognosen in den folgenden Jahren waren verheerend, die Stimmung im Keller. Ein Umstand, den man so nicht hinnehmen wollte, und der auf vielen gesellschaftlichen Ebenen Menschen in Bewegung gebracht hat, die sich nicht in dieses vermeintliche Schicksal einer ganzen Region fügen wollten. Begleitet von einer sich zunehmend wandelnden und sich erholenden Wirtschaft, aber auch von vielen gesellschaftlichen und politischen Initiativen, hat sich die Stimmung inzwischen spürbar und auch messbar gedreht.



Drehort Ausbildungszentrum SCHATZ von Scherdel in Marktredwitz

Die Kampagne #freiraumfürmacher zielt auf Fachkräfte, auf junge Gründende, die gute Bedingungen für ein Start-up suchen und auf Menschen, die das Stadt-Leben mit einem Wort „satt“ haben. Junge Familien natürlich, aber auch die „Best-Ager“, die von einer Veränderung und vergleichsweise günstigen Lebenshaltungskosten träumen. Nicht zuletzt auf Unternehmen, die im Ballungsraum nicht mehr expandieren können und natürlich auch auf Urlauber, die mal durchschnaufen möchten.

#freiraumfürmacher-Aktion in Großstädten

Das #freiraumfürmacher-Team ist immer wieder in Großstädten unterwegs, um dort auf die Vorzüge der Region aufmerksam zu machen.

Mit im Gepäck: zwei unterschiedlich große Würfel, die darstellen, was man so fürs glei-



Drehort Therme Siebenquell in Weißenstadt

che Geld an Wohnraum in einer Großstadt im Vergleich zu unserem Fichtelgebirge bekommt. Damit sich Besucher des #freiraumfürmacher-Stands auch vorstellen können, was sie im Fichtelgebirge erwartet, konnten sie zusätzlich mit VR-Brillen ausgestattet virtuell die Region kennenlernen.



#Online-Marketing: Social-Media, Macher-Stories, Podcast & Co.

Neben den Aktionen in Großstädten wird außerdem mit gezieltem Online-Marketing auf das Fichtelgebirge aufmerksam gemacht und so um Zuzügler geworben. Viele Unternehmen und Gründende konnten im Fichtelgebirge bereits ihre eigene Erfolgsgeschichte schreiben. Anhand von Macher-Stories stellt die Kampagne in Form von Videos, Blogbeiträgen und einem Podcast einige von ihnen vor und erklärt, warum sie im Fichtelgebirge ihren Freiraum gefunden haben.

Bei Social Media kann die Community unter dem Hashtag #freiraumfürmacher schöne Bilder, interessante Beiträge und Nachrichten aus der Region posten. So entsteht eine bunte Mischung aus Botschaften, die das Image des Fichtelgebirges erheblich aufpolieren. Alle veröffentlichten Bilder landen automatisch auf der Internet-Seite „www.freiraumfürmacher.de“ und sorgen so ständig für neue Inspirationen. Auch bei der Suche im Netz tauchen die Inhalte auf und liefern den Usern eine Fülle an regionalen Infos. Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht!

#Imagefilm Freiraum für Macherinnen

Eine Frau braucht Freiraum – an einem Ort, der das Leben zum Zuckerschlecken macht!

Ausgezeichnet mit diversen deutschlandweiten Preisen für Online-Kommunikation ist der erste Imagefilm #FreiraumfürMacher mit dem „Fichtelgebirgs-Werner“ eine echte Erfolgsgeschichte. Nun folgte der nächste Streifen unter dem Motto #FreiraumfürMacherinnen und auch davon erhoffen sich die Macherinnen und Macher im Fichtelgebirge eine ebenso sympathische wie erfolgreiche Werbung für die Region.

Kristina Herold, überzeugte Fichtelgebirglerin spielt die Hauptrolle und zeigt mit weiteren beeindruckenden Macherinnen, wo sie diesen Ort gefunden hat – nämlich im Fichtelgebirge!

Der neue Imagefilm ist mehr als Unterhaltung – er ist eine Botschaft: Das Fichtelgebirge wartet darauf, von starken, kreativen und visionären Frauen gestaltet zu werden und gibt ihnen dafür den nötigen Freiraum voller Möglichkeiten, Natur, toller Jobs und Lebensfreude.

Ziel des Imagefilms ist, in ganz Deutschland für die Region zu werben und zu zeigen, dass es bei uns im Fichtelgebirge jede Menge Freiraum für Macherinnen gibt. Der Film wird über Social-Media und Youtube verbreitet. Aber auch im Fichtelgebirge selbst kommt er zum Einsatz, um von möglichst vielen Akteurinnen und Akteuren verbreitet zu werden.



Drehort Coworking-Space mitten in der Natur



Der Imagefilm #FreiraumfürMacherinnen ist eines von mehreren Projekten innerhalb des Regionalmanagements Bayern und wird gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

#Casting: Hauptdarstellerin für neuen Imagefilm gesucht

Mit einer bunten Palette von Anzeigen und einem Kurzvideo wurden Frauen über Social-Media und die FichtelApp dazu ermutigt, sich für die Rolle zu bewerben. Doch was brauchte es wirklich, um die Herzen der Casting-Jury zu erobern? Neben einer Prise Zeit und Humor war vor allem eine tiefe Verwurzelung im Fichtelgebirge gefragt. Schauspielerfahrung? Optional. Ein authentischer Dialekt aus der Region? Unabdingbar.

#Macherinnen: Hauptdarsteller- und Nebendarstellerinnen

Zahlreiche Macherinnen haben sich für die Hauptrolle im Imagefilm beworben.

Für die Hauptrolle hat sich in einem Casting Kristina Herold aus Schönwald durchgesetzt – eine zweifache Mutter und Rückkehrerin aus der Großstadt, die das Fichtelgebirge mit all seiner Lebensqualität und Freiheit liebt. Doch Kristina ist nicht allein: Aufgrund der hohen Qualität und Vielfalt der Bewerberinnen sind mehrere von ihnen im Film zu sehen und bereichern ihn mit ihren ganz unterschiedlichen Charakteren.

Die Macherinnen des Films stehen nicht nur für das Fichtelgebirge, sondern auch für eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Sicht auf das Leben auf dem Land, so wie es hier in der Region zu finden ist.

#Botschaft: Drehbuch des Imagefilms.

Das Drehbuch des Films ist das Produkt intensiver Brainstorming-Sessions, in denen persönliche Geschichten und Erfahrungen von Frauen aus der Region eingeflossen sind. Hierbei wurde mit Stereotypen, Klischees und aktuellen Trends wie Sicherheit, New Work und Nachhaltigkeit gespielt. Das Ergebnis? Ein Film, der humorvoll, provokativ und vor allem aus weiblicher Perspektive das Fichtelgebirge in Szene setzt.

Der Film #FreiraumfürMacherinnen sendet die klare Botschaft an alle Frauen da draußen: Das Fichtelgebirge wartet darauf, von starken, kreativen und visionären Frauen gestaltet zu werden und gibt ihnen dafür den nötigen Freiraum.

#Dreharbeiten: Das Fichtelgebirge

Männer, die am Öffnen von Gurkengläsern scheitern, eine strahlende Hauptdarstellerin und jede Menge Fichtelgebirge. Das sind ganz kurz gesagt die Zutaten für den neuen Imagefilm, der das Fichtelgebirge in Szene setzt. Die eingespielte Crew arbeitete mit Hochdruck an dem Projekt, koordinierte zahlreiche Drehorte, Mitwirkende und Komparsen. Unterstützt wurde das Team dabei auch vom engagierten Landrat Peter Berek, der nicht nur hinter den Kulissen mitwirkte, sondern auch eine kleine Rolle im Film übernahm.

Die Dreharbeiten haben einige Zeit in Anspruch genommen. Jede Menge Drehorte, Mitwirkende und Komparsinnen und Komparsen waren zu koordinieren. Gefilmt wurde an den unterschiedlichsten Orten im Fichtelgebirge – von den bekannten Ausflugszielen bis hin zu echten Geheimtipps. Jeder Ort erzählt eine eigene Geschichte und zeigt die Vielfalt der Region. Es lohnt sich also, genauer hinzusehen!

#Premiere: Neuer Imagefilm feiert Premiere

Am 18. Januar hat der Imagefilm Premiere gefeiert. Bei toller Stimmung im gut gefüllten Rosenthal-Theater präsentierten die Hauptdarstellerin „Wernerette“ Kristina Herold und Hauptdarsteller „Werner“ Thomas Zeitler gemeinsam mit dem Freiraum-Team des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge den neuen Imagefilm #FreiraumfürMacherinnen.

Regisseur Gerhard Büttner aus München ist gebürtiger Fichtelgebirgler und maßgeblich am ersten Teil der Imagekampagne beteiligt. Er führte auch bei diesem Projekt Regie. „Der neue Imagefilm ist ein mit vielen Themen gespicktes, sehr dynamisches und schnell geschnittenes visuelles Erlebnis. Ich denke, man muss ihn mindestens drei bis viermal sehen, um alle Infos und Details wirklich aufnehmen zu können. Und er ist auch eine Hommage an die Frauen, die das Fichtelgebirge zu dem machen, was es ist: ein Ort voller Möglichkeiten, Freiraum und Lebensfreude.“ Insgesamt war die Premiere ein voller Erfolg, und die Macherinnen hoffen darauf, dass der Film nicht nur lokal, sondern auch deutschlandweit Beachtung findet. Die Reichweite soll durch Likes, Kommentare und Teilen in den sozialen Medien gesteigert werden, um die Aufmerksamkeit auf das wunderschöne Fichtelgebirge zu lenken. So setzt der Film #FreiraumfürMacherinnen einen weiteren Meilenstein in der erfolgreichen #FreiraumfürMacher-Kampagne und zeigt, dass das Fichtelgebirge nicht nur eine Region, sondern ein Raum voller Möglichkeiten und Lebensfreude ist.



#Online-Marketing: Wernerette geht viral

Bereits nach den ersten drei Tagen ging der Film organisch viral. Mit mehr als 56.000 Aufrufen in den ersten drei Tagen verbreitete sich der Film im Netz. Die Zielgruppe in den Großstädten wird mithilfe von Google-Ads und Social-Ads Anzeigen erreicht. Aber auch weitere Marketing-Maßnahmen rund um das Thema „Macherinnen“ sind bereits in Planung.

#freiraumfürmacherinnen #freiraumfürmacher

Im Fichtelgebirge gibt es Freiraum für alle – für Chancenergreifende, für Möglichmachende, für Weiterdenkende, für Traumverwirklichende, für Familiengründende, für Naturliebhabende, für Sportbegeisterte, für Macherinnen und Macher. Dafür wirbt die Regionalmarketing-Kampagne #FreiraumfürMacher seit 2018; provokant in Großstädten und in der Sache fundiert. Ziel der Imagekampagne ist es, die Position des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge und der Region Fichtelgebirge im Wettbewerb mit anderen Landkreisen und Regionen zu stärken und das Image der Heimat langfristig nach innen und außen positiv darzustellen. Der #FreiraumfürMacherinnen-Imagefilm ist eines von vielen Projekten innerhalb der Kampagne.

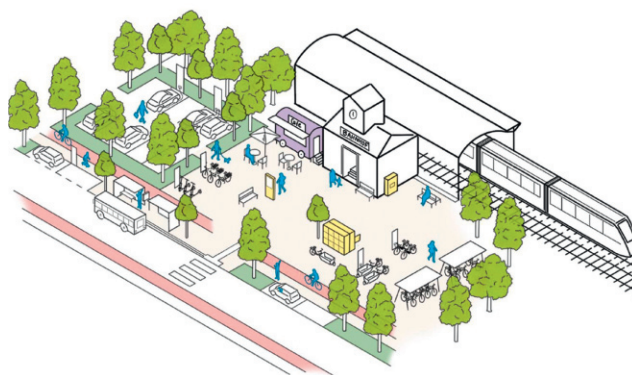
(LRA Wunsiedel i. Fichtelgebirge)

fichtelstationen – zentrale Orte der Teilhabe

Von Dennis Fricken, Projektmanager Teilhabestationen, Landratsamt Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Die fichtelstation ist ein neues Angebot im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge. An ausgewählten Standorten finden sich hier verschiedene Elemente der Daseinsvorsorge. Die fichtelstation verknüpft auf diese Weise im ländlichen Raum die Themen soziale Teilhabe und Mobilität gebündelt an einem Ort. In sechs Modellkommunen befinden sich unterschiedlich große Stationen, die aus einem vorab erarbeiteten Baukastensystem für die individuellen Bedürfnisse des jeweiligen Standortes zusammengestellt sind.

Sonntagmorgen, 8:53 Uhr: Der erste schlurfige Gang des Tages führt auf direktem Wege zum Kühlschrank. Jetzt ein Frühstücksei zum Kaffee, dann kann der Tag starten. Doch – gähnende Leere. Kein Ei mehr da und auch der Blick in die Kaffeedose hebt die Stimmung nicht. Zu allem Überflus melden sich die lieben Verwandten für den Nachmittag spontan zu Kaffee und Kuchen an. Was nun? Der Supermarkt hat geschlossen und weit und breit niemand in Sicht, der helfen kann. Doch das muss nicht sein. Eine kurze Rad-, Bus- oder Autofahrt entfernt naht Rettung. In großen Lettern steht dort: „fichtelstation“.



© Planersocietät, 2024, Handbuch Teilhabe- und Mobilstationen Europäische Metropolregion Nürnberg am Beispiel des Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge

Logik und Beschaffenheit der fichtelstationen

Die fichtelstationen befinden sich in Ortslagen, die sehr gut an den Öffentlichen Personennahverkehr angebunden sind. Oftmals befindet sich der örtliche Busbahnhof sogar in unmittelbarer Nähe zur fichtelstation. Je nach Größe und Ausstattungsumfang der Station findet sich hier neben einem digitalen Informationsange-

bot, das auf den sogenannten fichtelstelen sämtliche relevanten Informationen über das Fichtelgebirge zusammenfasst, auch Mobilitätsangebote wie der direkte Zugang zum Bus, Fahrradabstell- und -lademöglichkeiten sowie Fahrradreparaturstationen.



© Planersocietät 2022; Planungsübersicht am Beispiel von Arzberg

Um nun das eingangs skizzierte Szenario zu vermeiden, befinden sich an einigen Standorten zusätzlich Verkaufsautomaten, in denen regionale und saisonale Produkte des täglichen Bedarfs bezogen werden können. Brot, Milch, Eier, Butter, Kaffee und vieles mehr können auf diese Weise auch außerhalb der üblichen Geschäftsöffnungszeiten sowie an Sonn- und Feiertagen erworben werden. Damit ist in unserem Szenario der Sonntag gerettet. Oder zumindest der Vormittag.

Mobile Nahversorgung durch zentrale Orte im ländlichen Raum

Die fichtelstationen sind Teil des vom Bund geförderten Modellvorhabens „Teilhabe überall“ der Förderinitiative Aktive Regionalentwicklung, das im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge von Januar 2022 bis Juni 2024 bearbeitet wurde. Es wird durch den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge koordiniert und mit den Verbundpartnern der Städte Wunsiedel, Marktredwitz und Arzberg, den Märkten Thiersheim und Thierstein sowie der Gemeinde Höchstädt vor Ort realisiert. Das Modellvorhaben knüpft an die Kampagne #FreiraumfürMacher an, mit der der Landkreis den Innovations-, Kreativitäts- und Kooperationswillen der Menschen im Fichtelgebirge mobilisieren und fördern möchte. Als ländlicher Landkreis, der vor der Herausforderung einer zunehmend älteren und damit teils mobilitätseingeschränkten Bevölkerung steht, sollen die zentral in Siedlungsgebieten gebauten fichtelstationen eine mobile Nahversorgung ermöglichen. Auch an die Aufenthaltsqualität durch Witterungsschutzelemente und Freizeitangebote wie ein Outdoor-Schachttisch und ein Minisoccerfeld wurde gedacht. Ergänzt wird die fichtelstation teils sogar mit einer DHL-Packstation. Damit können sich die fichtelstationen zu einem sozialen Treffpunkt entwickeln.

Innovativ und praktisch: Die fichtelstation

Das Praktische an den fichtelstationen: Sie sind modular aufgebaut. Das bedeutet, der Ausstattungsum-

fang ist nicht abgeschlossen, sondern kann nach Bedarf erweitert werden, sofern es das Platzangebot hergibt. Das Ziel dabei bleibt immer gleich: Aufbau einer mobilen Nahversorgungsinfrastruktur in kleinen Siedlungsgebieten jenseits des motorisierten Individualverkehrs sowie Verbesserung der Erreichbarkeit, Mobilität und Teilhabe durch öffentliche Mobilitäts- und Informationsangebote.

Im ersten Schritt sind sechs fichtelstationen in den genannten Modellkommunen baulich umgesetzt worden, die nun zunächst erprobt werden. Welche Ausstattungselemente bewähren sich? Wie werden die Angebote angenommen? Sind sinnvolle Ergänzungen notwendig? All dies wird in der Erprobungsphase geprüft, um das Konzept anschließend möglicherweise auch für andere Städte und Gemeinden im Landkreis zu adaptieren. Langfristig – und dies ist bereits im erarbeiteten Handbuch für Teilhabestationen im Rahmen des Projektes ein zentrales Thema – ist auch ein Ausrollen des Konzepts auf die Europäische Metropolregion Nürnberg denkbar.

Denn eines ist klar: Schreckensszenarien wie ein leerer Kühlschrank am Sonntagmorgen sollen im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge künftig der Vergangenheit angehören.

Das Vorhaben „Teilhabe überall“ wird innerhalb des Programms *Region gestalten* des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung gefördert.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Region gestalten

Kreisentwicklung im Landkreis München an den Start gegangen

Von Martina Neubauer, Stabsstelle Kreisentwicklung, Landratsamt München

29 äußerst agile, die einen überwiegend städtisch, die anderen mehr ländlich geprägten Städte und Gemeinden bilden zusammen den Landkreis München. Mit seinen rund 360.000 Einwohnern ist er nach München und Nürnberg die größte Gebietskörperschaft Bayerns. An seiner wirtschaftlichen Prosperität gemessen, belegt der Landkreis München im Deutschlandvergleich regelmäßig Spitzenplätze und in vielen Kommunen des sich hufeisenförmig um die Landeshauptstadt schmiegenden Landkreises ist eine Vielzahl zukunftsweisender Projekte im Gang – diese reichen vom Aufbau eines Luft- und Raumfahrtcampus mit den flankierenden Infrastruktureinrichtungen bis hin zu Windkraft- und Geothermieprojekten. Um all diese Entwicklungen im Blick zu halten, sie miteinander in Bezug zu setzen und wichtige Steuerungsimpulse geben zu können, hat im Landratsamt München zum 1. September 2023 die Stabsstelle Kreisentwicklung die Arbeit aufgenommen. Gemeinsam mit der bereits etablierten Wirtschaftsförderung sollen von dort die im Landkreis München vorhandenen Potenziale in einen Gesamtzusammenhang gebracht und weiterentwickelt werden.

Für die politischen Entscheidungsträger und die Verwaltungen ist es angesichts der hohen Dynamik so einfacher, den Überblick über die Entwicklung des Landkreises als Ganzes zu behalten und daraus notwendige Handlungsstrategien zu entwickeln. Hinzu kommen die Herausforderungen, die der demografische Wandel mit sich bringt, die Arbeits- und Fachkräfteknappeheit sowie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, der große Bedarf an vielschichtigen Bildungsangeboten, Fragen der Gesundheitsversorgung, Verkehr und Klimakrise oder auch der Wunsch aus den politischen Gremien, Innovation, Gründergeist und die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern.

Aus dem breiten Portfolio an Themen und Aufgaben, die bei der Kreisentwicklung bereits jetzt bzw. künftig angesiedelt sein werden, seien im Folgenden einige exemplarisch herausgegriffen.

Förderung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts

Der Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft kommt im Landkreis München seit jeher eine große Bedeutung zu. Zahlreiche Fakultäten der großen Münchner Universitäten haben ihren Sitz im Landkreis, hinzu kommen die Universität der Bundeswehr und

zahlreiche wissenschaftliche Institute. Große und kleine High-Tech-Firmen fühlen sich in deren Umfeld besonders wohl.

Gründerzentren, Start-ups, Technologie-Transfer-Zentren

Der Landkreis München ist ein „Hot-Spot“ für Innovationen und selbst Mitgeschafter von vier Gründerzentren, die in unterschiedlichen Regionen des Landkrei-



Die Gemeinde Unterföhring ist einer der wichtigsten Medienstandorte in ganz Deutschland.

ses thematisch unterschiedliche Cluster bedienen. Wissenschaft und Politik haben ein großes Interesse daran, Gründerzentren, Start-ups oder Technologie-Transfer-Zentren im Landkreis München zu fördern, um das Zusammenwirken von Hochschulen, Wirtschaft und kommunaler Wirtschaftsförderung optimal zu gestalten und die Potenziale in der Region zu halten. Hier versteht sich die Kreientwicklung als Netzwerkpartner und „Ermöglicher“, der gezielt Akteure zusammenbringt und konkrete Umsetzungswege aufzeigt.



Der größte Standort der Technischen Universität München (TUM) befindet sich in der Stadt Garching. Er ist eine der modernsten Forschungs- und Ausbildungsstätten in Europa.

Die Internationale Bauausstellung (IBA) in der Metropolregion München – „Räume der Mobilität“ – ein Gewinn für alle

Eine besondere Aufgabe in den kommenden Jahren ist die Begleitung der IBA (Internationale Bauausstellung) – Räume der Mobilität (www.landkreis-muenchen.de/iba). Die IBA-Gesellschaft wurde im November 2023 gegründet und wird unter dem zukunftsweisenden Motto „Räume der Mobilität“ über einen Zeitraum von zehn Jahren innovative Projekte aus diesem Bereich und aus der gesamten Metropolregion begleiten. Neben der Landeshauptstadt München sind die Städte Augsburg und Ingolstadt, die Landkreise Freising und München sowie die Europäische Metropolregion München e. V. Gesellschafter der IBA GmbH. Gemeinsam mit kreativen Menschen aus Wissenschaft und Wirtschaft, den Gemeinden und Städten im Landkreis München, den Gesellschaftern der IBA und den Bürgerinnen und Bürgern sollen innovative Quartiersentwicklungs- und Mobilitätsprojekte identifiziert und umgesetzt werden. Neben einem Vertreter aus den Kreisgremien hat auch die Kreientwicklung einen Sitz im Aufsichtsrat der IBA-Gesellschaft.

Arbeits- und Fachkräftesicherung

Das Bildungsbüro und die bei der Kreientwicklung angesiedelte Wirtschaftsförderung haben die Aufgabe, sich der großen Herausforderung der Arbeits- und Fachkräftesicherung zu stellen. Dazu gehört die Aufbereitung der

Datenlage ebenso wie die Bereitstellung von Informationen bis hin zu konkreten Angeboten. Unter anderem sollen Beratungs-, Vernetzungs- und kreative wie zielgerichtete Bildungsangebote geschaffen werden. Mit großem Erfolg wurden bereits Ausbildungsmessen und pädagogisch begleitete Unternehmensbesuche für Schülerinnen und Schüler organisiert.

Netzwerkpartner und Lotse

Die Kreientwicklung versteht sich als Netzwerkpartnerin für alle wesentlichen Infrastrukturplanungen ebenso wie für konkrete unternehmerische Fragestellungen. Sie behält den Überblick über Themen des Regionalen Planungsverbands, der Wohnungsbaugesellschaften und der Kammern. Sie bringt Themen ein bzw. stellt konkrete thematische Kontakte her. So sollen künftig beispielsweise die Themen Wohnraumentwicklung, Entwicklung von Quartierskonzepten und Mobilität noch enger miteinander verzahnt werden. Ziel dabei ist es, den Bedürfnissen der Menschen, sich umweltfreundlich zu bewegen, nachzukommen – egal ob zu Fuß, mit dem Rad, mit dem ÖPNV oder dem E-Fahrzeug. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei darauf, mit den vorhandenen Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen und gleichzeitig der Wachstumsregion mit dem weiterhin bestehenden Wohnraumbedarf gerecht zu werden.



Verkehr, Flächenmanagement und Klimaschutz

Der Landkreis München gehört nach wie vor zu den Wachstumsregionen in Deutschland. Er ist geprägt von urbanen wie auch ländlichen Räumen und verfügt über eine gute Verkehrsinfrastruktur. Die Mehrheit der Kommunen ist unmittelbar an das Münchner S- und U-Bahn-Netz angeschlossen, darüber hinaus gibt es ein weit verzweigtes Busnetz, teils mit Expressbuslinien, und auch der motorisierte Individualverkehr kann auf eine gut ausgebaute Infrastruktur zurückgreifen. Dieses Angebot gilt es umweltverträglich auch für die Zukunft sicherzustellen, an künftige Bedarfe anzupassen und weiterzuentwickeln. Dem ÖPNV sowie dem Fahrradverkehr kommen dabei eine besondere Bedeutung zu.

Enorm ist auch der Flächenbedarf sowohl bereits ansässiger als auch ansiedlungswilliger Unternehmen. Hier gilt es, einen Überblick über Planungsabsichten in der gesamten Planungsregion zu haben, um nach Synergien zu suchen, mögliche Konflikte im Vorfeld zu identifizieren und den verantwortlichen kommunalen Gremien die notwendigen Informationen für ihre Entscheidungsfindung zur Verfügung stellen zu können.

In diesem Zusammenhang spielen auch der Klimaschutz sowie der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien eine wichtige Rolle. Unterstützt von der Energieagentur Ebersberg-München setzt das Landratsamt alles daran, dass der Landkreis München seine Klimaziele erreicht.

Aufgabe der Kreisentwicklung ist es, die verschiedenen Perspektiven und Bedarfe im Blick zu haben und nach Möglichkeit bereits im Vorfeld gemeinsam mit den Akteuren der verschiedenen internen Fachbereiche sowie der externen Partner Lösungswege zu diskutieren und im Idealfall konsensual zu erarbeiten.

Agieren im Sozialraum – Von der Sozialplanung zur integrierten Sozialplanung

Von der Steuerung aus der „Zentrale“ hin zu den heterogenen Strukturen vor Ort: Bedarfsgerecht und näher an den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, das ist die Intention eines groß angelegten Umstrukturierungsprozesses, der sukzessive die gesamte Arbeit im Bereich „Jugend und Soziales“ umbauen wird. Dies soll Netzwerke stärken, den fachlichen Austausch vertiefen und vor allem die Wege für die Bürgerinnen und Bürger transparenter, effektiver und schneller gestalten. Die Landkreisverwaltung erwartet sich von diesem Prozess eine Erhöhung der Effizienz.

Schon heute arbeiten viele Bereiche des Landratsamts mit Daten als Grundlage für zukünftige Planungen. Exemplarisch sei hier die Schulbedarfsplanung genannt. Die erhobenen Daten sind Grundlage für Verwaltung, Kreispolitik und die kreisangehörigen Gemeinden, möglichst passgenaue Zukunftsentscheidungen zu treffen. Die datenbasierte Arbeit soll auch weiterhin konsequent ausgebaut werden.

Zunächst werden alle internen Fachstellen, von der Sozial- und Jugendhilfeplanung über das Bildungsmanagement bis zu Mobilität und Klimaschutz sowie der Kreisentwicklung, gemeinsame Datenbedarfe, Schnittstellen und Indikatoren festlegen. Daraus soll dann ein internes Steuerungsinstrument entwickelt werden, um der Kreis- und Gemeindepolitik noch bessere Entscheidungsgrundlagen an die Hand zu geben.

Strategie – Daten – Umsetzung – Controlling

Über die Sozialplanung hinaus sollen mittelfristig auch alle Daten, die für die Kreisentwicklung relevant sind, in einem Konzept zusammengeführt und fortgeschrieben werden und „auf Knopfdruck“ interessierten Bürgerinnen und Bürgern, den politisch Verantwortlichen und der Verwaltung zur Verfügung stehen.

Die Ableitung von Handlungsempfehlungen und konkreten Maßnahmen für die von der Kreispolitik formulierten strategischen Ziele soll künftig auf Grundlage strukturiert aufbereiteter Daten erfolgen. Die regelmäßige Überprüfung, Fortschreibung und Anpassung der Zielerreichung unter ökonomischen, sozialen und ökologischen Parametern macht die Planungen und Handlungen damit transparent. Dabei sind auch weiterhin die jeweils zuständigen Fachbereiche für die Ausarbeitung und Fortschreibung zuständig. Die Kreisentwicklung kann unterstützen, Querbezüge identifizieren und mit Blick auf Gesamtentwicklungen Impulse setzen.

- BIP je Einwohner: 48.911 Euro
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 258.000 (Stand: 30.06.2023)
- Arbeitslosenquote: 2,8 % (Stand: 12/2023)
- 42.500 Unternehmen:
 - Produzierendes Gewerbe 21 %
 - Handel und Verkehr 23 %
 - Dienstleistungen 55 %
- Standortzufriedenheit lt. IHK-Standortumfrage 2023: Note 1,9

Der Landkreis München ist Mitgesellschafter bei Bau- gesellschaften, Gründerzentren, einer Energieagentur sowie der IBA GmbH, um nur einige zu nennen. Weitere Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform sowie der Ausbau bestehender Zweckverbände sind denkbar. Unter Federführung der Kreientwicklung, die künftig einen verstärkten Blick auf die Entwicklung der Beteiligungen unter strategischen Gesichtspunkten haben soll, wird auch das Beteiligungsmanagement konzeptionell neu aufgestellt. Prozesse und Verantwortlichkeiten werden klar definiert, Controlling und Zielvereinbarung sowie die Beratung der Mandatsträger werden standardisiert. Erste Effekte aus der Arbeit der neuen Organisations- einheit werden spätestens dann spürbar, wenn eine

traditionell eher „versäult“ arbeitende Behörde ge- meinsame Herausforderungen definiert, „zuständig- keitsübergreifend“ Lösungen erarbeitet und schnell und konkret handelt. So wird aktuell die Zusammenar- beit zwischen der Ausländerbehörde und der Kreient- wicklung bei der Fachkräftegewinnung enger verzahnt, um Hürden für Unternehmen sowie für Fachkräfte aus dem Ausland abzubauen.

Im laufenden Jahr soll ein Grundlagenpapier vorgelegt werden, das die strategischen Zielsetzungen mit kon- kreten Handlungsfeldern und Empfehlungen zusam- menfasst und Leitfaden für die kommenden Jahre „Kreientwicklung“ sein soll.

Kreientwicklung und Regionalmanagement als wichtiger Motor für den Landkreis Freyung-Grafenau

Von Stefan Schuster, Regionalmanager, und Dr. Frederik Weinert, Pressesprecher, Landratsamt Freyung-Grafenau

Potenziale der Regionalentwicklung nutzen und kommunizieren

In Zeiten des demografischen Wandels und aufgrund stetiger struktureller Veränderungen sind gerade im ländlichen Raum wirksame Instrumente gefragt, um alle Potenziale im Sinne der Regionalentwicklung zu nutzen. Schließlich gibt es einige Herausforderungen wie stagnierende oder gar sinkende Bevölkerungszahlen, eine älter werdende Gesellschaft oder die Abwan- derung junger Talente, die beispielsweise in München studieren oder einen neuen Job antreten möchten. Um- gekehrt gelingt es den ländlichen Regionen aber zunehmend, dass Menschen im ländlichen Raum, bei- spielsweise im Bayerischen Wald, ganz bewusst ihre (neue) Heimat finden oder aufgrund der reichhaltigen Chancen nach der Ausbildung oder im späteren Lebensalter wieder zurückkehren. Damit alle Poten- ziale ausgeschöpft und optimiert werden können, ist es entscheidend, weiterhin attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und diese auch ent- sprechend wirksam innerhalb der Region, aber auch über die Region hinaus, klar und prägnant zu kommu- nizieren.

Der niederbayerische Landkreis Freyung-Grafe- nau mit seiner besonderen Lage im östlichen Teil Bayerns, exponiert gelegen im Dreiländereck Bayern – Tschechien – Österreich, gilt mit seinem hohen Waldanteil und den vielfältigen touristischen Möglichkeiten als klassischer länd- licher Raum. Freyung-Grafenau hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem modernen, lebens- werten Landkreis entwickelt. Innovative Unter- nehmen, ein gesunder Mittelstand, traditionelles Handwerk, umsichtige Land- und Forstwirt- schaft, gastfreundliche Hotellerie und Gastrono- mie sowie leistungsfähige Verwaltungen setzen sich gemeinsam für die Region ein. Gerade mit dem Nationalpark Bayerischer Wald ist der Land- kreis Freyung-Grafenau ein attraktiver Anzie- hungspunkt mit vielen Erholungsmöglichkeiten und Naturschätzen für Einheimische und Touris- ten.

Lebensqualität stärken durch Aufbau und Pflege regionaler Netzwerke

Ein zielführendes Instrument in diesem Zusammenhang ist die Kreisentwicklung. Der Landkreis Freyung-Grafenau setzt hier auf ein enges Netzwerk aus Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement, Tourismus und dem EU-Förderprogramm LEADER. Der als Organisationseinheit organisierte Verbund ist direkt an der Stabstelle „Büro Landrat, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ angegliedert, um kurze Kommunikations- und Entscheidungswege sicherzustellen. Das Regionalmanagement als wichtiges und effizientes Teilinstrument aus diesem Bereich gilt als sogenanntes „weiches“ Instrument der Landesentwicklung und leistet durch den Aufbau und die Pflege regionaler Netzwerke einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in der Region. Dabei arbeitet das Regionalmanagement Freyung-Grafenau – gefördert über das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie – in den Zukunftsthemen „Wettbewerbsfähigkeit/Fachkräftesicherung“ und „Regionale Identität“.

Landesgartenschau 2023 in Freyung: Positive Effekte durch Regionale Identität

Positive Regionale Identität als gesellschaftsübergreifender Konsens gilt als Grundvoraussetzung für funktionierenden regionalen gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit für eine weitere insgesamt positive Entwicklung der Region. Ein gutes und aktuelles Beispiel für die Projektarbeit des Regionalmanagements Freyung-Grafenau im Bereich „Regionale Identität“ ist die Präsentation des Landkreises auf der Bayerischen Landesgartenschau Freyung 2023. Ziel des über insgesamt 132 Tage gehenden Auftritts im Rahmen eines eigenen Regionalpavillons war es, die Region einer breiten, interessierten Öffentlichkeit in möglichst vielen Facetten als lebens-, aber auch liebenswert darzustellen. Die positiven Effekte der Landesgartenschau Freyung 2023 und des Regionalpavillons des Landkreises Freyung-Grafenau sind noch heute zu spüren. Zeit und Mühen, aber auch die Investitionen, haben sich also gelohnt.

Und das gilt nicht nur für die Gastgeber-Stadt selbst, sondern eben auch für die gesamte Region: Der große Mehrwert für die Stadt Freyung und auch für den Landkreis Freyung-Grafenau ist vor allem der Zuwachs an neuen Erholungs- und Freizeitflächen, aber gleichzeitig auch ein Imagegewinn, ein gesteigerter Bekanntheitsgrad weit über die Region hinaus, mehr Tagestourismus und auch höhere Übernachtungszahlen.

Regionalpavillon als Plattform für Landkreis, Städte, Märkte und Gemeinden

Der Imagegewinn sorgt im Idealfall für eine gesteigerte Anziehungskraft der gesamten Region und zeigt sie als attraktiven Wohn- und Arbeitsort, was im Wettbewerb um qualifizierte Kräfte mehr als hilfreich sein kann. Der Landkreis Freyung-Grafenau hat die Landesgartenschau gemeinsam mit seinen insgesamt 25 Städten, Märkten und Gemeinden genutzt, um die verschiedenen Stärken, Besonderheiten und positiven Alleinstellungsmerkmale einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. In und an dem wertigen Holzbau des Regionalpavillons bespielte der Landkreis mit seinen Kommunen viele Themen, die die Region ausmachen, wie beispielsweise die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Rolle als touristische Destination, genauso wie die historische Entwicklung, oder auch die Lage im Dreiländereck. Im Mittelpunkt aller Präsentationen standen dabei die Menschen aus der Region. Daher war der Regionalpavillon auf der Landesgartenschau das bestmögliche Medium, um die Region auf authentische und sympathische Art und Weise den Gästen näherzubringen.



Der Regionalpavillon des Landkreises Freyung-Grafenau auf der Bayerischen Landesgartenschau in Freyung



Das vielfältige Programm der Landkreiskommunen lockte an den 132 Tagen Landesgartenschau viele Besucherinnen und Besucher zum Regionalpavillon, wie hier bei den Wolfaustreibern aus der Gemeinde Eppenschlag.



Regionen werden zu Marken

Eingebettet war die Präsenz des Landkreises Freyung-Grafenau auf der Landesgartenschau in die ebenfalls über das Regionalmanagement umgesetzte und sehr erfolgreiche Landkreis-Imagekampagne „Mehr als du erwartest...“ oder kurz „MADE in FRG“. Hierzu gibt es bereits ein eigenes Logo, gut laufende Kanäle in den Sozialen Medien und attraktive Veranstaltungen und Events. Diese Zielstrebigkeit ist wichtig, denn Regionen, Landkreise und Städte haben sich in gewisser Weise zu eigenen Marken entwickelt. Das führt dazu, dass Regionen mit bestimmten Konnotationen angereichert sind, also mit Bedeutungsmerkmalen, die natürlich möglichst positiv behaftet sein sollten. Nur die Region, die auch ein positives Innen- und Außenbild vermitteln kann, punktet in den Bereichen Wohnen, Arbeiten oder auch als touristische Destination. Für Freyung-Grafenau bedeutet das, dass sich der Landkreis selbstbewusst, ohne zu überzeichnen, mit seinen Stärken präsentiert.

Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsleistung im ländlichen Raum steigern

Seit inzwischen fast zehn Jahren ist die MADE-Kampagne, an deren Finanzierung sich dankenswerterweise auch die heimische Wirtschaft beteiligt, das Instrument der Regionalentwicklung, um zu zeigen, was der Baye-

rische Wald und der Landkreis Freyung-Grafenau gemeinsam zu bieten haben. Um Authentizität zu gewährleisten, setzt die Kampagne auch auf Menschen aus der Region, die in Geschichten oder beispielsweise auch im Podcast „MADE in FRG“ darüber berichten, warum Freyung-Grafenau als Lebensmittelpunkt für sie ideal ist. Über verschiedene Kommunikationskanäle wird gezeigt, dass der ländliche Raum attraktiv und leistungsfähig ist. Insgesamt kann die Region so ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten und im besten Falle sogar steigern und somit attraktiver Standort für Unternehmen und Fachkräfte bleiben oder werden. Auch die Wirtschaftsförderung Freyung-Grafenau ist ein wichtiger Bestandteil der Kreientwicklung. Sie zielt darauf ab, ein günstiges Umfeld für Betriebe und Unternehmen zu schaffen und so einen aktiven Beitrag zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten. So wird über die Aktivitäten die regionale Wirtschaft unterstützt und in Schwung gehalten. Maßnahmen wie das Aufzeigen von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, die Unterstützung bei der Standortwahl oder auch die Beratung bei Unternehmensgründungen oder -erweiterungen gehört unter anderem zum breiten Portfolio der Wirtschaftsförderung. Zusammengefasst dient die Kreientwicklung in Freyung-Grafenau dazu, dass über die enge Verzahnung der einzelnen Teilbereiche wirksame Impulse gesetzt werden, um die positive Entwicklung des ländlichen Raums – unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten und der zu bewältigenden Herausforderungen – gemeinsam mit allen Beteiligten im Sinne der Region voranzutreiben.

Interview

mit Landrat Sebastian Gruber



Sebastian Gruber ist seit 2014 Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau

1. Warum ist aus Ihrer Sicht abgestimmtes Vorgehen in der Kreisentwicklung besonders wichtig für die nachhaltige Weiterentwicklung des ländlichen Raums?

Kreisentwicklung ist ein besonderes, unverzichtbares und wertvolles Instrument. Für mich persönlich muss sie „Chefsache“ der Landräte sein. Allerdings kann Kreisentwicklung aber nur dann erfolgreich sein, wenn es verlässliche Partnerschaften und funktionierende Kooperationen gibt. Dazu gehören viele verschiedene Mitwirkende, u.a. Landkreiskommunen, Akteure aus Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft sowie des breiten gesellschaftlichen Querschnitts. Schlussendlich geht es um eine koordinierte Vorgehensweise und eine abgestimmte Antwort auf die Frage, wie sich die Region weiterentwickeln soll.

2. Vor Ihrer Zeit als Landrat waren Sie selbst Regionalmanager des Landkreises Freyung-Grafenau. Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit des Instruments?

2014 wurde ich zum Landrat gewählt, davor war ich von 2011 bis 2013 selbst Regionalmanager des Landkreises. Das war eine sehr lehrreiche

Zeit für mich persönlich, aber auch inhaltlich überaus spannend. Das Regionalmanagement Freyung-Grafenau ging aber bereits im Jahre 2008 an den Start. Zu Beginn gab es durchaus kritische Stimmen. Die Frage „Braucht's das?“ wurde in den Gremien sehr intensiv diskutiert. Die Initiative hat aber sehr schnell Partner und Verbündete gefunden und sich erfreulicherweise etabliert. Gerade die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft und den Bildungseinrichtungen war und ist dabei ein wesentliches Element. Im Vergleich zu anderen Bereichen in einem Landratsamt ist die Arbeit des Regionalmanagements nicht nur in erster Linie an harten Zahlen, Daten und Fakten zu messen und zu bewerten. Ziel der Arbeit des Regionalmanagements ist im Wesentlichen die Steigerung der Attraktivität, der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftskraft. Kurzum geht es um ein attraktives Gesamtpaket „Leben und Arbeiten im Landkreis Freyung-Grafenau“. Das Regionalmanagement ist in Freyung-Grafenau nicht mehr wegzudenken, denn die Wirksamkeit ist in jeder Hinsicht positiv.

3. Die Imagekampagne des Landkreises setzt auf den Slogan „Mehr als du erwartest...“. Was war Ihr jüngster „Mehr als du erwartest – Moment“?

Diese besonderen Momente gibt es jeden Tag. Ich freue mich beispielsweise über den täglichen Kontakt zu den Menschen in der Region. Die Bevölkerung im Bayerischen Wald ist bodenständig, ehrlich, fleißig, heimatverbunden und hilfsbereit. Austausch, Begegnung und Gespräche sind wichtig, um in Erfahrung zu bringen, wo die Menschen der sprichwörtliche Schuh drückt, aber auch, um zu spüren, was den Menschen Freude bereitet und guttut. Für mich persönlich ist das beispielsweise die Natur, Bewegung an der frischen Luft im Bayerischen Wald, Joggen, Wandern, Skifahren, aber auch gesellige Schafkopfrunden mit Freunden sowie schöne Momente mit der Familie. Es sind also nicht nur immer die großen Momente, sondern die vielen „kleinen“ Momente, die zufrieden und glücklich machen.

Ein bunter Strauß an Projekten zum Thema Kreientwicklung im Landkreis Aschaffenburg

„Denk mal – Rad mal“ – Erlebnisradtouren für Jung und Alt via App

Mit der Radweg-begleitenden App „Denk mal – Rad mal im Landkreis Aschaffenburg“ kann man spielerisch auf eine Fülle von Informationen zu regionalen Besonderheiten im Kahlgrund, im Spessart sowie entlang des Mains zugreifen. Es gibt über 35 Hörstationen zu Geschichten und Sagen, Ratespielen wie Quiz und Bilderrätsel, 360-Grad-Panoramen, Videos und Fotos. Durch die Technik der Augmented Reality werden die Radtouren zu wahren Erlebnistouren. Unterwegs in der Region wird man entlang der Erlebnisradtouren an verschiedenen Stationen auf Besonderheiten aufmerksam gemacht.

Weitere Informationen und die Web-App gibt es unter www.denkmal-radmal-ab.de.

App-Features

Drei Rundwege „Auf und AB im Spessart“ (etwa 25 Kilometer), „KahlgRunde“ (etwa 60 Kilometer) und die „Main-Wein Runde“ (etwa 51 Kilometer) mit vielfältigen Geschichten, Ratespielen und Informationen zu Sehenswürdigkeiten

Annehmlichkeiten (u.a.) entlang der Rundwege

Zehn Fahrrad-Reparaturstationen

15 hölzerne Wellenliegen

Ein lebensgroßer Bilderrahmen

Drei hölzerne Memory-Tafeln mit Motiven aus dem Landkreis



Kreiskarte

Auch die digitale Kreiskarte des Landkreises steht u.a. als App zur Verfügung und kann unter www.kreiskarte-ab.app heruntergeladen werden. Die App bietet einen mobilen Zugriff auf die Kreiskarte mit ihren umfangreichen Informationen sowie dem Mängelmelder für beispielsweise beschädigte Radwege und Beschilderungen.

Öffentliche Einrichtungen, Wander- und Fahrradtouren, Ausflugsziele, aktuelle Straßensperrungen, Bildungseinrichtungen und noch vieles mehr sind auf der digitalen Kreiskarte des Landkreises unter www.kreiskarte-ab.de zu finden.

In insgesamt neun Bereichen kann man sich zu verschiedenen Themen informieren und den Landkreis auf der Karte entdecken.

Mitmachaktion „Lieblingsorte“

Das Landratsamt hat die Mitmachaktion „Lieblingsorte im Landkreis Aschaffenburg“ ins Leben gerufen. Hier werden Vorschläge gesammelt, um die schönsten persönlichen Lieblingsorte im Landkreis zu finden. Diese besonderen Orte werden dann auf der digitalen Kreiskarte (www.kreiskarte-ab.de) geteilt. Die Lieblingsorte, mit denen sich die Menschen in der Region identifizieren, machen unsere Heimat aus und prägen die Regionale Identität des Landkreises. Mit den persönlichen Vorschlägen soll so ein Netz aus Lieblingsorten im Landkreis entstehen und Inspiration für Ausflüge geben.

Um den eigenen Lieblingsort zu teilen, ist ein Online-Formular auszufüllen. Hierzu sind ein Foto, die GPS-Koordinaten sowie ein persönlicher Kommentar beizufügen. So lernen die Leserinnen und Leser nicht nur neue besondere Orte in der Region, sondern auch die dazugehörigen Geschichten kennen.

Unabhängig, ob man aus dem Landkreis stammt, aktuell hier wohnt oder zu Besuch ist: Jede und Jeder kann einen persönlichen Lieblingsort vorschlagen. Dieser muss für alle öffentlich zugänglich sein.

Weitere Infos sind unter www.kreiskarte-ab.de zu finden.

Wettbewerbssparten

In der Sparte der Schottergärten werden Flächen ausgezeichnet, die durch eine Umgestaltung entsiegelt, dann naturnah und umweltfreundlich begrünt und durch aussagekräftige Vorher-Nachher-Bilder belegt werden. Wer einen Vorgarten oder wer Balkon, Dach oder Fassade mit heimischen Pflanzen insektenfreundlich und ökologisch gestaltet hat, kann in einer dieser beiden Sparten gewinnen.

Zudem sollen auch kleine Gärtnerinnen und Gärtner für die Wettbewerbsthemen sensibilisiert werden. Daher gibt es eine Kind- und jugendgerechte Kategorie im Wettbewerb, die allerdings außer Konkurrenz läuft. Hier sind alle Einrichtungen wie zum Beispiel Kindertageseinrichtungen, Schulen oder Vereine aufgerufen, durch die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemeinschaftlich ein Gartenprojekt zu begleiten und zu pflegen.

Vorgartenwettbewerb

Anknüpfend an die erfolgreichen drei Vorgarten-Wettbewerbe aus den vergangenen Jahren möchte der Landkreis weiterhin Anreize zur Förderung der Artenvielfalt schaffen, Ideen zur Vorgartengestaltung bieten und auf diese Weise zugleich einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Der Wettbewerb richtet sich an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie an alle Vereine, Einrichtungen, Unternehmen und Gemeinden aus dem Landkreis.

Die Siegerinnen und Sieger werden von einer fachkundigen Jury ausgewählt. Die attraktiven Preise sowie Gutscheine von regionalen Gärtnereien werden bei einer feierlichen Preisverleihung durch Landrat Dr. Legler ausgehändigt.

Imagekampagne „Gute Lage. Gute Leute. Gutes Leben.“

Mit der Imagekampagne des Landkreises soll der Slogan „Gute Lage. Gute Leute. Gutes Leben“ vorgestellt werden. Die Kampagne zielt darauf ab, die Vorzüge des Landkreises hervorzuheben. Nicht nur Einheimische

werden durch die wöchentlich erscheinenden Imageanzeigen dazu eingeladen, ihre Heimat mit neuen Augen zu sehen, sondern auch Besucherinnen und Besucher sowie potenzielle Neuankömmlinge.

- **Gute Lage:**

Die geografische Lage eines Landkreises spielt eine wichtige Rolle für seine Attraktivität. Die Kampagne betont die Vorzüge einer günstigen Lage, sei es in Bezug auf natürliche Schönheit, Zugang zu wichtigen Verkehrswegen oder wirtschaftliche Möglichkeiten.



- **Gute Leute:**

Die Einwohnerinnen und Einwohner eines Landkreises prägen das Image und die Atmosphäre maßgeblich. Die Kampagne konzentriert sich darauf, die Vielfalt, Freundlichkeit und den Gemeinschaftsgeist der Bewohnerinnen und Bewohner hervorzuheben, um potenzielle Interessierte anzusprechen.



- **Gutes Leben:**

Letztendlich strebt die Kampagne danach, ein Bild von einem erfüllten Leben des Landkreises zu vermitteln. Dazu gehören unter anderem Aspekte wie eine gute Lebensqualität oder das kulturelle Angebot.



Digitale Schule wird weiter ausgebaut

Die digitale Ausstattung der kreiseigenen Schulen ist seit Jahren auf einem hohen Niveau und wird beständig entsprechend dem Bedarf der Schulen weiterentwickelt. Die Landkreisschulen sind somit in der Lage, für alle Klassen das Beste aus der analogen und der digitalen Lernwelt zu verbinden. Die neun landkreiseigen Schulen verfügen bereits seit Jahren über Glasfaseranschlüsse, einem flächendeckenden WLAN-Netz im gesamten Schulgebäude, neue Tafelsysteme, Beamer, kapazitive Displays und Präsentationsflächen.

„Schule von morgen“ – Vorbild für Bayern

Auf Initiative von Landrat Dr. Legler ist das Projekt „Schule von morgen“ im Schuljahr 2021/22 gestartet. Das Projekt sieht eine 1:1-Ausstattung der Schulkinder mit einem einheitlichen mobilen Endgerät vor. Das schuleinheitliche Endgerät wird von den Eltern im schuleigenen Webshop erworben. Der Landkreis fördert die Anschaffung der Eltern mit 50 Prozent der Kosten des Standardmodells.

Seit dem Start der „Schule von morgen“ wurden bereits über 5.000 Förderanträge gestellt und bearbeitet. Dieses Verfahren wird komplett digital abgebildet. Begonnen wurde mit

- den Jahrgangsstufen fünf bis neun in den Gymnasien,
- den Jahrgangsstufen fünf bis sieben an den Realschulen sowie
- den Klassen fünf bis sechs an den beiden Lernförderschulen.

Zwischenzeitlich hat lediglich die älteste Jahrgangsstufe kein eigenes iPad. Diese werden mit den noch vorhandenen Koffergeräten im Unterricht bedient. Ab dem kommenden Schuljahr haben dann alle Schülerinnen und Schüler ein eigenes Endgerät. Die Digitale

Schule der Zukunft ist im Landkreis Aschaffenburg damit bereits flächendeckend eingeführt. Der Landkreis hat damit bayernweit eine Pionierrolle übernommen.

Betreut werden die rund 6.000 mobilen Endgeräte durch das Medienzentrum. Somit hat die frühere Kreisbildstelle ein neues Aufgabenfeld bekommen. Weiterhin wurden bereits zwei Mittelschulen in die Verwaltung der Endgeräte mit aufgenommen.

Des Weiteren wurde im Medienzentrum neues Leihmaterial angeschafft. So können nun verschiedenste Sensoren, die für die naturwissenschaftlichen Fächer Physik und Chemie genutzt werden können, ausgeliehen werden. Außerdem wurde unter anderem eine „Green-Screen“-Ausstattung, Drohnen, Lego Boost, Lego Mindstorm sowie ein 3D-Drucker angeschafft.

Daneben wurden drei Avatare gekauft, die es langzeit-erkrankten Schülerinnen und Schülern datenschutzkonform erlaubt, virtuell am Unterricht teilzunehmen. Der etwa 30 Zentimeter große Avatar wird dabei auf dem Platz des Schülers oder der Schülerin gestellt. Mit

einem mobilen Endgerät kann dann der Avatar bedient werden. Der Schüler oder die Schülerin sieht durch die „Augen“ des Avatars das Unterrichtsgeschehen, kann beim Unterricht mithören und sich über das Endgerät melden. Dies ist eine gute Möglichkeit für Langzeiterkrankte, nicht zu viel vom Unterrichtsgeschehen zu versäumen.

Neben dem Medienzentrum wurde mit dem Fachreferat „IT an Schulen“ ein neuer Bereich im Landratsamt gegründet. Die Aufgabe des Bereiches ist es, die Schul-landschaft IT-technisch zu standardisieren und alle Schulen in einem Rechenzentrum zusammenzuführen. Dies schafft Synergien und spart Geld, denn Server, Firewall und ähnliche Hardware müssen nicht für jede Schule vorgehalten werden, sondern können in der Summe reduziert werden. Auch wird die Betreuung des Rechenzentrums durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises verbessert. Bisher musste die Systembetreuung in Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern die Aufgaben erledigen. Herausfordernd ist auch in diesem Bereich das Gewinnen von Fachkräften.
(LRA Aschaffenburg)

TTZKT – Ein Kürzel das für Aufbruch und Zukunft am Wirtschaftsstandort Kitzingen steht

Von: Frank Albert, Sachgebietsleiter für Wirtschaftsförderung, Tourismus, ÖPNV, BNE, Klimaschutz des Landkreises Kitzingen

Auf Initiative des Landkreises Kitzingen hat sich seit Mitte 2021 ein Konsortium aus Vertretern lokaler Unternehmen, den beiden Kammern IHK Würzburg-Schweinfurt, Handwerkskammer für Unterfranken, der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt (THWS) und des Landkreises Kitzingen gebildet mit dem Ziel der Gründung und Ansiedlung eines Technologietransferzentrums als In-Institut der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt mit den Schwerpunkten Robotik – Künstliche Intelligenz.

In mehreren Workshops wurden gemeinsam potenzielle Themenstellungen erörtert. Nachdem der Themenfokus auf Robotik und Künstliche Intelligenz festgelegt war, wurde innerhalb kürzester Zeit durch Professoren der Technischen Hochschule eine Projekt-skizze erstellt, nach dessen Fertigstellung im Juli 2022 das Vorhaben sowie das Konsortium öffentlichkeits-wirksam vorgestellt und im September 2022 durch den

Präsidenten der THWS am Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst eingereicht. „Mit dem TTZKT wird Kitzingen zum Hochschulstandort. Die Partnerunternehmen erhalten dadurch einen direkten Zugang zu Experten in unterschiedlichsten Disziplinen und kommen mit Talenten in Kontakt“, freut sich Prof. Dr. Jean Meyer, Präsident der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt.

Wegweisende Entscheidung im Februar 2023 – Kitzingen wird Hochschulstandort!

Mit der Entscheidung des Bayerischen Kabinetts im Februar 2023 wurde bekannt, dass das Kitzinger Konzept eines Technologietransferzentrums überzeugt hat. Der Freistaat Bayern investiert in Kitzingen in den ersten fünf Jahren zwischen fünf und sechs Millionen Euro als Anschubfinanzierung für das TTZKT. Seitdem ist klar: Kitzingen wird Hochschulstandort! Es galt nun, einen gemeinsamen Stiftervertrag auszuarbeiten, ein Stellenprofil für die Institutsleitung / Stiftungsprofessur zu erstellen sowie vertragliche Modalitäten zu klären. Bereits im Juli 2023 konnte der gemeinsame Stiftervertrag in einem Festakt in Abtswind bei der Firma Kräuter Mix GmbH feierlich unterzeichnet werden. Noch im Oktober 2023 wurde darüber hinaus ein Stifterbeirat gewählt. Mit diesem soll gewährleistet werden, dass die Belange der Wirtschaft in der Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule berücksichtigt werden. „Ich freue mich sehr darüber, dass wir mit dem gewählten Konstrukt neue Wege in der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft gehen, von der beide Seiten enorm profitieren können“, so Florian Hemm, kaufmännischer Leiter/Prokurist bei der LZR Lenz-Ziegler-Reifenscheid GmbH in Kitzingen.

Esther Göpfert, geschäftsführende Gesellschafterin der Göpfert Maschinen GmbH in Wiesentheid ergänzt: „Wir freuen uns, gemeinsam mit der THWS im TTZKT jungen Menschen die Chance zu geben, erfolgreiche Projekte für die Zukunft umzusetzen.“

Fachliche Ausrichtung des Instituts auf Robotik und Künstliche Intelligenz

„Mit dem TTZKT und seinen Forschungsschwerpunkten Robotik und Künstliche Intelligenz möchten wir einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Kitzingen leisten. Gerade angesichts aktueller Herausforderungen für die Wirtschaft gilt es, unsere Unternehmen dabei zu unterstützen, Forschung und Entwicklung voranzutreiben, um hieraus neue Produkte, Geschäftsmodelle und Produktionsverfahren zu entwickeln. Robotik und Künstliche Intelligenz sind aus unserer Sicht DIE Zukunftstechnologien, die das Potenzial haben, ganze Wirtschaftszweige disruptiv zu verändern. Das TTZKT bildet hier den Grundstein, um durch die enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft an dieser Entwicklung aktiv teilzuhaben. Unser Ziel ist es, im Landkreis Kitzingen optimale Bedingungen zur Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft zu schaffen sowie Absolventen der Hochschule frühzeitig



Der im Oktober 2023 gewählte Stifterbeirat von rechts nach links: Landrätin Tamara Bischof, THWS-Präsident Robert Grebner, Florian Hemm, kaufmännischer Leiter und Prokurist der Firma LZR Lenz-Ziegler-Reifenscheid GmbH. Esther Göpfert, geschäftsführende Gesellschafterin der Göpfert Maschinen GmbH. Dr. York Falkenberg, Geschäftsführer Knauf PFT GmbH & Co. KG (Vorsitzender des Stifterbeirats), Frank Albert, Wirtschaftsförderer des Landkreises Kitzingen. (Foto: Carolin Mäder)

für unsere Region und unsere Firmen zu begeistern“, so Tamara Bischof, Landrätin des Landkreises Kitzingen und von Anfang an größte Fürsprecherin des Vorhabens.

Mit dem Innopark als Standort wurde eine ehemalige US Kaserne als moderner Gewerbe- und Innovationspark gewählt

Das Besondere am Kitziinger Konzept war von Anfang an, die Privatwirtschaft eng einzubeziehen. So kam es nicht von ungefähr, dass die hoch.rein Gruppe als Eigentümerin des Innopark Kitzingen bereits zu Planungsbeginn dieses Vorhaben unterstützt hat und auch bereit war, Gebäude zur Verfügung zu stellen. Der Innopark mit seinen Konversionsflächen ist der optimale Standort für das TTZKT im Landkreis Kitzingen. So sind bereits über 60 Unternehmen aus verschiedensten Branchen ansässig. Der moderne Gewerbepark mit Campus Charakter ist prädestiniert für innovative Forschungseinrichtungen wie das TTZKT, für Unternehmen sowie für ideenreiche Start-ups, die großen Wert auf Flexibilität, Modernität, Nachhaltigkeit und ein exzellentes Preis-Leistungs-Verhältnis legen. Mit der Inwertsetzung der Konversionsflächen wird darüber hinaus ein bedeutender Beitrag zur nachhaltigen Standortentwicklung und gegen den weiteren Flächenverbrauch im Land geleistet.

Regelmäßiger Austausch und ein starkes Firmennetzwerk sind der Schlüssel zum Erfolg

Seither treffen sich die beteiligten Unternehmen regelmäßig einmal im Monat jeweils bei einem anderen



Zur Urkundenübergabe im Mai 2023 kam Staatsminister Markus Blume, MdL (2. v. l.). Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten des Stimmkreises Kitzingen Barbara Becker (1. v. l.) besichtigten Landrätin Tamara Bischof (3. v. l.) und Hochschulpräsident Prof. Dr. Robert Grebner (rechts) den künftigen Standort am Innopark.

gastgebenden Unternehmen. Ziel ist es, sich besser kennenzulernen und mögliche gemeinsame Forschungsthemen zu identifizieren. Mittlerweile ist das Konsortium auf 23 Firmen, beide Kammern und den Landkreis Kitzingen gewachsen.

Ausblick

Seit dem 1. Oktober 2023 hat das TTZKT unter provisorischer Leitung der beiden Professoren Dr. Jean Meyer und Dr. Tobias Kaupp seine Tätigkeit im Innopark Kitzingen aufgenommen. Sobald die Institutsleitung berufen ist, werden die offenen Stellen als



Zur feierlichen Stiftervertragsunterzeichnung im Juli 2023 kamen alle Stifter in Abtswind bei der KräuterMix GmbH zusammen. (Foto rechts: Carolin Mäder)



Wissenschaftliche Mitarbeiter und Laboringenieure besetzt und der weitere Aufbau des Instituts fortschreiten. „Unser Ziel ist es, mittelfristig am Innopark Kitzingen ein Forschungsinstitut für die regionale Wirtschaft aufzubauen, um die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft selbstverständlicher zu gestalten und Hemmnisse abzubauen“, so Frank Albert, der als Wirtschaftsförderer das Vorhaben mitinitiiert hat und federführend betreut.

(LRA Kitzingen)



Der regelmäßige Austausch innerhalb des entstandenen Firmennetzwerks wird seitens der Wirtschaft als äußerst bereichernd empfunden. Im Bild exemplarisch bei Franken Guss GmbH & Co. KG. Bei diesen Treffen geht es auch um andere Themen wie Fachkräftegewinnung, Energiekosten, Ausbildung etc.



Ohne ein starkes Netzwerk wäre dieses Vorhaben nicht in so kurzer Zeit – von der ersten Idee Mitte 2021 bis zum Start im Oktober 2023 – möglich gewesen. Das Firmenkonsortium ist branchenunabhängig und offen für weitere Stifter. (Bildquelle Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt)

Kreative Wege in einer ländlichen Region: Erfolgreiche Projekte aus dem Landkreis Rhön-Grabfeld

Von Christian Hüther, Julia Katzenberger, Sophia Mohr, Dr. Maike Hamacher, Landkreis Rhön-Grabfeld

Der Landkreis Rhön-Grabfeld ist ein „starkes Stück Bayern“, so lobte Florian Herrmann, Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, den Landkreis im vergangenen Jahr. Ein Rückblick der jüngeren Vergangenheit verdeutlicht, dass der Landkreis nie stagnierte. Vielmehr werden kontinuierlich Verbesserungen angestoßen, die als Ausgangspunkt für neue, kreative Ideen und innovative Projekte dienen.

„Mobilität neu gedacht: Flexibler On-Demand-Verkehr „callheinz“ überzeugt im östlichen Grabfeld

Jahrelang wurde über das zukünftige Mobilitätskonzept im Grabfeld, dem östlichen Teil Rhön-Grabfelds, diskutiert: Der ursprünglich angedachte Stundentakt in jedem noch so kleinen Ort schien aufgrund der Kostenexplosionen, des Personalmangels und aus ökologischen Gesichtspunkten nicht umsetzbar. So kam 2022 der Wandel hin zu einem flexiblen On-Demand-Verkehr, dessen Einführung 2023 unter dem Namen „callheinz“ folgte.



Ein callheinz-Auto, welches im Grabfeld im Einsatz ist. (Foto: Julia Katzenberger)

Entwickelt wurde ein modernes, digitales Konzept, das losgelöst vom klassischen Ansatz des ÖPNV kleine Shuttles vorsieht, die unkompliziert gebucht werden können. Die eingegangenen Fahrtwünsche werden über eine Dispositionssoftware gebündelt und direkt an die Tablets des Fahrpersonals weitergeleitet.

Dazu passt ein kreativer Markenname, der mit „call“ den Kern des Konzepts „anrufen/bestellen“ trifft und gleichzeitig durch die Ähnlichkeit zu „Karl-Heinz“ viele zum Schmunzeln bringt.

Wie funktioniert das Konzept?

Callheinz kommt nur auf Bedarf, der entweder kurzfristig oder bis zu 31 Tage im Voraus via App oder Callcenter angemeldet werden kann. Eingesetzt werden zwei Shuttles – eines davon barrierefrei – im Zeitfenster von 6 bis 22 Uhr an Werktagen und 9 bis 22 Uhr an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen.

Es gilt der reguläre ÖPNV-Tarif der Verkehrsgemeinschaft Rhön-Grabfeld (inklusive Sondertarife wie dem Deutschlandticket). Angebunden werden im Grabfeld derzeit rund 170 callheinz-Haltestellen – mehr als im regulären ÖPNV-Netz. Von dort aus kann dann in die nächste Kneipe, zur Tante im Nachbarort oder zur Umsteigehaltestelle auf den regulären Linienverkehr gefahren werden. Inzwischen werden von rund 13.000 erschlossenen Bürgerinnen und Bürgern ca. 330 Fahrten pro Woche gebucht.

Callheinz erfreut sich durchweg positiver Resonanz, stärkt als Zu- und Abbringer den regulären Linienverkehr und stellt damit eine wahre Alternative zum motorisierten Individualverkehr dar.

Ist das Projekt übertragbar?

Wie gut das Konzept auf andere Gebiete in ländlichen Räumen übertragen werden kann, zeigen die Planungen des Landkreises. Denn: callheinz soll zum 1. September 2024 in zwei weiteren Bereichen eingeführt werden. Ein Jahr später soll dann ein viertes Gebiet hinzukommen, wodurch dann der gesamte Landkreis Rhön-Grabfeld erschlossen ist.

Durch die gemeinsame Entwicklung auf Ebene des zukünftigen Mainfränkischen Verkehrsverbunds (NVM GmbH) verfügen bereits die Landkreise Schweinfurt und Kitzingen über gleichnamige Konzepte, sodass der Grundstein für viele weitere callheinz-Projekte in der Region Mainfranken gelegt und ein neuer Weg zu mehr Mobilität im ländlichen Raum geschaffen wurde.



Verschiedene Werbemittel weisen auf callheinz hin.
(Foto: Julia Katzenberger)

Ein Erfolgsmodell: Der Aktionsmonat „Gesund älter werden“

Als weiteres Erfolgsmodell kristallisierte sich der Aktionsmonat „Gesund älter werden“ heraus. Die Premiere stieg 2017 mit circa zehn Veranstaltungen, damals noch zum gleichnamigen Jahresmotto des Bayerischen Gesundheitsministeriums komprimiert auf eine Woche.

Zur Auswahl standen zum Beispiel eine Wanderführung im Schwarzen Moor, eine praktische Kochveranstal-



Eine Wanderung inklusive Yogaeinheit war ein Angebot in der Vergangenheit im Aktionsmonat. (Foto: Julia Bardroff)

tung (Schwerpunkt mediterrane Ernährung) oder ein Kurs mit praktischen Übungen für das Gehirn.

Ein Jahr später wurde aus der Aktionswoche ein Aktionsmonat. Im Vorfeld sollten sich die Vereine im Landkreis mit Angeboten zur Beteiligung melden. Egal ob Seniorentanz zum Start oder ein Kinoabend zum Abschluss, die Bevölkerung dankte die Bemühungen der Verantwortlichen mit reger Beteiligung und Begeisterung.

„Inzwischen ist der Aktionsmonat groß geworden und schon ein Selbstläufer“, freut sich Sabine Wenzel-Geier vom Pflegestützpunkt Rhön-Grabfeld über das etablierte Programm im Bereich der Seniorenarbeit. Weitere Initiatoren sind die Fachstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung am Landratsamt Rhön-Grabfeld sowie die Gesundheitsregion^{plus} Bäderland Bayerische Rhön.

2023 sind für den Aktionsmonat insgesamt 121 Angebote gemeldet worden – so viele wie noch nie. Das Programmheft war prall gefüllt und wurde mit rund 1800 Teilnahmen sehr gut angenommen. „Der Aktionsmonat bietet die Möglichkeit, das Gesundheitsbewusstsein einen Monat lang – und am besten nachhaltig darüber hinaus – bewusst in den Vordergrund zu stellen“, freut sich Landrat Thomas Habermann. Ein einzigartiges Projekt, welches die Bevölkerung im Alter priorisiert – mit dem Ziel, ein langes und gesundes Leben zu Hause führen zu können.

Ein weiterer positiver Effekt des Aktionsmonats: Aus den Einzelveranstaltungen sind teilweise feste und langfristige Angebote für die Bevölkerung entstanden.



Die Akteure zum Auftakt des Aktionsmonats 2023 (Foto: Melanie Hofmann)



KULTURAGENTUR
Rhön-Grabfeld

Das Logo der Kulturagentur Rhön-Grabfeld
(Quelle: Kulturagentur)

Neue Wege der Kulturarbeit im ländlich geprägten Raum: Die Kulturagentur des Landkreises Rhön-Grabfeld

Seit vielen Jahren geht der Landkreis Rhön-Grabfeld in Sachen Kulturarbeit eigene, neue Wege. Was als Pilotprojekt für eine ländlich strukturierte Region im Jahr 2006 gestartet wurde, ist heute ein fester Bestandteil der Kulturarbeit im Landkreis: die Kulturagentur, angesiedelt im Landratsamt. Gemeint ist ein flächendeckendes Kulturmanagement, das die Rahmenbedingungen für kulturelle Aktivitäten auf breiter Basis im gesamten Landkreis geschaffen hat, schafft und ausbaut.

Erst seit Einrichtung der Kulturagentur stehen eine übergeordnete Koordinierungsstelle für die kulturellen Aktivitäten in der Region und ein kompetenter Ansprechpartner für die Kulturschaffenden zur Verfügung.

Die Kulturagentur versteht sich vor allem als Netzwerkstelle, die berät, vernetzt und zwischen Verwaltung und Akteuren vermittelt. So finden regelmäßige Netzwerktreffen mit Schwerpunktthema statt. Weiter richtet sie den Blick auf die Bürger, als (potenzielles) Kulturpublikum, reflektiert deren Erreichbarkeit und Bedarfe.

Dies geht mit der Betreuung der landkreiseigenen Kultureinrichtungen einher. Zu diesen gehören das Kreiskulturzentrum Kloster Wechterswinkel, die Kreisgalerie Mellrichstadt sowie ein Zentraldepot für die Kunst- und volkskundlichen Sammlungen des Landkreises.



Das Kreiskulturzentrum Kloster Wechterswinkel (Foto: Rudolf Weinert)

Weitere Aufgaben sind die Koordination landkreisweiter Veranstaltungsreihen, die Herausgabe eines Kulturkalenders und die Betreuung der digitalen Kommunikationskanäle. Ziel: die Kulturlandschaft der Region als Einheit begreifbar zu machen und den Kulturschaffenden Orientierungspunkte anzubieten¹ sowie Ressourcen zu bündeln.

Wie das kulturelle und gesellschaftliche Leben in der Region befindet sich auch die Kulturagentur im ständigen Wandel. Im engen Verständnis des Kulturbegriffs, als Kunst oder Hochkultur, ist dieser meist an bestimmte Kultureinrichtungen geknüpft, die nur von einem Teil der Bevölkerung frequentiert werden. In den Tätigkeiten der Kulturagentur soll Kunst und Kultur zunehmend als „Kommunikationssystem, das der Gesellschaft einen Reflexionsraum bietet“² verstanden werden.

Für die kommenden Jahre werden vermehrt ressortübergreifende, partizipative Projekte auf der Agenda stehen. So nimmt der Landkreis am Bundesförderprogramm „Aller.Land“ teil, ein ressortübergreifendes Förderprogramm für Kultur, Beteiligung und Demokratie in ländlichen Regionen. Dabei arbeitet er gemeinsam mit zahlreichen lokalen Akteuren an der Konzeptionierung des Projekts „Schaff | Räume | Rhön-Grabfeld“.³

Um den Öko-Landbau zu fördern: Die Öko-Modellregion Rhön-Grabfeld

Der Landkreis Rhön-Grabfeld setzt sich seit 2016 als „staatlich anerkannte Öko-Modellregion“ (ÖMR) für die Förderung des Öko-Landbaus ein. Die bayerischen ÖMR sind ein Baustein des Landesprogramms BioRegio Bayern 2030 des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Das Ziel bis 2030: ein Anteil von 30 Prozent ökologisch bewirtschafteter Fläche in Bayern.

Ein wesentlicher Aspekt in den Bemühungen auf Landkreisebene ist die Verknüpfung von Ökolandbau mit Regionalität. Es geht um regionale Wirtschaftskreisläufe und die Effekte, die eine ökologische Landbewirtschaftung auf lokaler Ebene hat (Wasserrückhalt, Biodiversität und Klimawandelanpassung).

In den vergangenen Jahren konnte in Rhön-Grabfeld erfolgreich an der Ausdehnung der Öko-Fläche, dem Angebot an regionalen Bio-Lebensmitteln, dem Aufbau von regionalen Bio-Wertschöpfungsketten und dem Einsatz von Bio-Produkten in der Außer-Haus-Verpflegung gearbeitet werden. Eine besondere Rolle bei den Aktivitäten spielen Verbraucherinformation und Bewusstseinsbildung in Bezug auf die lokalen Vorzüge des ökologischen Landbaus und Bio-Lebensmittels.

BioRegioRhön, BioBrotbox und noch viel mehr Aktionen



Die Bio-Brotbox-Aktion ist aus den Schulen im Landkreis Rhön-Grabfeld inzwischen nicht wegzudenken. (Foto: Mona Lisa Link)

Die Handlungsfelder sind vielfältig⁴: Gefördert wird Bio aus der Region in der Gastronomie und auf den Speiseplänen von Schule und Kindergärten. Mit der Bio-Brotbox-Aktion in Schulen, Fortbildungen, Infoveranstaltungen oder Hofbesichtigungen lassen sich Herkunft und Erzeugung ökologischer Lebensmittel be„greifen“. Zum Renner geworden ist der 2023 erschienene Bio-Einkaufsführer.

¹ Christoph Thoma, Julia Bitsche: „Kulturverwaltung im Wandel“, in: Handbuch Kulturmanagement, Ausgabe 80 | 2022, S. 25

² Doreen Götzky: Kulturpolitik in ländlichen Räumen, 2013, S. 12

³ Weitere Informationen: kultur.rhoen-grabfeld.de

⁴ Weitere Informationen: oekomodellregionen.bayern/rhoen-grabfeld

Zudem finden Veranstaltungen zur Umstellung auf Ökolandbau statt. Stark im Fokus: die Anpassung an den Klimawandel. Unter dem Motto „Vom Acker auf den Teller“ geht es darum, kleine bis mittlere Betriebsstrukturen und Verarbeitungsbetriebe zu stärken, neue Vermarktungswege aufzuzeigen und immer wieder Netzwerke zu knüpfen.

Als anerkannte ÖMR kann der Landkreis das Förderinstrument Öko-Verfügungsrahmen mit einem jährlichen Zuschuss von maximal 40.000 Euro nutzen, um gezielt Öko-Kleinprojekte umzusetzen. 2022 und 2023 konnten insgesamt 15 Projekte umgesetzt werden, 2024 werden es voraussichtlich sechs Projekte sein.

Das Projektmanagement der Öko-Modellregion etablierte sich als niederschwellige Anlauf- und Vernetzungsstelle, als Vermittler und Networker, für lokale Akteure und auch auf überregionaler Ebene.



Der Bio-Einkaufsführer der Ökomodellregion Rhön-Grabfeld erfreut sich großer Beliebtheit. (Foto: Christian Hüther)

Vernetzt. Innovativ. Lebenswert: Die Smarte Region Würzburg gestaltet neue Wege für ein gesellschaftliches Miteinander

Der digitale Wandel verändert nicht nur unsere Arbeitswelten, unsere Kommunikation und unser Freizeitverhalten, sondern prägt auch die Zukunft unserer Städte und ländlichen Regionen selbst. Wie können sich Kommunen an diese Veränderungen anpassen, um eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung voranzutreiben?

Die Smarte Region Würzburg nutzt die Chancen der Digitalisierung, um unseren Lebensraum smarter und nachhaltiger zu gestalten. Es geht darum, digitale Technologien sinnvoll einzusetzen, um die Lebensqualität zu verbessern. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Verschränkung analoger und digitaler Angebote gelegt.

SMARTE REGION
stadt.land.wü.

Das Herzstück der Smarten Region Würzburg ist ein Paket von sechs Maßnahmen, die in einem Strategieprozess gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern er-

arbeitet wurden. Unter dem Motto „Soziale Resilienz – Menschlich aus der Krise“ werden Handlungsfelder wie Bildung, Netzwerke, Infrastruktur, politische Entscheidungsprozesse und Innovation bearbeitet, um eine nachhaltige Zukunft für die Region zu gestalten.

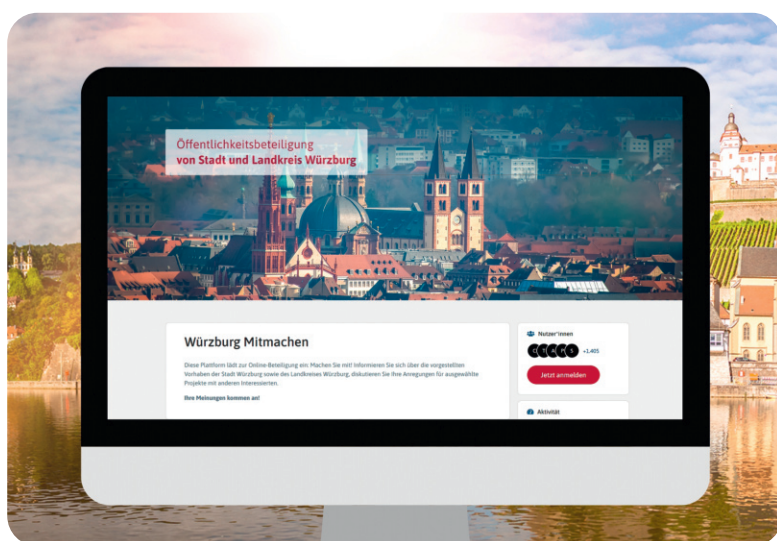
Eine der Maßnahmen der Smarten Region sind die sogenannten Heimatforen als Begegnungsorte für alle. Hier sollen im Laufe des Jahres erste Einrichtungen greifbar und erlebbar gemacht werden. Durch die Installation von smarten Bänken, die beispielsweise das Aufladen von Handys mittels Solarenergie ermögli-

chen, interaktiven Informationsstelen und digitalen Reservierungssystemen für Räumlichkeiten sollen mehrere öffentliche Plätze und Leerstände aufgewertet werden. Unterstützt durch ein mobiles Quartiersmanagement ist es das Ziel, das Zusammenkommen und den Austausch der Menschen vor Ort sowie die ehrenamtliche Arbeit zu erleichtern und zu fördern. Ein besonderer Anziehungspunkt könnten in diesem Zusammenhang auch die „Mitmach- und Gemeinschaftsgärten“ werden. Diese werden mit lokalen Interessensgruppen, wie den Obst- und Gartenbauvereinen, umgesetzt und sollen beispielsweise als lehrreiche Gärten rund um das Thema Klimawandel für jedermann zugänglich sein.

Mitbestimmung für alle: digitale und analoge Ansätze im Fokus

Eine andere Maßnahme ist die digitale Beteiligungsplattform „wuerzburg-mitmachen.de“. Hier können Themen aus den Verwaltungen von Stadt und Landkreis Würzburg für die Bevölkerung öffentlich vorgestellt werden. Die Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv beteiligen und an den Diskussionen teilnehmen. Die Software zeichnet sich durch ihre vielfältigen Interaktionsmöglichkeiten aus und gewährleistet eine offene und barrierefreie Kommunikation.

Konkrete Einsatzbeispiele für diese Art der Öffentlichkeitsbeteiligung gibt es bereits einige, vom Hitzeaktionsplan über Lärmbrennpunkte bis hin zu geplanten Baumaßnahmen wurden digitale Öffentlichkeitsbeteiligungen durchgeführt.



wuerzburg-mitmachen.de: Die Online-Plattform für Öffentlichkeitsbeteiligung in der Region. © Stadt Würzburg



Gemeinsam für eine smarte Zukunft: Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Landrat Thomas Eberth setzen auf Innovation und Kooperation in der Smarten Region Würzburg. (Foto: © Georg Wagenbrenner, Stadt Würzburg)

Um auch diejenigen einzubinden, die sich mit digitalen Medien weniger vertraut fühlen, wurde in Kooperation mit der Universität Würzburg der „Hubbel“ entwickelt. Dieser innovative Briefkasten ermöglicht es, analog orientierten Bürgerinnen und Bürgern Zugang zur Online-Plattform zu finden. So können sie ihre Fragen und Anmerkungen auf handgeschriebenen Postkarten einreichen, die durch den „Hubbel“ digital erfasst und online veröffentlicht werden. Auf diese Weise entsteht eine Brücke zwischen der digitalen und der analogen Welt, die es jedem ermöglicht, sich an der Gestaltung der Gemeinschaft zu beteiligen.

Unterstützung in schweren Zeiten: Anlaufstellen im Überblick

Ein weiteres Projekt der Smarten Region Würzburg ist die Entwicklung eines leichten Zugangs zu Unterstützungsangeboten in der Region. Mit einem der höchsten Anteile an Einpersonenhaushalten in Deutschland stellt Würzburg eine Stadt dar, in der Alleinsein für viele Menschen nicht selten mit Isolation und Einsamkeit einhergeht. Besonders Studierende sind neben dieser Herausforderung oft



Der „Hubbel“ als Brücke zwischen analoger und digitaler Welt: Ein innovativer digitaler Briefkasten, der die Teilhabe für alle ermöglicht. (Foto: © Katja Schröder, Stadt Würzburg)

zusätzlichen Belastungen wie finanziellen Engpässen oder physischem und psychischem Stress ausgesetzt. Die Smarte Region Würzburg stellt ein breites Spektrum an Unterstützungsmöglichkeiten bereit, aber oft gestaltet sich die Suche nach passenden Hilfsangeboten schwierig.

Das von der AOK Bayern geförderte Präventionsprojekt „Gesund studieren in Würzburg“ wurde von der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt in Kooperation mit der AG Gesunde Hochschulen der Gesundheitsregion plus Stadt und Landkreis Würzburg durchgeführt. So konnten alle drei Würzburger Hochschulen – Universität, Technische Hochschule und Hochschule für Musik – sowie zahlreiche regionale Anlaufstellen und Akteure eingebunden werden. Ziel ist es, den Zugang zu Unterstützungsangeboten zu erleichtern und Barrieren für die Nutzung dieser Angebote zu verringern.

Basierend auf einer Erfassung der Bedürfnisse Studierender entstanden der Instagram-Kanal „Gesund Studieren in Würzburg“ sowie die nutzerorientierte Website „gesund-studieren-wuerzburg.de“, die vielfältige lokale Unterstützungsmöglichkeiten speziell für Studierende bündeln. Angesichts der Vielfalt an Anlauf-

stellen wurde ein Wegweiser integriert, um Suchende gezielt zu den passenden Unterstützungsangeboten zu leiten. Erste Auswertungen zeigen, dass die Unterstützungsangebote in Würzburg bei Studierenden 2024 bereits besser bekannt sind als 2022.

Ab April 2024 wird das Präventionsprojekt als Teil der „Wie geht’s“-Maßnahme durch die Smarte Region Würzburg verstetigt. Die Plattform soll langfristig nicht nur für Studierende, sondern auch für andere Gruppen geöffnet werden. Der dialogische Wegweiser wird dabei um zusätzliche Angebote erweitert, um Betroffenen und Angehörigen passgenaue Unterstützung zu ermöglichen.

Ein wesentlicher Punkt der Weiterführung ist die Einführung eines automatisierten Systems zur Erfassung und Aktualisierung der Kontaktinformationen der verschiedenen Anlaufstellen. Dies dient dazu, den administrativen Aufwand zu reduzieren und gleichzeitig zu gewährleisten, dass die Nutzer stets auf aktuelle und verlässliche Informationen zugreifen können.

Abschließend soll durch die Maßnahme „Wie geht’s“ auch ein tieferes Verständnis für die lokalen Bedürfnisse entwickelt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in die Gestaltung des sozialen Raumes einfließen, um gezieltere Maßnahmen zur Schließung von Lücken in der Angebotslandschaft zu ermöglichen.

Wir in Würzburg: Befragung zum Zusammenhalt in Stadt und Landkreis

Im Rahmen der Smart-Cities-Förderung mit dem Motto „Soziale Resilienz – Menschlich aus der Krise“ zeichnet sich Würzburg durch seinen zukunftsorientierten An-



Gemeinsam für die Gesundheit: das Projekt „Gesund Studieren in Würzburg“ (Foto: © Ugur Yurdagül, Stadt Würzburg)

satz aus, der Innovation, Zusammenarbeit und einen dynamischen Austausch in den Vordergrund stellt. Trotz dieser fortschrittlichen Ausrichtung fehlen bislang noch fundierte Daten zur Resilienz, also der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber Krisen. Um diese Lücke zu schließen, wurde eine Forschungsk Kooperation zwischen der Smarten Region Würzburg und der Julius-Maximilians-Universität initiiert. Gemeinsam wird eine umfassende Befragung durchgeführt, mit dem Ziel, ein tieferes Verständnis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Region zu gewinnen und potenzielle Maßnahmen zur Stärkung der Gemeinschaft zu identifizieren.

Anfang März 2024 wurden 8.000 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis Würzburg angeschrieben und eingeladen, an der Befragung teilzunehmen. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte mit dem Ziel, ein repräsentatives Bild über den sozialen Zusammenhalt in verschiedenen Stadtbezirken und interkommunalen Allianzen zu erhalten.

Ziel ist es, herauszufinden, wie resilient die Gesellschaft gegenüber Krisen ist. Dazu wurde eigens ein Fragebogen konzipiert, der wichtige Einblicke in unterschiedliche Kategorien des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Stadt und Landkreis ermöglicht. Ein zentrales Anliegen ist dabei, zu verstehen, auf welche Weise sich die Befragten mit notwendigen Informationen versorgen, um sich adäquat auf Krisensituationen vorbereiten und darauf reagieren zu können. Zudem soll ermittelt werden, inwieweit sich die Bürgerinnen und Bürger als Teil einer unterstützenden Gemeinschaft erleben und welche Möglichkeiten sie sehen, Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen.



Landrat Thomas Eberth und Oberbürgermeister Christian Schuchardt bitten um Teilnahme an der Befragung zum Zusammenhalt in der Region Würzburg. Von links nach rechts: Michael Dröse (Leiter der Stabsstelle des Landrats), Landrat Thomas Eberth, Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Katja Schröder (Managerin Marketing und Kommunikation Smarte Region Würzburg) und Klaus Walther (Fachbereichsleiter Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing Stadt Würzburg) (Foto: © Georg Wagenbrenner, Stadt Würzburg)

Diese Erhebung ist ein wesentlicher Schritt in der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung, indem sie regionale Besonderheiten hervorhebt und Einblicke in die soziale Resilienz vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Krisen liefert.

Informationen zu diesen und weiteren Maßnahmen der Smarten Region Würzburg sind veröffentlicht unter www.smar-te-region-wuerzburg.de.

Smarte Region Würzburg – ein Projekt von Stadt und Landkreis Würzburg (LRA Würzburg)



Als „Smarte Region Würzburg“ haben sich Stadt und Landkreis Würzburg erfolgreich für das Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen beworben. Gemeinsam mit insgesamt 73 Modellprojekten in Deutschland erarbeiten sie Ideen für eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung. Smart ist dabei der Einsatz von digitalen Technologien zur Umsetzung sozialer, ökologischer und demokratischer Maßnahmen, die die Lebensqualität in den Kommunen verbessern sollen. Ebenso smart ist die Zusammenarbeit innerhalb der Modellprojekte. Es wird ein intensiver Wissenstransfer zwischen den „Smart Cities“ gewährleistet. So entwickelt jede geförderte Region Maßnahmen, die am Ende deutschlandweit allen Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Digitale Transformation und Kreientwicklung im Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Von Barbara Hoch und Emilia Stauner, Projektmanagement Smarte.Land.Regionen,
Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden im Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab

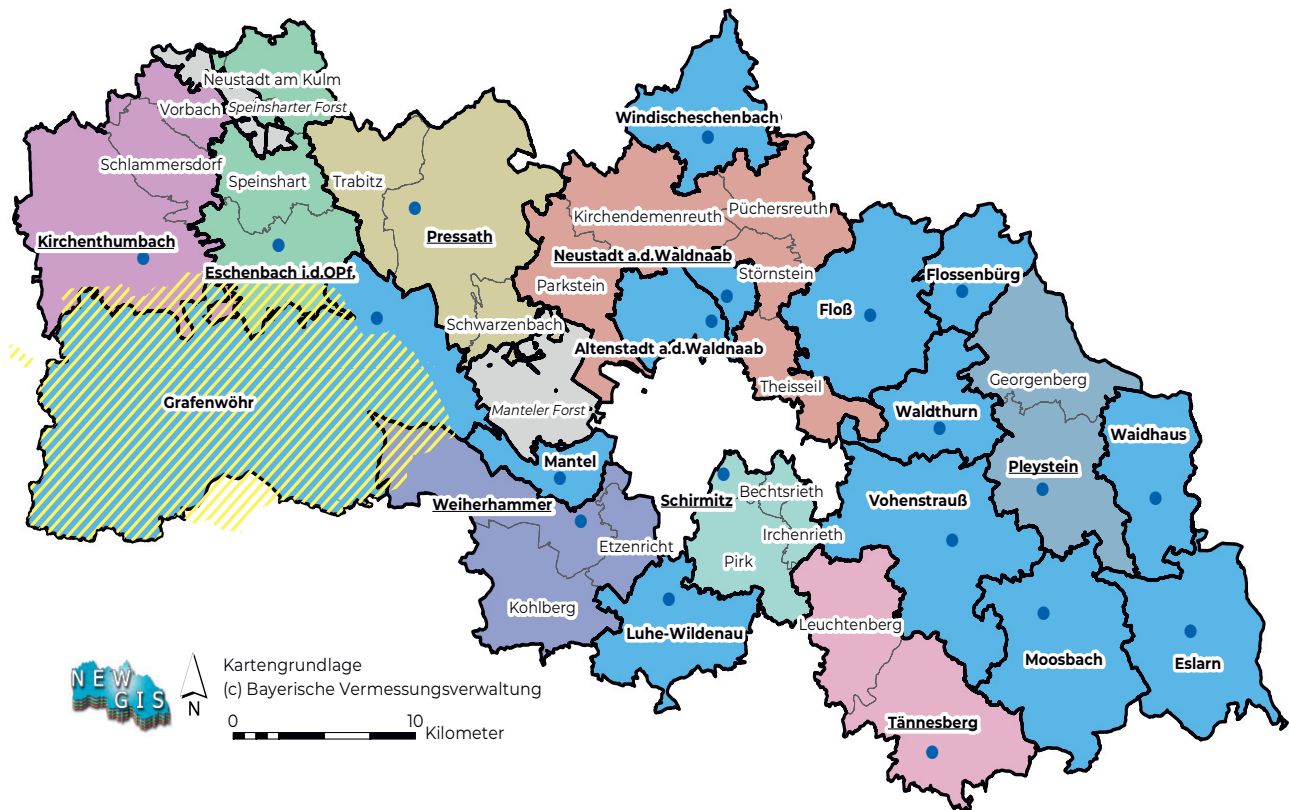


Abbildung 1: © Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Digitalisierungs- und Kreientwicklungsstrategie

Allgemeines

Seit 2020 ist der Landkreis NEW einer von sieben Modellregionen deutschlandweit und als einziger in Bayern Teil des Förderprogramms Smarte.Land.Regionen. Smarte.Land.Regionen ist ein Teil des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus), das die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) realisiert.

Ziel des Modellvorhabens ist die Verbesserung der Daseinsvorsorge durch die Digitalisierung. Ein Bestandteil des Förderprogramms ist die Erstellung einer Kreientwicklungsstrategie. Unter Einbezug des Digitalisierungs-Aspektes ist die Digitalisierungs- und Kreientwicklungsstrategie namens „NEW Zukunft“ entstanden, bei der sechs Handlungsfelder (siehe Abb. 2) im Fokus stehen: Bildung, Energie, Gesundheit, Mobilität, Tourismus und Wirtschaft. Das Steuerrad visualisiert das Zusammenspiel von Handlungsfeldern, Teilthemen sowie Projekten. Kernstück der Strategie sind 36 Umsetzungsprojekte, die den Weg zu einem zukunftsfähigen Landkreis, in dem es sich gut leben und arbeiten lässt, aufzeigen.

Handlungsfelder

Die zentralen Themenbereiche der Strategie stellen die sechs Handlungsfelder dar, für die konkrete Bedarfe und Projekte definiert wurden. Grundlage hierfür bilden die sozioökonomische Ausgangslage, die Analyse bestehender Planungsdokumente, aber auch die Ideen der Kommunen und Zivilgesellschaft. Der Landkreis hat die Handlungsfelder wie folgt definiert:

Bildung: Bildungsangebote sollen künftig möglichst barrierearm/-frei mit Hilfe der Digitalisierung zugänglich gemacht werden. Fokus liegt auf den Themen Vernetzung, MINT und Medienkompetenz.

Energie: Themen wie Klimawandel und effiziente, nachhaltige sowie bezahlbare Energieversorgung beschäftigen auch den Landkreis. Zukünftig sollen die Erzeugung und Erprobung von Wasserstoff als Energieträger in Gewerbe und Mobilität erfolgen.

Gesundheit: NEW steht vor der Herausforderung, die Gesundheitsversorgung langfristig zu sichern. Die Förderung einer gesunden Lebensweise, Ernährung sowie Bewegung sollen durch gezielte Maßnahmen erreicht werden.

Der Landkreis NEW

Der Landkreis Neustadt an der Waldnaab (NEW) liegt im Regierungsbezirk Oberpfalz im Nordosten des Freistaates Bayerns und bildet den Wohnraum, verteilt auf 38 Gemeinden und rund 1.428 km² Gesamtfläche für etwa 96.000 Einwohnerinnen und Einwohner (siehe Abb. 1). Besonderheit des Landkreises NEW sind seine Natur- und Grünflächen, die rund zwei Drittel des Landkreises bedecken und als (Nah-) Erholungsziel einen schönen Ort zum Arbeiten, Wohnen, Leben und Entfalten bietet. Damit NEW auch in Zukunft ein attraktiver Ort bleibt, lautet die Devise des Landkreises – Landleben neu denken. Eine solide Ausgangslage bilden zum einen die genannte schöne Natur und zum anderen eine starke Wirtschaft. Allerdings stehen jeder ländlichen Region auch Herausforderungen gegenüber: der demographische Wandel, die Daseinsvorsorge und der öffentliche Personennahverkehr. Als Lösungsansatz kombiniert der Landkreis die klassische Kreisentwicklung mit der Digitalisierung und will damit die Zukunft von NEW aktiv gestalten, konkrete Bedarfe decken und damit den Bürgerinnen und Bürgern einen expliziten Mehrwert bieten.

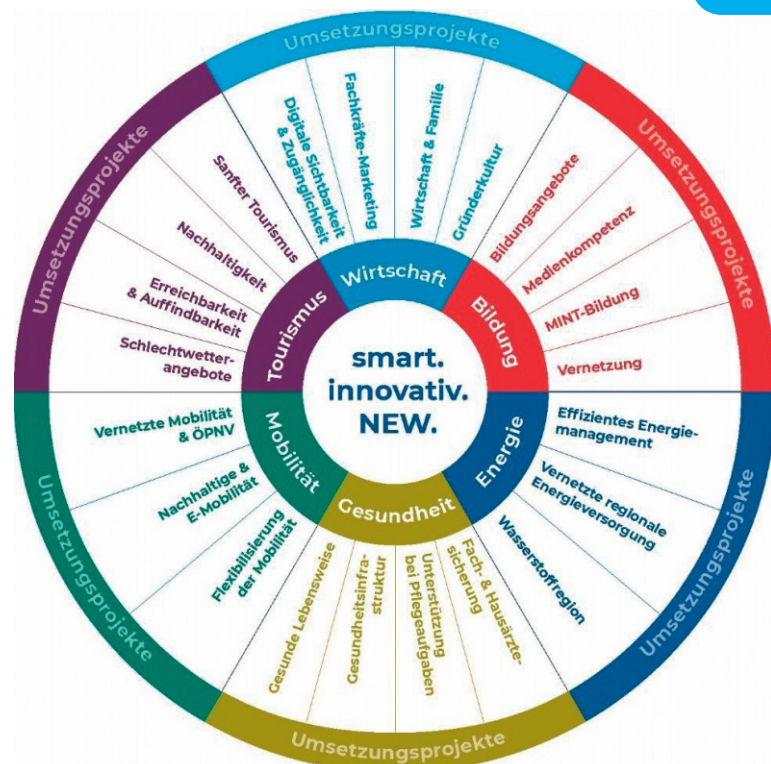


Abbildung 2: © Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Mobilität: Im Flächenlandkreis ist der Anteil der im motorisierten Individualverkehr zurückgelegten Fahrten besonders hoch. Grund hierfür ist eine Kombination aus Kosten, Komfort und vor allem die Taktung des ÖPNV. Ziel ist es, Mobilitätslösungen mit dem ÖPNV als Kernelement zu schaffen sowie der Ausbau von Elektro- und Wasserstoff-Mobilität.

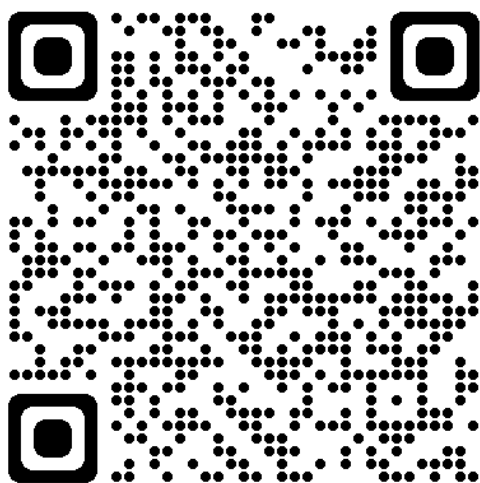
Tourismus: Die Natur und Erholungsgebiete mit gut ausgebauten Radwegen und Wanderrouten bieten einerseits ein großes wirtschaftliches Potential im Bereich Tourismus und sind andererseits aber auch für die Bewohnerinnen und Bewohner in NEW sehr attraktiv. Das Ausloten von digitalen Potentialen soll in der Tourismusregion einen gesteigerten Freizeitwert bieten.

Wirtschaft: NEW entwickelt sich wirtschaftlich sehr gut und ist von einem produzierenden Gewerbe geprägt. Als eine von wenigen Regionen erfuhr NEW einen Beschäftigungszuwachs und hat eine niedrige Arbeitslosenquote. Herausforderungen hinsichtlich Arbeits- und Fachkräftesicherung sind zum einen die demographische Entwicklung sowie die Abwanderung junger Menschen. In Zukunft liegt der Fokus auf einer stärkeren Unterstützung von Gründerinnen und Gründern zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur.

Umsetzung/Projektstand

Das Kernstück der sechs Handlungsfelder sind die 36 Projektideen, die zusammen mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren in den kommenden Jahren angegangen werden sollen. Zu Beginn wurde eine Priorisierung der Projekte durchgeführt sowie ein Projektbeirat mit externen Fachexperten gegründet. Die Projektbeiratsmitglieder begleiten und beraten den Landkreis und die Projektteams aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen und erworbenen Kompetenzen bei Projektumsetzungen der „NEW Zukunft“. Stand heute sind bereits 12 Projekte aus den Handlungsfeldern in Umsetzung, bei neun Projekten ist in kommender Zeit eine Umsetzung geplant und zwei Projekte konnte der Landkreis bereits erfolgreich abschließen.

In den kommenden Abschnitten werden drei Projekte genauer beleuchtet. Alle weiteren Projekte können unserer Landingpage entnommen werden. Unter folgender Verlinkung gelangen Sie direkt zur „NEW Zukunft“:



PENDLA

Um Mobilitätshürden im Flächenlandkreis NEW entgegenzuwirken, erfolgt die Anbindung an die PENDLA-App. Vorteile aus der Nutzung sind die Reduzierung des Verkehrsaufkommens und geringere Umweltbelastung sowie die Reduktion der Fahrt- oder auch Parkkosten. Der Landkreis NEW hat sich hierfür eine eigene Startseite inklusive Logo und Bild angelegt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können anschließend bei eigener Registrierung beispielsweise den Standort Landratsamt NEW als Arbeitsort auswählen. Unter eigener Angabe werden Wohnort und Tage hinterlegt, an denen eine Fahrt zum Arbeitsort erfolgt. Dabei kann man als FahrerIn oder Fahrer beziehungsweise MitfahrerIn oder Mitfahrer fungieren. So können Personen gefunden werden, die einen gleichen oder ähnlichen Arbeitsweg haben. Findet man eine Person, die den eigenen Kriterien entspricht, kann ein Erstkontakt aufgenommen werden und es können weitere Details wie Abhol- oder Rückfahrzeit und Bezahlung vereinbart werden. Eine Bezahlungsmöglichkeit über die PENDLA-App gibt es nicht und muss unter den Beteiligten individuell verhandelt werden. Der Landkreis NEW schafft mit Hilfe von PENDLA die Voraussetzungen, die Bürgerinnen und Bürger auf dem Arbeitsweg zu verbinden und Fahrgemeinschaften zu den Arbeitsplätzen zu fördern.

Smarte.Land.Regionen: zwei lokale Projekte für den Landkreis NEW

Im zweiten Förderaufruf des bereits genannten Modellvorhabens Smarte.Land.Regionen konnten sich zivilgesellschaftliche und unternehmerische Akteurinnen und Akteure aus den sieben Modellregionen bewerben, um weitere lokale Projekte umzusetzen. Im September 2023 erfolgte die Bescheidübergabe an insgesamt elf lokale Projekte, zwei davon aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab. Ziel ist es, die Daseinsvorsorge durch digitale Lösungen zu stärken und damit gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land zu entwickeln.

NEW Kinderleicht

Studien zeigen einen Rückgang der körperlichen Aktivität und einen gleichzeitigen Anstieg des Konsums von Süßigkeiten und digitalen Medien, insbesondere seit der Corona-Pandemie. Ebenso melden die Kitas im Landkreis NEW eine spürbare Abnahme des Sprachniveaus von Kindern im Vorschulbereich sowie eine Zunahme von Auffälligkeiten im Sozialverhalten –

unabhängig von sozialer Herkunft oder Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass Eltern aus sozial schwachen Verhältnissen für Kitas und Grundschulen oftmals nur schwer zu erreichen sind. Im Zuge der Förderung möchte der Verein Forum Neustadt Plus e.V. die digitale Anwendung „NEW kinderleicht – Bildung erlebbar machen“ entwickeln und damit den Eltern und Kindern im Kita- und Grundschulalter einen niedrigschwelligen Zugang zu interaktiven und regionalen Angeboten zur Bewegungs- und Kompetenzförderung schaffen. Ziel ist es, mit Hilfe der digitalen Anwendung die Familien bei der Weiterentwicklung in den Themenbereichen Bewegung, Kreativität und Fantasie, Alltag, Denken und Wissen, soziale Fähigkeiten und Gefühle sowie sprachliche Bildung und Medien-Stärkung spielerisch zu unterstützen und den Familienzusammenhalt zu intensivieren (siehe Abb. 3). Ebenso sollen dadurch schwer erreichbare Familien angesprochen werden. Weitere Ziele sind die Bekanntmachung von Möglichkeiten in der Region und die Förderung einer dauerhaften Vernetzung sowie eines kontinuierlichen Dialogs zwischen Fachpersonal in Kitas, Grundschulen, Schul-, Jugend- und Gesundheitsamt.

NEW.Pflangl

Der größte Pflegedienst Deutschlands rückt in den Fokus – die pflegenden Angehörigen. NEW.Pflangl ist eine Unterstützungsplattform für pflegende Angehörige, welche von einem lokalen Verein ins Leben gerufen wurde. Die Projektumsetzung erfolgt durch SEGA e.V., einem oberpfalzweiten gesamtgesellschaftlichen Bündnis zur Förderung der Seelischen Gesundheit im Alter und wird durch den Landkreis NEW sowie der Gesundheitsregionplus Nordoberpfalz unterstützt. Die Plattform ist eine anonyme Anlaufstelle, die einfach und barrierearm Informationen, Hilfe zur Selbsthilfe und Seelsorge bietet. Dafür werden regionale Dienst-



Abbildung 3: © Forum Neustadt Plus e.V.

leistende wie Pflegeheime oder Beratungsstellen angebunden sowie Unterstützungsvideos oder Podcasts produziert. Zur Erarbeitung der Inhalte sowie zum Networking werden diverse Veranstaltungen mit den lokalen Stakeholdern durchgeführt.

Überregionale Gesundheitsversorgung in den Landkreisen Dillingen und Günzburg



Die Landräte Markus Müller und Dr. Hans Reichhart

Die medizinische Landschaft unterliegt aktuell gravierenden Veränderungen. Vor allem der zunehmende Mangel an qualifiziertem Fachpersonal, sowohl in der Pflege wie im ärztlichen Bereich, stellt dabei viele Patientinnen und Patienten vor große Herausforderungen. Aufgrund der fortschreitenden demographischen Entwicklung gestalten sich die Suche nach Arztterminen, aber auch die Suche eines Allgemein- oder Facharztes immer schwieriger. Gleichzeitig verstärkt die zu erwartende Krankenhausstrukturreform den Druck auf das Gesundheitssystem, da eine Vielzahl von Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich verlagert werden soll. Zudem werden durch neue personelle Mindeststandards im Bereich der Kliniken auch weitere Veränderungen auf den Kliniksektor zukommen. Aber auch die fortschreitende Digitalisierung wird sich intensiv auf die Art der medizinischen Diagnostik und damit auch auf Strukturen der medizinischen Versorgung auswirken.

Gemeinsam, ganzheitlich und überregional

Gleichzeitig haben sich die Kreiskliniken der beiden Landkreise Dillingen und Günzburg bereits vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, ihre Strukturen neu aufzustellen. Um diesen Prozess aktiv zu gestalten und nicht nur von den demographischen, wirtschaftlichen und vor allem gesetzgeberischen Vorgaben getrieben zu werden, wollen die Landkreise Dillingen und Günzburg ihre Gesundheitsversorgung gemeinsam betrachten und eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage für viele künftige Weichenstellungen schaffen.

„Uns vereint die Zielsetzung, gerade die Grund- und Notfallversorgung in den Landkreisen bezogen auf die vorhandenen Krankenhausstandorte und der beiden Medizinkonzepte gut und finanzierbar für die Menschen neu auszurichten“, betont der Dillinger Landrat Markus Müller.

Das haben die beiden Landräte Markus Müller und Dr. Hans Reichhart sowie die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen und Günzburg-Krumbach nach intensiven Beratungen mit den verantwortlichen Gremien beschlossen. In Rücksprache mit dem Bayerischen Gesundheitsministerium als Planungsbehörde soll nun eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden. Ziel ist, die Möglichkeiten strategischer Kooperationen zur wohnortnahen Patientenversorgung der Bevölkerung zu analysieren und zu bewerten. Dabei wird die gesamte Versorgungsregion Nord- und Mittelschwaben betrachtet. Die Landkreise Dillingen und Günzburg gehen somit einen innovativen, von Planungsbehörde und Landkreistag vorgeschlagenen Weg, Medizinversorgung ganzheitlich und überregional zu denken. Zudem müsse der Blick der Gesundheitsversorgung auch über die Landkreisgrenzen hinaus geweitet werden. „Wir sind offen für die Betrachtung weiterer Versorgungsgebiete“, sind sich Dr. Hans Reichhart und Markus Müller ebenso einig.

Generationen- und landkreisübergreifend

„Wenn es um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung geht, müssen wir generationenübergreifend und über Landkreis-Grenzen hinweg denken. Schließlich stehen alle Regionen vor ähnlichen Herausforderungen. Deshalb sind neben den klinikinternen Entscheidungen auch ambulante Versorgungskonzepte, aber auch Allianzen sehr wertvoll, damit wir heute und morgen eine bestmögliche medizinische Versorgung sicherstellen können. Hier sind wir zusammen mit allen Beteiligten schon auf einem wirklich guten Weg“, erläutert Robert Wieland, Vorstand der Kreiskliniken Günzburg-Krumbach.

Sonja Greschner, Geschäftsführerin der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen, sieht die Zukunft in einem land-

kreisübergreifenden Ansatz: „Die medizinische Landschaft steht vor einer nie dagewesenen Veränderung und daher gilt es, gemeinsam zu denken und gemeinsam zu agieren: über Landkreise, Krankenhäuser und Sektoren hinweg. Wir werden daher die medizinische Versorgungssituation in der Region betrachten – unser Ziel ist es, eine starke Versorgung auf- und auszubauen, die die medizinische Versorgungsqualität on top setzt. Wir setzen darauf, aus einer gemeinsamen Stärke heraus uns für die Zukunft aufzustellen.“

Machbarkeitsstudie als Grundlage für die künftige Medizinstrategie

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll zunächst die ambulante, die stationäre und die Notfallversorgung landkreisübergreifend analysiert werden. Daraus soll eine sektorenübergreifende, abgestufte und nachhaltige Medizinstrategie für die Bevölkerung und alle Beteiligten im Gesundheitswesen vor Ort entwickelt werden. Erste Ergebnisse sollen noch vor der Sommer-

„Wir stehen wie viele Kommunen vor großen Herausforderungen im Gesundheitswesen. Gemeinsam mit dem Landkreis Dillingen können wir diesen Herausforderungen gestärkt begegnen und so die wohnortnahe Gesundheitsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Die Machbarkeitsstudie ist dabei ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung“, erläutert der Günzburger Landrat Dr. Hans Reichhart.

pause vorliegen. Beide Landkreise machen sich also frühzeitig auf den Weg zu übergreifenden und abgestimmten wohnortnahen Versorgungskonzepten für die Gesundheit der Bürger.

Die Gesundheitsversorgung ist damit nach der Zusammenarbeit im Tourismus ein weiterer Bereich, bei dem die Landkreise Günzburg und Dillingen ihre Kräfte bündeln.
(LRA Dillingen a.d.Donau)

Kooperationen stärken regionale Krankenhausversorgung im Landkreis Lindau

Die Oberschwabenklinik und damit auch der Landkreis Ravensburg (Baden-Württemberg) als Träger der OSK-Kliniken sind neben der Asklepios Klinik in Lindau und der Rotkreuzklinik in Lindenberg wichtige Partner bei der regionalen Krankenhausversorgung im Landkreis Lindau. Insbesondere Patienten aus dem Westallgäu nutzen schon heute viele Leistungen der Oberschwabenklinik in Wangen. Landrat Elmar Stegmann hat sich deshalb Mitte März vor Ort in der Oberschwabenklinik in Ravensburg und Wangen mit dem Ravensburger Landrat Harald Sievers, der Geschäftsleitung der Oberschwabenklinik mit Geschäftsführer Franz Huber, dem Ärztlichen Direktor Prof. Dr. Oliver Rentzsch und dem Pflegedirektor Swen Wendt sowie mit mehreren Chefärzten in Ravensburg und Wangen ausgetauscht. Er wollte sich ein Bild machen von den medizinischen Leistungen und den Kapazitäten auch für Patienten aus dem Landkreis Lindau.

Länderübergreifende Notfallerstversorgung

Über 50.000 Patienten wurden im Jahr 2023 in der Notaufnahme und Kindernotaufnahme des St. Elisabethen-Klinikums in Ravensburg behandelt. Dies waren ca. 10.000 Patienten mehr als noch 2021. Die Abläufe in der Notaufnahme erläuterte bei dem Termin Dr.

Kerstin Kunz, Chefärztin der Zentralen Notaufnahme. Sie sagt: „Unsere Notaufnahme wird nie bei der Rettungsleitstelle für die Notfallversorgung abgemeldet.“ Patienten würden am EK immer erstversorgt und zwar unabhängig vom Wohnsitz. Ca. 35 % der Notfallpatienten wurden 2023 stationär in der Klinik aufgenommen, die restlichen Patienten konnten mit den Mitteln der



Dr. Kerstin Kunz, Cheärztin der Zentralen Notaufnahme (3.v.l.), erläutert die Abläufe der Notaufnahme am EK in Ravensburg.

stationären Notfallversorgung in der Notaufnahme akut abgeklärt und ambulant versorgt werden. Kämen medizinische Notfälle aus dem Allgäu direkt über den Rettungsdienst, so würden die Patienten in jedem Fall erstversorgt. In Zeiten hoher Bettenauslastung am EK könne es allerdings vorkommen, dass Patienten, welche nicht zwingend eine spezielle Versorgung in Ravensburg benötigen, auf andere, ggf. näher gelegene geeignete Kliniken verwiesen werden oder nach der Erstversorgung in Ravensburg dorthin verlegt werden müssen. Dies sei auch schon in der Vergangenheit immer wieder notwendig gewesen. In solchen Fällen bestehe zwischen den großen Kliniken der weiteren Region sowie den Rettungsleitstellen eine gute und funktionierende Zusammenarbeit.

Landrat Stegmann besichtigte bei dem Termin auch die Kardiologie am EK, die jüngst in neue Räumlichkeiten gezogen ist. Sie verfügt über zwei Herzkatheter-Labore, die rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Etwa 2.200 Eingriffe werden hier jährlich durchgeführt, erklärt Chefarzt Prof. Dr. Florian Seeger. So können krankhafte Veränderungen der Herzkranzgefäße, der Herzklappen, des Herzmuskels oder der Herzanlage erkannt und ggf. sofort behandelt werden. Auch über ein Schlaganfallzentrum mit Stroke Unit verfügt die Oberschwabenklinik in Ravensburg. Chefarzt Prof. Dr. Dietmar Bengel stellte dar, dass der Bereich der Neurologie am EK überregional zertifiziert ist und ein großes Einzugsgebiet bis Biberach, Sigmaringen und Friedrichshafen versorgt.

Auch in der Oberschwabenklinik in Wangen sind in der jüngeren Vergangenheit die Patientenzahlen in der Notaufnahme gestiegen. Heuer werden wohl 20.000 Patienten dort aufgenommen werden, früher waren dies 16.000. Zurückzuführen ist dies auf allgemeine Steigerungen in den Notaufnahmen, aber in den letzten Wochen auch auf die eingeschränkten Leistungen und Öffnungszeiten der Notaufnahme an der Rotkreuzklinik in Lindenberg. Dr. Timo Gentner ist Leitender Arzt der Notaufnahme in Wangen. Er erläuterte die Abläufe der Wangener Notaufnahme gemeinsam mit Dr. Günther Waßmer, Chefarzt der Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie. Auch ein Medizinisches Versorgungszentrum sowie an Wochenenden und an Feiertagen eine Notfallpraxis der Kassenärztlichen Vereinigung sind in den Räumen der Klinik angesiedelt, was zu großen Synergien führt. Mit 14 Betten hat die Intensivstation in der Wangener OSK vergleichsweise hohe Kapazitäten. Prof. Dr. Andreas Straub, Chefarzt der Klinik für Anästhesie, Intensiv-, Notfall- und Schmerzmedizin, führte durch die vor wenigen Jahren eingerichtete Intensivstation. Chefarzt Dr. Jörg Maurus zeigte die Funktionsbereiche der Inneren Medizin. Besichtigt wurde die ebenfalls erst vor wenigen Jahren sanierte Geburtshilfe.

Verbindliche Kooperationsbereitschaft über Landesgrenzen

Bei einem anschließenden Austausch betonten Landrat Harald Sievers und die Klinikleitung nochmals die Be-



Chefarzt Prof. Dr. Florian Seeger (rechts im Bild) zeigt Landrat Elmar Stegmann eines der beiden Herzkatheter-Labore am EK.

reitschaft zur engen Zusammenarbeit. Insbesondere auch durch das jüngst durch die Geschäftsführung der Rotkreuzklinik vorgestellte neue Konzept für die Lindener Klinik ergeben sich gute Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Häusern. So möchte die Rotkreuzklinik nach eigenen Angaben den Bereich der Altersmedizin ausbauen und damit eine Versorgungslücke in der Region schließen. Durch eine mögliche Verlegung von leichteren Fällen aus dem Bereich der Inneren Medizin nach Lindenberg könnten zukünftig in den Häusern der Oberschwabenklinik mehr freie Betten für schwere Fälle zur Verfügung stehen.

Die drei Kliniken Rotkreuzklinik Lindenberg, Asklepios Klinik Lindau und Oberschwabenklinik werden sich übrigens auf Initiative von Landrat Elmar Stegmann zeitnah zu einem Kooperationsgespräch treffen, um hier möglichst bald Verbindlichkeiten zu schaffen. Nur so können die Kliniken rechtzeitig Veränderungen vornehmen und dann auch notwendige zusätzliche Kapazitäten aufbauen.

Auch mit der Vorarlberger Gesundheitslandesrätin Martina Rüscher, dem Landeskrankenhaus Bregenz und der Asklepios Klinik Lindau führt Landrat Elmar Stegmann bereits Gespräche für eine Kooperation

über Landesgrenzen hinweg. Auch hier wird geprüft, welche Leistungen sinnvoll gebündelt werden könnten. Beispielsweise behandeln im Bereich der Kinderheilkunde die Ärzte in Bregenz schon heute viele kleine Patienten aus Deutschland. Von intensiven Kooperationen profitieren insbesondere auch die Patienten, denn Kooperationen führen zu einer höheren Spezialisierung und damit auch höheren Qualität der Behandlung.

(LRA Lindau (Bodensee))

(Bildquelle: Landkreis Lindau/Sibylle Ehreiser)



Der Leitende Arzt Dr. Timo Gentner (links im Bild) führt durch die Notaufnahme in Wangen.

Antworten des Landkreises Deggendorf auf die Herausforderungen bei der medizinischen Versorgung



Ärztesgespräch für Lösungsansätze im Gesundheitswesen

Auf Einladung von Landrat Bernd Sibler fand Mitte März ein Ärztesgespräch statt, bei dem niedergelassene Ärzte sowie Ärzte des Donausar Klinikums Deggendorf und des Bezirksklinikums Mainkofen zusammenkamen, um sich über aktuelle Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze im Gesundheitswesen auszutauschen.

Landrat Bernd Sibler begrüßte die etwa 20 Teilnehmer und betonte die Wichtigkeit des Austauschs zwischen den Kliniken und den niedergelassenen Ärzten. „Ein guter Austausch ist sehr wichtig für eine funktionierende Zusammenarbeit“, so Sibler. Weiterhin ging er auf aktuelle Themen wie den Medizincampus Niederbayern und auf die ärztliche Situation im Landkreis Deggendorf ein.

Anschließend präsentierte Rainer Unrecht die Netzwerke und Projekte der Gesundheitsregion^{plus} in den Bereichen Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Pflege. Zudem wurden Hilfsangebote des Landratsamtes vorgestellt, wie der neue digitale Pflegewegweiser und die Notfallmappen. Auch über das Projektvorhaben „Smartphone basierte Ersthelfer Alarmierung“ wurde informiert.

Im Anschluss gab es Raum für Austausch und Diskussion. Diskutiert wurde unter anderem darüber, wie die digitale Kommunikation und elektronische Übermittlung von Dokumenten zwischen ambulanter und stationärer Versorgung verbessert werden können. Thematisiert wurden auch die neuen Ergebnisse der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, welche eine Unterversorgung der Hausarztversorgung im Planungsbereich Hengersberg aufweisen.

Für Gesprächsstoff sorgte die Berechnungsgrundlage der Versorgungsgrade bezüglich einer angemessenen Berücksichtigung von Fachärzten wie Kinder- und Jugendpsychiatern, Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendärzten in der Region. Weiterhin wurde die Wichtigkeit einer guten Aus- und Weiterbildung für die Fachkräftesicherung im Landkreis Deggendorf betont. Hervorgehoben wurden bereits etablierte Programme wie die „Ländarztmacher“, die „Deggendorfer Famula-Tour“ sowie die PJ (Praktisches Jahr)-Programme des Klinikums Deggendorf und des Bezirksklinikums Mainkofen. Künftige Kooperationen zwischen den genannt-



ten Programmen sowie Kliniken und niedergelassenen Arztpraxen seien entscheidend für einen nachhaltigen „Klebe-Effekt“. Wichtig sei auch, bei Schülern ein erstes Interesse am Medizinerberuf durch Berufsorientierungsmaßnahmen zu wecken. Entsprechende Aktionen

dazu sind geplant. Zusätzlich wurde angeregt, die Kooperation zwischen Medizincampus Niederbayern und örtlichen Arztpraxen zu intensivieren. Zudem wurde die Idee, den Weiterbildungsverbund im Landkreis Deggendorf wiederzubeleben, eingebracht. Weitere Themen wie die Krankenhausreform und die Künstliche Intelligenz zur Entlastung und Optimierung ärztlicher Tätigkeiten wurden ebenfalls aufgegriffen.

Zukünftig sollen regelmäßige Ärztegespräche den Austausch zwischen den verschiedenen medizinischen Einrichtungen und den niedergelassenen Ärzten fördern. Das nächste Treffen ist für Herbst 2024 geplant. Interessenten können sich für weitere Informationen an die Geschäftsstelle der Gesundheitsregion^{plus} im Landkreis Deggendorf wenden: 0991 3100175 / Gesundheitsregionplus@landkreis-deggendorf.de.

Landarztmacher Studenten im Landkreis Deggendorf

Im Rahmen des Landarztmacher-Programms hatten zudem kürzlich 17 Medizinstudenten die Möglichkeit, an einem Rücken-Untersuchungskurs in der Asklepios Klinik Schaufling teilzunehmen. Auch Landrat Bernd

Sibler und Rainer Unrecht vom Landratsamt Deggendorf waren zu Besuch und machten sich ein Bild vom Landkreis geförderten Projekt.

Das Landarztmacher-Projekt, initiiert von Hausarzt Dr. med. Wolfgang Blank, soll angehenden Ärzten zeigen, wie vielfältig und interessant die Arbeit als Landarzt im Deggendorfer Land sein kann. Aufgrund des zu erwartenden Ärztemangels im ländlichen Bereich engagiert sich der Landkreis Deggendorf bereits seit 2021 für das Projekt. Aktuell absolvieren 34 Medizinstudenten ihr Pflichtpraktikum im Bayerischen Wald, davon sind 8 im Landkreis Deggendorf tätig.

Im Rahmen des Kurses zum Thema Rückenschmerz in der Asklepios Klinik Schaufling erhielten die Teilnehmer praxisbezogenes Wissen von Oberarzt Dr. Tamas Buvar und Physiotherapeutin Frau Hofbauer. Rückenschmerzen sind eine der häufigsten Ursachen für Arztbesuche und erfordern spezialisiertes Fachwissen. Mit Unterstützung von Chefarzt Dirk Czauderna und dem Rehabilitationsteam war der Kurs ein voller Erfolg, und die Studierenden freuen sich darauf, ihr neu erlerntes Wissen in der Praxis anzuwenden.

(LRA Deggendorf)



Freyunger Kinder unterstützen Medizinerprojekt des Regionalmanagements

In den zurückliegenden Wochen waren durch das seit Jahren in der Gegend Freyung-Grafenau etablierte „Exzellente-Projekt“ der Initiative „Die LandArztMacher“ wieder mehrere Medizinstudierende aus ganz Deutschland zu einem vierwöchigen Praktikum (Famulatur) in der Region. Parallel zu ihrer Arbeit in Praxen und Kliniken im Landkreis im Rahmen ihrer Famulatur erhielten die angehenden Medizinerinnen und Mediziner zusätzliche hochwertige Unterrichtseinheiten durch Freyunger Kinder.

Medizinstudierende aus dem „Exzellente-Projekt“ sammeln im Landkreis Freyung-Grafenau praktische Erfahrung im Umgang mit Kindern. „Im Studium selbst“, sagen die Studierenden, „haben wir kaum die Chance, uns praktisch auszuprobieren, schon gar nicht in der Ansprache von Kindern, für die ein Arztbesuch natürlich grundsätzlich erst einmal Stress bedeutet.“ Hier setzt eine neue Maßnahme von Regionalmanagement und Gesundheitsregion^{plus} an.

Praktische Erfahrungen in der Kinderheilkunde

Das Regionalmanagement Freyung-Grafenau – gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie – konnte in diesem Jahr erstmalig einen mehrstündigen Kurs organisieren, um den Studierenden die Möglichkeit zu geben, grundlegende praktische Erfahrungen in der Kinderheilkunde zu sammeln. Der Kurs, der in enger Zusammenarbeit mit dem Caritas Kindergarten St. Josef in Freyung und der Kinderklinik Dritter Orden Passau durchgeführt wurde, ermöglichte es den Studierenden, grundlegende Untersuchungen an den Kindern einzüben und dabei wertvolle Erfahrungen in der Ansprache und im Umgang mit ihnen zu sammeln. Diese für Freyung-Grafenau neue zusätzliche Maßnahme stellt

eine innovative Herangehensweise dar, um die Lücke zwischen theoretischem Wissen und praktischer Erfahrung in der medizinischen Ausbildung ein Stück weit zu schließen. Durch die direkte Interaktion mit den Kindern des Caritas Kindergartens St. Josef konnten die Medizinstudierenden nicht nur ihr medizinisches Wissen anwenden, sondern auch ihre Fähigkeiten in der Kommunikation und im empathischen Umgang mit jungen Patientinnen und Patienten verbessern. Unter der fachlichen Anleitung zweier erfahrener Ärztinnen der Kinderklinik Passau konnten die Studierenden in einem geschützten Rahmen lernen und gleichzeitig wertvolle Rückmeldungen zu ihrer Vorgehensweise erhalten. Diese Expertinnen spielten eine entscheidende Rolle,



Einsatz im Kindergarten: Medizinstudierende aus dem gesamten Bundesgebiet, die derzeit ihre Famulatur in Freyung-Grafenau absolvieren, mit den Unterstützern und Organisatoren der Maßnahme: René Kurtz von der Gesundheitsregionplus FRG (hinten links), Regionalmanager Stefan Schuster (rechts), Kindergartenleiterin Barbara Späth (vordere Reihe 1. von links) und Elternbeiratsvorsitzende Carolin Schuster (vordere Reihe 2. von links).

indem sie ihr umfangreiches Wissen und ihre Erfahrungen teilten und so zu einem am Ende sehr guten Lernerlebnis beitrugen.

Sicherung hochwertiger medizinischer Versorgung

Die Resonanz war durchweg positiv. Die Studierenden berichteten von einem außergewöhnlich bereichernden Tag, der ihnen nicht nur neue Perspektiven eröffnete, sondern auch ihre Begeisterung für den direkten Umgang mit den Patienten und gerade Kindern verstärkte. Die Kinder selbst genossen die Aufmerksamkeit und die spielerische Herangehensweise der Studierenden, während die Eltern neben einer wertvollen Erfahrung für ihre Kinder auch die Bereicherung für die Gesellschaft schätzten: Denn mit diesem Projekt wird etwas für die Sicherung hochwertiger medizinischer Versorgung in der Region getan. Angesichts des positiven Feedbacks plant das Regionalmanagement Freyung-Grafenau, die Teilmaßnahme „Kinderkurs“ im Rahmen des Gesamtprojekts zu wiederholen und weiterzuentwickeln.

Exzellenter Sommer und Winter

Das Projekt an sich gibt es seit 2015 zweimal jährlich als „Exzellenten Sommer“ und „Exzellenten Winter“. Der nächste Durchgang startet entsprechend Ende September 2024. Seit mehr als sechs Jahren beteiligt sich der Landkreis Freyung-Grafenau über sein Regionalmanagement aktiv an dem Programm, das inzwi-

schen in fünf Landkreisen durchgeführt wird. Ein besonderer Dank für die tatkräftige Unterstützung des Kinderkurses ging an die Eltern der teilnehmenden Kinder, die Kinder selbst, an die Leiterin des Kindergartens St. Josef Barbara Späth und die Elternbeiratsvorsitzende Carolin Schuster.

(LRA Freyung-Grafenau)



Die angehenden Medizinerinnen und Mediziner beim Untersuchen der Kinder



LANDKREIS
TIRSCHENREUTH



Werde Hausarzt im Mittelpunkt Europas

Entdecke die Vielfalt des Landkreises Tirschenreuth, wo die Natur ihre ganze Schönheit entfaltet und die Gastfreundschaft der Oberpfälzer Herzlichkeit versprüht.

Erlebe die Faszination unseres Landes der tausend Teiche und entdecke die unzähligen Möglichkeiten, die unser Landkreis zu bieten hat. Ob gemütliche Spaziergänge durch idyllische Landschaften, kulturelle Highlights in unseren Städten oder kulinarische Genüsse in traditionellen Gasthäusern - hier ist für jeden etwas dabei! Aber das ist noch nicht alles - der Landkreis Tirschenreuth setzt sich auch für die hausärztliche Versorgung auf dem Land ein. Das Projekt „Hausarztschmiede“ im Landkreis Tirschenreuth ist ein wegweisendes Projekt, das sich intensiv der Herausforderung des Ärztemangels auf dem Land widmet. Mehr Informationen finden Sie unter: www.hausarztschmiede.de



Aktive Freizeitmöglichkeiten
im Land der tausend Teiche



Kulinarische Genüsse der
Oberpfälzer Küche



Traditionelle Feste und
kulturelle Highlights



Unterstützung bei der
Weiterbildung zum Facharzt
Allgemeinmedizin



Persönliche rundum
Betreuung + Netzwerk:
Die Hausarztschmiede



Medizinstipendien
vom Landkreis
Tirschenreuth

„Durch die Etablierung eines Nachwuchs-Netzwerks und die Förderung von Lehrpraxen vor Ort sichern wir die medizinische Versorgung für die Zukunft. Dank des Engagements von Dr. Peter Deinlein und meinem Team am Landratsamt Tirschenreuth können wir dem Ärztemangel im ländlichen Raum erfolgreich entgegenwirken. Unterstützt durch das Bayerische Gesundheitsministerium setzen wir auf innovative Ansätze, um angehende Ärzte für eine Tätigkeit auf dem Land zu gewinnen und langfristig in unserer Region zu halten. Mit Stipendien und einem ganzheitlichen Betreuungsansatz bieten wir angehenden Ärzten finanzielle Unterstützung und eine umfassende Ausbildung.“



Landrat Roland Grillmeier
Landkreis Tirschenreuth

Das Projekt Hausarztschmiede
wird gefördert durch:



Bayerisches Staatsministerium für
Gesundheit, Pflege und Prävention

Für weitere Informationen den QR-Code scannen
oder folgende Adresse eingeben:

WWW.HAUSARZTSCHMIEDE.DE



Revolutionierung des kommunalen Energiemanagements: Der Landkreis Ebersberg geht mit kommunal?digital! neue Wege

Der Landkreis Ebersberg nimmt mit seinem digitalen Energiemanagement-Projekt eine Vorreiterrolle in der Nutzung digitaler Technologien ein, um den Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften effizient zu gestalten und nachhaltige Praktiken zu fördern. Durch die Echtzeiterfassung und -analyse von Energieverbräuchen können unnötige Verbräuche schnell identifiziert und angegangen werden, was nicht nur Kosten spart, sondern auch einen bedeutenden Beitrag zum Umweltschutz leistet.

Ein wesentliches Element dieses Projekts ist die individuelle Gestaltung mehrerer Dashboards, mit einem gemeinsamen Datenpool, die es Verwaltungsmitarbeitern, Bürgern und Bildungseinrichtungen ermöglicht, Zugang zu wichtigen Daten zu erhalten und aktiv an der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit der Landkreisliegenschaften teilzuhaben. Dies fördert unter anderem das Bewusstsein und die Bildung in Bezug auf Energieeffizienz des Einzelnen.

Das Projekt zeichnet sich zudem durch seine fortschrittliche Systemarchitektur aus, die verschiedene

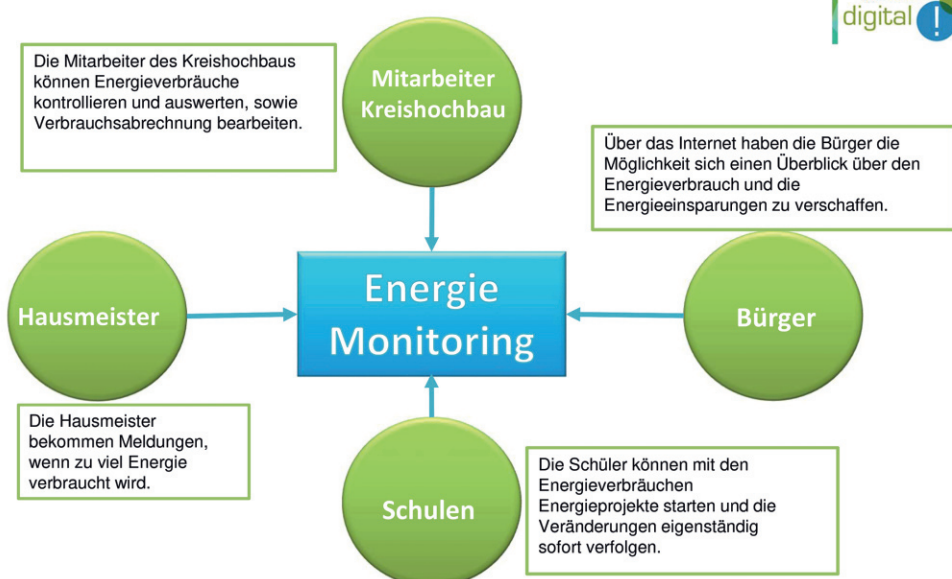
Datenquellen integriert und individuelle Alarmierungen sowie detaillierte Auswertungen bereitstellt. Besonders hervorzuheben sind hier die Ereignis-Funktionen, die es ermöglichen, spezifische Ereignisse wie die Unterbringung von Asylsuchenden oder Heizungserneuerungen zu dokumentieren und in den Verbrauchskurven sichtbar zu machen. Diese Funktion trägt dazu bei, Veränderungen im Energieverbrauch nachvollziehbar und transparent zu gestalten.

Zusätzlich verfügt die Plattform über ein ausgeklügeltes Alarmierungssystem, das automatische Benachrichtigungen an den zuständigen Hausmeister und die Techniker der Liegenschaften sendet, sobald die Verbrauchswerte einen vordefinierten Schwellenwert über- oder unterschreiten.

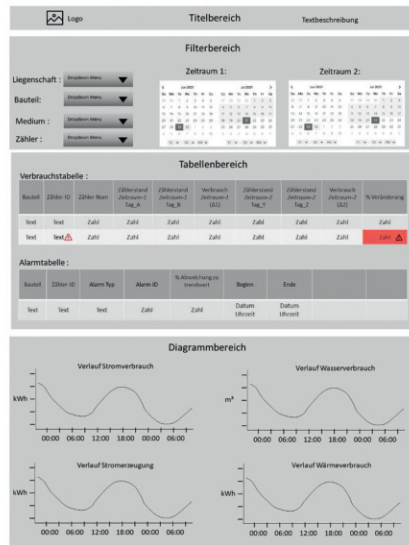
Dies ermöglicht eine schnelle Reaktion auf potenzielle Probleme oder Ineffizienzen.

Ein weiteres maßgeschneidertes Feature ist die Einstellbarkeit des Abfrageintervalls für die Zählerdaten, die von den Nutzern je nach Bedarf zwischen einer Minute und 60 Minuten festgelegt werden kann. Diese Flexi-

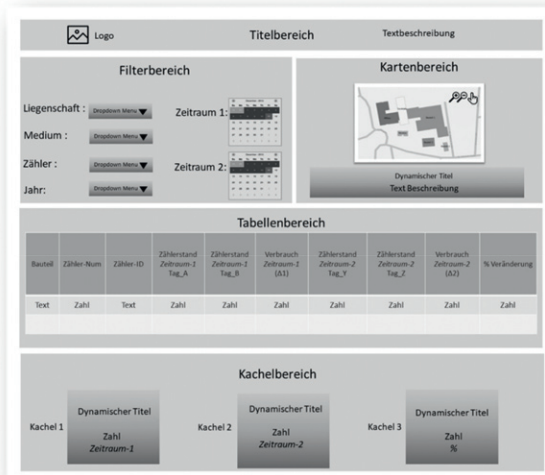
Die Nutzer des Energiemanagement



Mögliche Dashboard-Ansicht



Hausmeister



Verwaltung



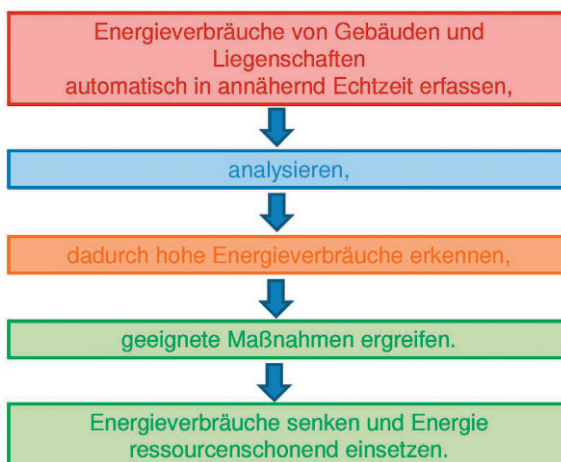
bilität erlaubt es den Nutzern, die Aktualität der Daten an ihre spezifischen Anforderungen anzupassen, um eine optimale Überwachung und Steuerung des Energieverbrauchs zu gewährleisten.

Um die Vorteile noch transparenter zu machen, einige konkrete Beispiele: Schülergruppen oder Klassen können Energieeinsparprojekte durchführen und den Er-

folg ihrer getroffenen Maßnahmen sofort durch die Veränderung der Energieverbrauchsdaten erkennen.

Bürger können anhand der in Echtzeit vorliegenden Daten ganz konkret nachvollziehen, wie zum Beispiel die Errichtung und der Eigenverbrauch von erzeugter Energie durch eine Photovoltaikanlage den Stromverbrauch senken.

Warum ein digitale Energiemanagement?



Zählerablesungen vor Ort sind nicht mehr erforderlich; die Verwaltungsmitarbeiter können die Abrechnungen direkt am Schreibtisch erstellen. Hausmeister werden via Handy-App über abnormale Verbräuche gewarnt und können sofort vor Ort kontrollieren. Hätte der Landkreis diese Möglichkeit aktuell bereits gehabt, wäre ein 6-stelliger Schaden durch Vandalismus nicht entstanden. Der Hausmeister wäre gewarnt worden, dass ein abnormaler Wasserverbrauch durch das mutwillige Aufdrehen eines Wasserhahns vorliegt.

Weitere Anwendungsgebiete des digitalen Gebäudemanagements



- Optimierung von Energieströmen



z.B: Energie aus PV-Anlagen, die nicht zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung steht.

- Alarmierung bei Anomalien im Verbrauch

Es könnten Wasserschäden durch die Überwachung des Verbrauchs frühzeitig erkannt werden, z.B. bei Vandalismus.



Folie 9

Andere Kommunen können von den Erfahrungen des Landkreises profitieren

Landrat Robert Niedergesäß fasst die breite Wirkung des Projekts treffend zusammen: „Von einem effizienten Energiemanagement profitieren die Verwaltung, Hausmeister, Schüler und Lehrer, Bürger und das Klima. So wird der Erfolg von eingesetzten Steuergeldern direkt sichtbar! Ich danke dem Freistaat Bayern für die großzügige Förderung, ohne die diese Idee vom Landkreis nicht umgesetzt hätte werden können.“ Dieses Zitat unterstreicht die vielfältigen Vorteile, die das Projekt mit sich bringt – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Umweltbewusstsein und gesellschaftliche Teilhabe.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Innovationsring des Bayerischen Landkreistags zeigt sich das Potenzial, dass diese Initiative auch für andere Kommunen ein wegweisendes Modell sein kann. Dadurch stellt der Landkreis Ebersberg nicht nur lokal, sondern auch überregional eine Inspirationsquelle für effizientes Energiemanagement und nachhaltige Entwicklung dar. Das Ergebnis des Pilotprojekts kann über den Innovationsring anderen bayerischen Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Gefördert wird die Umsetzung der Projektidee vom Freistaat Bayern mit 500.000 Euro.

(LRA Ebersberg)

„Räume der Mobilität“ als große Chance auch für Freising: Internationale Bauausstellung in der Metropolregion München

Die Landeshauptstadt München hat gemeinsam mit Kommunen, Fachwelt, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie dem Verein Europäische Metropolregion (EMM e.V.) die Internationale Bauausstellung (IBA) „Räume der Mobilität“ in der Metropolregion München vorbereitet. Die IBA verfolgt das Ziel, die Räume der Mobilität in der Metropolregion München durch exzellente und innovative Projekte beispielgebend und nachhaltig für die Zukunft der Metropolregion München zu verbessern. Der Landkreis Freising, vertreten durch Landrat Helmut Petz und Kreisbaumeisterin Antonia Seubert, engagiert sich bereits seit 2019 für das wichtige Zukunftsprojekt IBA. Im Juni 2022 hat der Kreistag des Landkreises Freising beschlossen, sich als Gesellschafter an der IBA zu beteiligen. Gemeinsam mit den anderen Mitgesellschaftern wie der Landeshauptstadt München, dem Landkreis München, den Städten Ingolstadt und Augsburg sowie dem EMM e.V. wurde der Gesellschaftsvertrag ausgearbeitet, am 21. November 2023 wurde die IBA Gesellschaft gegründet.

Die Metropolregion München ist einer der am stärksten prosperierenden Räume Deutschlands. Das hat neben vielen positiven auch negative Folgen: Flächenengpässe und Nutzungskonkurrenzen, ein wachsender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum und nachhaltiger, bedarfsgerechter Mobilität sowie zunehmende Umweltbelastungen durch Lärm und Feinstaub. Das erfordert einen verträglichen Umgang mit urbaner Dichte sowie kurz-, mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. All diese Herausforderungen stellen sich in den Kommunen der Metropolregion München in gleicher oder ähnlicher Weise. Wir können sie nur gemeinsam bewältigen.

Die IBA in der Metropolregion München will ein international beachtetes Schaufenster für Architektur, Ingenieurbaukunst und Baukultur aus Bayern bieten. Sie wird nicht nur die erste IBA sein, die das herausfordernde Thema Mobilität in den Mittelpunkt rückt, sie wird auch die erste IBA im Freistaat Bayern sein.

Besonders an der IBA in der Metropolregion München ist zudem, dass sie rein kommunal initiiert wurde und vornehmlich von Kommunen getragen wird. Sie bildet damit den gemeinsamen Gestaltungswillen und die Innovationskraft der Städte, Landkreise und Gemeinden in der Metropolregion ab.

Die IBA wird mit Partnern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Hochschulen, Forschung und Entwicklung bei der Trägerschaft und Finanzierung von Projekten zusammenarbeiten. Sie wird die Projekte eng mit Plänen und Programmen des Freistaats und des Bundes verzahnen, denn eine wesentliche Aufgabe und Chance der IBA ist die Akquise und Vermittlung von Fördermöglichkeiten für die Projekte. Zugleich ist davon auszugehen, dass die Projekte der IBA auf allen Ebenen prioritär bearbeitet werden, um eine schnellere und wirksamere Umsetzung bis zum Präsentationsjahr 2034 zu ermöglichen. Es ist zu erwarten, dass eine IBA in der Metropolregion München erhebliche Investitionen für die gesamte Region, auch im privaten Sektor, auslösen wird.

Für die Metropolregion München ist der circa zehnjährige IBA-Zeitraum eine Chance, um Kooperationen auszubauen und neue, auf konkrete Lösungen orientierte Arbeitsprozesse zu entwickeln. Während ihrer Laufzeit kooperiert die IBA mit den bestehenden regionalen Institutionen und Partnern, die neue Projektträgerkonstellationen entwickeln und so eine neue Zusammenarbeitskultur auf allen Ebenen erproben werden. Die Impulse der IBA sollen in den regionalen Arbeitsprozessen und Strukturen weitergeführt, als Kooperation der Innovationsregion München verstetigt und nach Ablauf der IBA fortgesetzt werden.



Die Gründungsgesellschafter der IBA-GmbH von links nach rechts: Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer des EMM e.V.; Landrat Helmut Petz, Landkreis Freising; Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf, Stadt Ingolstadt; Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk, München; Oberbürgermeister Dieter Reiter, Landeshauptstadt München; Landrat Christoph Göbel, Landkreis München; Baureferent Steffen Kercher in Vertretung von Oberbürgermeisterin Eva Weber, Stadt Augsburg. (Foto: Michael Nagy/Presseamt München)

Im Herbst 2023 hat der Kreistag des Landkreises Freising einstimmig beschlossen, Landrat Helmut Petz als Mitglied in den Aufsichtsrat der IBA zu entsenden. „Wir im Landkreis Freising sind überzeugt davon, dass wir die Mobilitätsprobleme im Großraum München und in der Flughafenregion nur gemeinsam lösen können. Wir sind deshalb bereit, in der IBA bei der Umsetzung unserer gemeinsamen Mobilitätsprojekte eine engagierte Rolle zu übernehmen. Mich persönlich fasziniert der Gedanke, dass wir durch den IBA-Prozess und die darin eingebundene fachliche Expertise auch die Chance haben, auf Lösungsansätze zu stoßen, von denen wir heute vielleicht noch gar nichts wissen. Ich hoffe, dass der IBA-Prozess nachhaltige Mobilitätskonzepte hervorbringen wird, die bei uns im Großraum München gut funktionieren und vielleicht auch international Beachtung finden werden“, so Freising's Landrat Helmut Petz.

Neben den Aufsichtsratsmitgliedern hat auch die IBA Fachgruppe ihre Arbeit aufgenommen. In einem laufenden Prozess werden Leitthemen definiert, die das Ziel vor Augen haben, Projekte in der Region zu finden und neue, innovative Maßstäbe zu setzen. Die ersten Gemeinden des Landkreises Freising haben bereits signalisiert, Projekte einreichen zu wollen. Die Gemeinde Neufahrn plant, den Bahnhof als Mobilitätshub auszubauen und einen Ort der Begegnung zu schaffen. Hierbei könnten auch dringend benötigte Ansätze wie ein Lückenschluss zur U-Bahnlinie 6 mit einfließen. Auch der Stadt Freising gab die IBA einen entscheidenden Impuls zur Weiterentwicklung des Bahnhofsareals. Entstehen soll ein Stück Zukunftsstadt, bestens vernetzt mit der Stadt und der Region: neue Maßstäbe in puncto sozialer Teilhabe, ökologischer Vernetzung und klimagerechter Stadtentwicklung.



Freising's Stadtbaumeisterin Barbara Schelle (v.l.), Freising's OB Tobias Eschenbacher, Freising's Landrat Helmut Petz, Alik Rätzke vom Bauamt des Landkreises und Jonas Bellingrodt vom Amt für Stadtplanung und Umwelt der Stadt Freising haben sich beim mehrstündigen IBA-Walk im Mai vergangenen Jahres über die Möglichkeiten der baulichen Weiterentwicklung der Region Freising ausgetauscht.

Auch im internationalen Kontext präsentiert die IBA diese Maßstäbe durch Innovation, Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung und Ressourceneinsatz sowie den Vorbildcharakter beispielgebender Projekte in der Metropolregion München. Die im IBA-Prozess erprobten und umgesetzten neuen Lösungsansätze für die Gestaltung der Metropolregion in den Bereichen Mobilität, Klimaschutz, bezahlbarem Wohnraum sowie der Verbindung von Wohnen, Arbeit und Freizeit sollen Antworten geben auf Herausforderungen, die sich welt-

weit in großstädtischen Ballungsräumen stellen. Die Region München wird so mit der IBA zur Modellregion für wachsende Metropolregionen. Lösungen und Projekte, die hier umgesetzt werden, können in andere Stadtregionen in Bayern, Deutschland und weltweit exportiert werden.

Weitere Informationen zur Internationalen Bauausstellung IBA finden Interessierte im Internet unter www.iba-m.de.
(LRA Freising)



Auf großes Interesse stieß der erste IBA-Walk in Stadt und Landkreis Freising. Unter dem Motto „Räume der Mobilität“ möchte sich die Metropolregion München für die Zukunft aufstellen.

Schoko-Cashews aus Landsberg am Lech für bessere Lebensbedingungen in Tansania

Sie sind die größten und wahrscheinlich auch schmackhaftesten Cashewkerne der Welt und stammen aus dem Süden Tansanias, genauer vom Makonde-Plateau im Distrikt Newala. Bei tropischen Temperaturen gedeihen die Cashewbäume besonders gut und sind deswegen auch die Haupt-Einkommensquelle der dortigen Bevölkerung. Doch anstatt einem ökonomischen Aufschwung sowie ein geregeltes Einkommen für die Region zu generieren, werden rund 80 Prozent der geernteten Cashew für einen geringen Lohn von Großhändlern abgekauft, und zur Weiterverarbeitung nach Indien und Vietnam geschifft.

Bessere Lebensbedingungen in Tansania schaffen

Das möchte Christoph Heumos vom Start-up KOROSHO aus Finning ändern. Im März hat der Landkreis Landsberg am Lech zusammen mit KOROSHO ein neues Produkt herausgebracht: Fair angebaute Cashew aus Newala mit Zartbitterschokolade von der Landsberger Chocolaterie Dillinger überzogen. Verkauft werden die Schoko-Cashews in Märkten und Läden in der Region.

Zu den ersten Fans der Schoko-Cashews gehört Landrat Thomas Eichinger, der Newala vergangenes Jahr besucht hat. Mit dem Distrikt verbindet den Landkreis

Erstes Produkt der Regionenmarke Landsberg Ammersee Lech

Der Landkreis Landsberg am Lech und das Start-up Korosho bringen gemeinsam ein neues Cashew-Produkt auf den Markt und unterstützen damit den befreundeten Distrikt Newala in Tansania. Es ist das erste Produkt der Regionenmarke Landsberg Ammersee Lech, das für besonderes Engagement in unserem Landkreis steht.

Landsberg am Lech seit April 2023 freundschaftliche Beziehungen, die durch Heumos zustande kamen. Der Sozial-Unternehmer exportiert die Cashew-Kerne und vermarktet sie in unserer Region.

„Der Anbau von Cashews ist sehr aufwendig und arbeitsintensiv, da sie an hohen Bäumen wachsen und jede Frucht nur jeweils einen Kern hervorbringt“, berichtet Heumos. „Zudem stecken die Kerne in einer harten Schale, die ein ätzendes Öl zum Schutz des Kerns enthält, was das Knacken und Weiterverarbeiten der Kerne aufwendig macht. Die Kerne müssen vom

Fruchtfleisch getrennt, geröstet, gekühlt, geknackt, geschält, getrocknet und sortiert werden – erst dann können die Cashewkerne verkauft werden. Der Preis ist zu niedrig im Vergleich zur investierten Arbeit.“ Daher setzt Heumos sich schon seit Jahren für die Menschen im Süden von Tansania ein. „Durch den direkten Cashew-Handel und die Verarbeitung vor Ort können wir in Newala Arbeitsplätze schaffen und den Anbauerinnen und Anbauern faire Preise zahlen und somit zu besseren Lebensbedingungen beitragen.“



V.l.n.r.: Kathrin Lenvain, Landrat Thomas Eichinger, Christoph Heumos, Miriam Anton
(Foto: Leitenstorfer)



Ein Gemeinschaftsprojekt mit vielen Landkreis-Akteuren

Beteiligt am Projekt sind neben der Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungspolitik auch die Wirtschaftsförderung des Landkreises Landsberg und die Chocolaterie Dillinger in Landsberg. „Das Besondere an den Landkreis-Cashews ist nicht nur der gute Geschmack, sondern auch die soziale Verantwortung, die mit jedem Verkauf einhergeht. 10 Cent des Verkaufspreises jeder Packung Landkreis-Cashew werden direkt an die Schulen in Newala gespendet. Zudem möchten wir damit die Freundschaft bekannt machen, um mehr Menschen zu gewinnen, die sich ebenfalls einbringen möchten“, so Miriam Anton, Projekt-Koordinatorin.

„Ich freue mich auf die erste Kooperation eines Markenproduktes der Regionenmarke Landsberg Ammer-

see Lech. Unser Landkreis zeichnet sich nicht nur durch Sehenswürdigkeiten aus, sondern steht auch für Werte und Engagement. Es ist großartig, dass sich für dieses Projekt gleich mehrere lokale Unternehmen zusammengefunden haben“, sagt Kathrin Lenvain, die Wirtschaftsförderin des Landkreises.

Auch der Koordinator der Landkreis-Partnerschaft Nguche Nakutwanga vom Landratsamt in Newala ist sehr erfreut über das neue Projekt: „Ich hoffe, dass sich ein neuer Markt für unsere Cashewnüsse erschließt und sich die Job-Perspektiven für die Menschen in Newala verbessern.“

Ab sofort sind die Landsberg-Newala Cashews in den Landsberger Rewes, im Rewe Utting, Edeka Schondorf, Rewe Eching, Edeka Rott und Edeka Issing erhältlich. Weitere Märkte und Läden folgen.

(LRA Landsberg am Lech)

Für mehr regionale Bio-Produkte auf Ostallgäuer Tellern

Sie gelten als Gold-Standard unter den Lebensmitteln, schaffen es aber immer noch vergleichsweise selten in die Küchen der Bürgerinnen und Bürger oder der Gastronomie: Produkte aus der Region, am besten im Bio-Standard. Um die Bio-Regio-Quote weiter zu erhöhen, hat der Landkreis Ostallgäu in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte initiiert – von den regionalen „Genusstagen“ bis zur Förderung der Bio-Zertifizierung. „Wir erfüllen damit mehrere Zwecke: Zum einen ermöglichen wir unseren Landwirten und Verarbeitern weitere Absatzmöglichkeiten. Zum anderen tragen wir zu mehr Tierwohl, Klima- und Bodenschutz bei“, erklärt Landrätin Maria Rita Zinnecker. „Und auch die Gastronomie und die Bürger profitieren von unseren Aktionen, da ihnen immer mehr regionale Lebensmittel zur Verfügung stehen.“

Auf Wachstums- und Erfolgskurs: die Allgäuer Genusstage

Ein Projekt, das 2019 seinen Anfang im Ostallgäu und in der Stadt Kaufbeuren genommen hat und seit 2023 auch im Unterallgäu stattfindet, sind die Allgäuer Genusstage. Bei den Genusstagen lernen sich Gastronomen und Lebensmittelproduzenten kennen und sorgen gemeinsam für mehr regionale Speisen auf den Speisekarten. Die teilnehmenden Gaststätten kreieren

dazu eigene Genusstage-Gerichte und die Höfe und Betriebe bieten ein Programm aus Führungen und Besichtigungen an. Ziel der Genusstage ist es, die Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Verarbeitern und Gastronomen in der Region langfristig zu stärken. „Außerdem wollen wir das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die hochwertigen und vielfältigen Produkte, die wir im Ostallgäu zu bieten haben, weiter stärken“, sagt Zinnecker.



Stellten das Konzept der Allgäuer Genusstage 2023 vor (v. l.): Landrat Alex Eder (Landkreis Unterallgäu), Landrätin Maria Rita Zinnecker (Landkreis Ostallgäu), Michael Doll (Landgasthof Hubertus), Carmen Grimbs und Roland Popfinger (Biohof St. Johann), Daniel Kratzer und Franziska Wörle (Allgäu Aronia), Bernhard Munding (Gasthof Adler), Florentien Waldmann (Regionalmanagerin Landkreis Unterallgäu) und Jana Kaufmann (Regionalmanagerin Landkreis Ostallgäu). (Bild: Landkreis Ostallgäu)

Vom Erfolg des Genusstage-Konzepts sei der Landkreis von Anfang an überzeugt gewesen, so Zinnecker. „Zurecht, wie sich heute zeigt, denn es sind bereits einige erfolgreiche Kooperationen angestoßen worden.“ Das bestätigt beispielsweise Michael Doll, Souschef im Landgasthof Hubertus in Apfeltrang. Er beziehe Spirituosen nun unter anderem von der Waldbrand GmbH aus Wald. „Außerdem haben wir regelmäßig Gerichte vom männlichen Bio-Ziegenkitz auf der Karte, das von Familie Hampp aus Rieden am Forggensee kommt“, sagt Doll. Auch für Franziska Wörle von Allgäu Aronia in Buchloe haben die Genusstage neue Absatzwege eröffnet und es ermöglicht, „den Fuß in das ein oder andere Gasthaus zu bekommen“. Unter anderem habe Allgäu Aronia mit der Gifhütte in Kaufbeuren und dem Landgasthof Hubertus langfristige Partner gewonnen.

Koordiniert werden die Genusstage von den Landkreisen Ostallgäu und Unterallgäu. 2023 beteiligten sich insgesamt 42 Gastronomen sowie 59 Landwirte und Verarbeiter an der Aktion. Die Genusstage finden seit 2019 jährlich statt. Neben der zweiwöchigen Aktion gibt es auch interne Vernetzungs- und Informationsveranstaltungen für das Netzwerk.

Regionale (Weihnachts-)Geschenke

Zu Weihnachten veröffentlicht das Regionalmanagement des Landkreises jährlich zudem eine Liste mit regionalen Weihnachtsgeschenken. Alle Produkte stammen von heimischen Landwirten und Erzeugern, die auch Teil der Allgäuer Genusstage sind. Insgesamt stehen hunderte von Produkten von über 30 Anbietern

zur Auswahl – zum Beispiel Allgäuer Bio-Spekulatius, verschiedene Käsesorten, Demeter-Honig oder ganze Geschenkkörbe. Außerdem können Gutscheine der Genusstage-Gasthöfe erworben werden. „Die hochwertigen und leckeren Lebensmittel eignen sich hervorragend als kleine oder auch größere Geschenke für Bekannte, Freunde oder Familienmitglieder“, sagt Zinnecker. Das freue nicht nur die Beschenkten, sondern unterstütze auch die heimischen Landwirte und Verarbeiter. Regionalmanagerin Jana Kaufmann ergänzt: „Die meisten Geschenkideen sind übrigens nicht nur zu Weihnachten, sondern das ganze Jahr über verfügbar.“

Öko-Modellregion Ostallgäu

An einem Strang mit dem Regionalmanagement des Landkreises zieht die staatlich anerkannte Öko-Modellregion Ostallgäu. Ihr Credo sind mehr Wertschätzung und mehr Wertschöpfung für die regionale Bio-Landwirtschaft. „Wir haben etwa 22 Prozent Bio-Betriebe im Ostallgäu, die rund 25 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bewirtschaften“, berichtet Zinnecker. „Damit stehen wir schon relativ gut da, haben aber auch noch reichlich Luft nach oben.“

Eine große Rolle bei der Öko-Modellregion spielt das Thema Bio-Rindfleisch. Denn das fällt im Ostallgäu, das gerade im Süden stark von der Milcherzeugung geprägt ist, durch die Kälber der Milchkühe quasi als Nebenprodukt zwangsläufig mit an. Damit diese Kälber möglichst lange bei ihrer Mutter bleiben und anschließend in der Region geschlachtet und verspeist werden,

setzt die Öko-Modellregion verschiedene Maßnahmen um. Beim Praxisdialog zur kuhgebundenen Kälberaufzucht können sich Landwirte beispielsweise informieren, wie sie ihre Kälber selbst aufziehen können. Um die Landwirte auch bei der Vermarktung zu unterstützen, wurde in Zusammenarbeit mit der Öko-Modellregion Oberallgäu-Kempten außerdem eine Online-Vermarktungsplattform gestartet. Unter der Internetadresse www.milch-und-fleisch.de finden Verbraucherinnen und Verbraucher eine gebündelte Übersicht, wo und wann regionales Bio-Rindfleisch von den Direktvermarktern im Landkreis angeboten wird.



Stefan Schreyer vom Biolandhof Schreyer erklärt den Teilnehmenden des Praxisdialogs sein System der kuhgebundenen Kälberaufzucht. (Bild: Landkreis Ostallgäu/Anne Roth)

Der Frage, wie mehr Bio-Rindfleisch aus der Region insbesondere auf die Teller der Gastronomie gebracht werden kann, widmet sich die Veranstaltung „Bio und Ganztierverwertung in der (Betriebs-)Gastronomie“, die die Öko-Modellregion gemeinsam mit dem Regionalmanagement anbietet. Bei der Ganztierverwertung (oder auch „from nose to tail“ genannt) geht es um die In-Wert-Setzung des gesamten Tieres, indem das Tier in der Küche die maximale Verwendung findet. „Am häufigsten finden sich die sogenannten Edelteile vom Rind auf den Speisekarten“, erklärt Regionalmanagerin Jana Kaufmann. Doch Stücke wie Filet, Roastbeef, Rücken oder Hüfte machten nur einen kleinen Teil eines Rindes aus. Über 60 Prozent der verkaufsfertigen Teile seien weniger beliebte Teile wie Ragout, Siedfleisch, Schulterbraten, Innereien oder andere Nebenprodukte wie Ochsenmaul oder -schwanz. Die Verarbeitung dieser Stücke sei zwar vergleichsweise anspruchsvoll, die

niedrigeren Kosten rechtfertigten wirtschaftlich jedoch den Mehraufwand.

Ein weiteres Format, das Angebot und Nachfrage bei regionalen Bio-Produkten ankurbeln soll, ist die Vernetzungsveranstaltung „Land.Gast.Wirt“, die ebenfalls von Öko-Modellregion und Regionalmanagement gemeinsam angeboten wird. Dabei können sich regionale (Bio)-Anbieter und -Abnehmer gegenseitig über die Angebote beziehungsweise Nachfrage im Bereich heimischer Produkte informieren – quasi in einem kulinarischen Speeddating. Damit sich Gastronomen und

Köche gleich vor Ort von der Qualität der Lebensmittel überzeugen können, bringen die Landwirte und Verarbeiter Kostproben zu der Veranstaltung mit. Wie wertvoll der persönliche Austausch ist, bekräftigt Christoph Engert von der Wildnismanufaktur: „Gerade bei so besonderen Produkten wie unseren Kräuterseitlingen sind ein persönliches Gespräch und Kostproben Gold wert.“ Bei der jüngsten Veranstaltung bei der Waldbrand GmbH wurden neben den Kräuterseitlingen auch Bier, Fleisch, Käse und Kartoffeln sowie Edelbrände, Essig, Öl, Senf und Hanfnudeln präsentiert. Auch kü-

chenfertige Rindfleischbolognese, Produkte aus der Aroniabeere und Heumilchis waren unter den regionalen Bio-Produkten zu finden.

Erfolgreiche Förderung der Bio-Zertifizierung von Gastronomiebetrieben

Wer mit „Bio“ oder „Öko“ wirbt, muss wissen: Beide Begriffe sind gesetzlich geschützt; wer damit wirbt, muss sich zertifizieren lassen. Um lebensmittelverarbeitenden Betrieben und Gastronomiebetrieben den Einstieg in die Bio-Zertifizierung zu erleichtern, fördert die Öko-Modellregion diese mit 75 Prozent der Nettokosten in den ersten zwei Jahren. Förderberechtigt sind unter anderem Gastronomie- und Betriebsgastronomie-Betriebe, Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, Cateringunternehmen und lebensmittelverarbeitende Betriebe wie Metzger, Bäcker oder Braue-

reien. Mit Erfolg: Zuletzt haben drei weitere Gasthäuser im Ostallgäu ihre Bio-Zertifizierung erworben: die Stegmühle in Biessenhofen, die Gifhütte in Kaufbeuren und der Gasthof Engel in Pfronten-Kappel. „Eine Bio-Zertifizierung bedeutet übrigens nicht, dass alle Zutaten auf Bio umgestellt werden müssen“, erläutert Öko-Modellregion-Managerin Mader. „Es ist möglich, nur bestimmte Zutaten in Bio-Qualität einzusetzen – zum Beispiel Bio-Rindfleisch, Bio-Eier oder Bio-Milch – und dies entsprechend zu bewerben.“

Dass die Öko-Modellregion ihre Arbeit auch nach September 2024 für drei weitere Jahre verstetigen kann, hat der Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt entschieden. „Die Öko-Modellregion leistet überzeugende Arbeit im Bereich der bio-regionalen Wertschöpfung“, sagt Zinnecker. „Trotzdem gibt es noch viel Entwicklungspotenzial. Ich freue mich daher sehr über die Verlängerung des Projekts.“

Mehr Informationen auf www.allgaeuer-genusstage.de und oekomodellregionen.bayern/ostallgaeu
(LRA Ostallgäu)



Franziska Wörle von Allgäu Aronia präsentiert Simon Schlachter von der Blauen Burg Falkenstein ihren Aroniawein. (Bild: Landkreis Ostallgäu)

Grenzüberschreitende Daseinsvorsorge eröffnet vielversprechende Perspektiven im Landkreis Regen

Die Lebensqualität und die Grundversorgung in den grenznahen Gebieten zwischen dem Landkreis Regen und der Region Pilsen auf zukunfts feste Füße zu stellen, sind für den Regener Landrat Dr. Ronny Raith und den Pilsener Regionspräsidenten Rudolf Špoták gleichermaßen wichtig. Welche Perspektiven die grenzüberschreitende Kooperation in den verschiedensten Bereichen von der Gesundheitsversorgung bis zur Infrastruktur bietet, wurde Anfang März bei einem Gespräch eruiert. Neben Landrat Dr. Raith und Regionspräsident Rudolf Špoták hat daran auch dessen Stellvertreter, Pavel Čížek, teilgenommen.

Wirtschafts- und Urlaubsregion im Herzen Europas

Regionspräsident Špoták hieß Landrat Dr. Raith herzlich in Pilsen willkommen: „Ich freue mich sehr über Ihren Besuch und hoffe, dass wir an die bisherige gute Zusammenarbeit anknüpfen können.“ Raith dankte Špoták und betonte seine Absicht, die Beziehungen in Zukunft auszubauen. Schließlich sei man wie jenseits der Grenze Teil einer Wirtschaftsregion im Herzen Europas und Austausch und Kooperation somit für beide Seiten gewinnbringend. „Ich möchte mich auch

bedanken, dass unsere Koordinierungsstelle Bayern-Böhmen hier in Pilsen ein Informationsbüro unterhalten darf. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir uns als Urlaubsregion hier präsentieren dürfen, sondern ein Zeichen der gegenseitigen Freundschaft und des Willens zur Zusammenarbeit.“ Das wisse man zu schätzen. Persönliche Treffen wie dieses halte er für sehr wichtig, so der Landrat weiter, denn wenn man sich kenne und verstehe, könne man auch gut zusammenarbeiten.

Sicherstellung der medizinischen Versorgung

Špoták erklärte, dass er die Entwicklungen in Deutschland mit großem Interesse verfolge und erkundigte sich bei Raith nach den aktuellen Herausforderungen im Landkreis Regen, beispielsweise im Gesundheitswesen. Ein wesentliches Ziel sei, so der Regener Landrat, die beiden Krankenhäuser im Arberland aufrechtzuerhalten, um die bestmögliche medizinische Versorgung im Landkreis sicherzustellen. „Mir ist beispielsweise die Bedeutung der Geburtsklinik in Zwiesel für den Grenzraum sehr bewusst“, versicherte der Landrat. „Ich weiß, dass viele Frauen aus Tschechien dorthin kommen, um zu entbinden.“ Špoták bestätigte die Situation: „In der Tat ist es für viele tschechische Bürger in der Grenzregion leichter, Zwiesel zu erreichen, als ein Krankenhaus auf tschechischer Seite.“ Im Gegenzug hätten es aber viele aus dem Landkreis Cham kürzer zum Krankenhaus in Domažlice. Beide Seiten profitierten also von einer grenzübergreifenden Kooperation. „Da laufen Sie bei mir offene Türen ein“, so Landrat Dr. Raith. Er verstehe nicht, warum so viele bürokratische Hürden aufgebaut würden, wenn es um die Versorgung der Bevölkerung gehe und alle von der Zusammenarbeit sehr viel hätten.

Herausforderungen bei den Feuerwehren

Sowohl die bayerische als auch die tschechische Seite waren sich schnell einig, dass auch die Kooperation im Bereich der Feuerwehren sehr wichtig ist. „Leider sind die Organisationsstrukturen der deutschen und der tschechischen Feuerwehr sehr unterschiedlich“, bedauerte Špoták. Auf tschechischer Seite sei sie zentral von Pilsen aus gesteuert, auf deutscher Seite seien oft verschiedene Gemeinden die Ansprechpartner. Der Landrat verwies darauf, dass es auch auf Landkreisebene im Bereich der Feuerwehren Strukturen gebe und man Anregungen von tschechischer Seite natürlich gerne aufnehme. Er bot an, sich für ein Abkommen über eine grenzüberschreitende Alarmierung einzusetzen. Dies sei am sinnvollsten, auch wenn hierfür die Regelung in einem Vertrag notwendig sei.

Leistungsfähige Infrastruktur

Auch die Situation im Bereich Infrastruktur wurde thematisiert. „Für eine gute Entwicklung in der Grenzregion ist es entscheidend, dass wir grenzüberschreitend eine gute Infrastruktur haben, was Straße und Schiene betrifft“, so Raith. „Mein Anliegen ist es, eine möglichst reibungslose Zugverbindung von Plattling in Richtung

Pilsen und Prag sicherzustellen.“ Dies griff Pavel Čížek, stellvertretender Regionspräsident für den Bereich Verkehr, sofort auf: „Uns ist sehr an einer engen und langfristigen Zusammenarbeit gelegen und wir halten es für sehr wichtig, das gemeinsame grenzüberschreitende Ticket noch bekannter zu machen.“ Neben einem angepassten Buskonzept für den Nationalpark Šumava plane man langfristig, nach der Zugstrecke Furth im Wald – Domažlice auch die Strecke zwischen dem Grenzbahnhof Eisenstein und Klattau zu elektrifizieren, um so eine schnellere Verbindung zu schaffen. „Für uns ist die Zugverbindung zwischen Prag und München von großer Bedeutung“, betonte Čížek. Raith bestätigte: „Eine bessere Erschließung in beide Richtungen wäre für uns alle eine Win-win-Situation.“ Er verwies darauf, dass man auf Seiten des Landkreises Regen derzeit ein neues ÖPNV-Konzept erarbeite, das einen Fokus auch auf den grenzübergreifenden Verkehr und die Pendler legen werde.

Zum Abschluss des Gesprächs dankte Raith den Vertretern der Region Pilsen für den konstruktiven Austausch und sprach eine Einladung nach Deutschland aus: „Wir würden die Zusammenarbeit gerne intensivieren und Sie in diesem Zuge zu einem Besuch ins Arberland einladen.“ Diesen Vorschlag nahm die tschechische Seite erfreut auf. Ein Termin zum drumherum oder zum 150-jährigen Jubiläum des Pichelsteinerfests, so der Landrat, biete sich an.

(LRA Regen)



Austausch zwischen der Region Pilsen und dem Landkreis Regen (v.l.): stellvertretender Regionspräsident Pavel Čížek, Regionspräsident Rudolf Špoták, Landrat Dr. Ronny Raith und Simona Fink von der Koordinierungsstelle Bayern-Böhmen nach dem Termin im Zentrum von Pilsen (Foto: Iris Gehard / LRA Regen)

Der Landkreis Kronach startet „KarriereClick – Das Karriereportal“

Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig. Um diesem entgegenzuwirken, beschreitet der Landkreis Kronach neue Wege mit seiner ins Leben gerufenen Online-Plattform „KarriereClick – Das Karriereportal für den Landkreis Kronach“. Auf eine neue Art und Weise werden damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch näher zusammengeführt. „Es handelt sich hierbei um eine interaktive Plattform, die sich gleichermaßen an Arbeitgeber und Arbeitnehmer richtet, dabei aber bereits frühzeitig gezielt auch Schülerinnen und Schüler anspricht. Unser Karriereportal vernetzt die Bereiche Wissenschaft, Wirtschaft sowie schulische und berufliche Bildung und soll somit die Potenziale der Region bündeln und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Landkreis Kronach dienen“, betont Landrat Klaus Löffler.

Kostenlos, unkompliziert, interaktiv und breitgefächert

Das für Unternehmen und Suchende kostenlose Karriereportal bietet ein breitgefächertes Angebot an regionalen Praktika, Ausbildungsstellen und Stellenangeboten. Daher spricht KarriereClick alle Generationen unabhängig von der jeweiligen Qualifikation an und bietet aus einer Hand Informationen zur Berufsfindung, zu

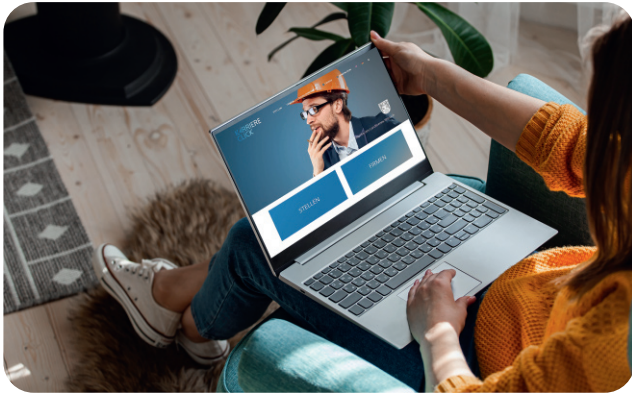
Karriereevents, Ausbildungsplätzen oder Festanstellungen. Ebenso werden Ferienjobs, Werkstudententätigkeiten oder Firmen, die Abschlussarbeiten betreuen, vermittelt. Das KarriereClick-Karriereportal ist somit besonders breit aufgestellt und dient als Brennglas zur Stärkung des Landkreises. Interessierte Firmen können sich unkompliziert und kostenfrei auf dieser Plattform präsentieren.



Der Kronacher Landrat Klaus Löffler und Julia Fischer vom Regionalmanagement während des Pressetermins zum Kick Off von „KarriereClick – Das Karriereportal für den Landkreis Kronach“



Regionalmanagerin Julia Fischer stellt das „KarriereClick-Portal“ vor.



Das „KarriereClick-Portal“ ist ganz bequem über den PC oder auch unkompliziert über das Smartphone aufrufbar.

Nach nur wenigen Wochen zeigt sich bereits, dass der Landkreis Kronach damit einen Nerv getroffen hat, nutzen doch bereits mehr als 50 Unternehmen des Landkreises mit über 200 Stellenangeboten den „KarriereClick“ – Tendenz steigend. Damit das interaktive Karriereportal weiterwachsen kann, ergänzen verschiedene Marketingmaßnahmen sowie eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit den Start des Portals.

Unterstützung im Kampf gegen den Fachkräftemangel

Das Karriereportal markiert durch die Art und Form seiner Gestaltung den Charakter der modernen Kreisentwicklung. „Wir freuen uns sehr, dass wir in einem so intensiven Austausch mit vielen Unternehmen und Schulen des Landkreises stehen und nun mit unserem KarriereClick-Karriereportal eine ganzheitliche, breitgefächerte und interaktive Plattform anbieten können, die unsere Region wirkungsvoll unterstützt und die uns hilft, dem Fachkräftemangel zu begegnen“, betont Susanne Faller vom Regionalmanagement des Landkreises Kronach, die vor allem den Netzwerk-Charakter des Karriereportals herausstellt. Unterstrichen wird dieser nicht zuletzt auch durch einen Newsletter, der sich gezielt an junge Mitbürger richtet.



Werbematerial für „KarriereClick – das Karriereportal für den Landkreis Kronach“ in Form von Postkarten für Jobsuchende und Schülerinnen und Schüler zur Berufsorientierung mit QR-Code

KarriereClick – Das Karriereportal für den Landkreis Kronach ist

- ...ein wachsendes Netzwerk, welches durch die zielgerichtete Ansprache über den „Chance-Heimat“-Newsletter junge Menschen mit ihrer Region verbindet und über attraktive, regionale berufliche Möglichkeiten auf dem aktuellsten Stand hält.
- ...Anlaufstelle für alle Generationen und Qualifikationen: Neben regionalen Praktika, Ausbildungsstellen und Festanstellungen bietet das Karriereportal auch ein breites Spektrum an Werkstudententätigkeiten, Ferien- oder Minijobs an. Auch Unternehmen, die die Betreuung von Abschlussarbeiten oder Studienarbeiten anbieten, werden vermittelt.
- ...ein ganzheitliches, interaktives Portal, welches Informationen zur Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler bietet und sie mit wertvollem Input aus einer Hand versorgt.
- ...ein wirkungsvolles Instrument, um dem Fachkräftemangel in der Region zu begegnen und den Unternehmen im Landkreis Kronach eine möglichst große Aufmerksamkeit zu bieten. So präsentiert sich letztlich auch der Landkreis Kronach als attraktiver Arbeitgeber im Kronacher Karriereportal.
- ...das Informationsportal für Karriereevents und Workshops in der Region und erste Anlaufstelle in Bezug auf Informationen zur jährlich stattfindenden Kronacher Ausbildungs- und Berufsmesse. Dabei handelt es sich um eine Veranstaltung des Landkreises, die bereits seit über 20 Jahren stattfindet, die sich zu einer festen Institution gemausert hat und die sich wachsender Beliebtheit erfreut.
- ...dient als Brennglas, um den Landkreis Kronach als Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln und die Region zu stärken.

Vorsorge ist die halbe Miete: Notfallmappen im Landkreis Fürth

Der Landkreis Fürth und die Sparkasse Fürth setzen auf ein bewährtes Angebot. Die sogenannte Notfallmappe geht mit der zweiten Auflage an den Start und ist ab sofort verfügbar. Interessierte können mit dieser Mappe gut regeln, wie in jeder Lebenslage in ihrem Sinne gehandelt werden soll. Manchmal passieren unerwartete Dinge.

Ein Unfall oder eine unerwartete Krankheit und plötzlich sind Dinge wie Vorsorgevollmachten, Gesundheitsdaten, Ärztekontakte oder evtl. sogar Organspendeausweis oder Testament gefragt. Damit Betroffene oder Angehörige das dann nicht alles kurzfristig organisieren und entscheiden müssen, gibt es im Landkreis Fürth die sogenannte Notfallmappe. Diese Mappe ist bereits im vergangenen Jahr mit Hilfe von Geldern aus der Sparkassenstiftung „Eigenständig leben im Alter“ entstanden.

„Auch die zweite Auflage unterstützt die Stiftung finanziell. In der Mappe können wichtige Dokumente gesammelt werden. Außerdem soll sie eine Hilfestellung sein, welche Dokumente überhaupt relevant sind. Dazu zählen beispielsweise Vollmachten, aber auch die Patienten- und Betreuungsverfügung“, so Adolf Dodenhöft, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Fürth, bei der Vorstellung der Notfallmappe. Verfügbar sind die Notfallmappen ab sofort im Landratsamt Fürth in den

„Die Notfallmappe ist für Jung und Alt ein tolles Angebot. Im Fall der Fälle ist es dann leichter zu agieren und zu entscheiden. Nehmen Sie das Angebot deshalb wahr, denn Vorbereitung ist oft die halbe Miete“, so Landrat Bernd Obst.

Dienststellen Fürth und Zirndorf, in den Geschäftsstellen der Sparkasse Fürth im Landkreis sowie über die Seniorenvertretungen und Fachstellen vor Ort.

Die Unterlagen für die Notfallmappe können künftig auch kostenfrei im Internet unter <https://www.landkreis-fuerth.de/zuhaus-im-landkreis/jugend-familie-und-senioren/senioren/notfall-mappe.html> heruntergeladen werden.



Fragen rund um die Notfallmappe können Interessierte an die Seniorenbeauftragte Tanja Maier richten. Kontakt: Seniorenbeauftragte Tanja Maier
Tel.: 0911/9773-1226

Mail: t-maier@lra-fue.bayern.de

Diese Information findet man auch auf der Homepage des Landkreises www.landkreis-fuerth.de.

(LRA Fürth)

Kreistag Weißenburg-Gunzenhausen positioniert sich gegen Rechtsextremismus

Anfang des Jahres sind Menschen in ganz Deutschland gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf die Straße gegangen. Ein wichtiges Zeichen zur Verteidigung unseres Grundgesetzes und unserer Demokratie! Auch der Kreistag des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen mit Landrat Manuel Westphal und den Fraktionsvorsitzenden an der Spitze positioniert sich ganz klar gegen rechtsextremistische Strömungen und sagt NEIN zu rechts-extremen Stimmungen in unserem Land.

Wir müssen genau hinschauen und unterscheiden, wer das verfassungsrechtlich geschützte hohe Gut der „freien Meinungsäußerung“ bewahren möchte und sich dafür einsetzt, und wer dies nur zum Schein tut, um zu einem späteren Zeitpunkt genau dieses Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken oder abschaffen möchte.

Der Kreistag des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen begrüßt die friedlichen Demonstrationen ausdrücklich. Eine starke Zivilgesellschaft, die sich für den Schutz der Menschenwürde und das Recht auf freie Meinungsäußerung einsetzt, ist eine wichtige Säule, die den Fortbestand unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sichert und menschenverachtenden Parolen eine klare Absage erteilt.

(LRA Weißenburg-Gunzenhausen)

„Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen, auch von Widersprüchen und Diskussionen. Allerdings müssen jeder Demokrat und jede Demokratin den Kern unserer Verfassung wahren und verteidigen, nämlich die Würde jedes Menschen! Extremistisches Meinungsgut und menschenverachtende Positionen haben in unserem Landkreis, in unserem Land keinen Platz!“, so Landrat Manuel Westphal.



Vertreter der Kreistagsfraktionen des Kreistags Weißenburg-Gunzenhausen
(Foto: LRA Weißenburg-Gunzenhausen / Sabrina Huf)

Landkreis Neumarkt i.d.OPf. in mobilen und digitalen Fragen weit vorne

Ein Jahr digitaler Bauantrag

Im Dezember 2022 hat der Landkreis Neumarkt den digitalen Bauantrag eingeführt, damit steht allen Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Unternehmen ein nutzerfreundlicher Online-Prozess für baurechtliche Verfahren zur Verfügung. Mit Ausnahme der Anträge auf Genehmigungsfreistellung und isolierte Befreiung, die bei der jeweiligen Gemeinde einzureichen sind, können alle Bauanträge digital beim Landratsamt eingereicht werden. Insgesamt sind von 01.12.2022 bis 30.11.2023 im Bauamt des Landkreises 124 Bauanträge digital eingegangen. Das entspricht einer Quote von 14 %.

Vorteile des digitalen Verfahrens

Eine Pflicht zur digitalen Einreichung eines Bauantrages besteht derzeit noch nicht, das digitale Verfahren bietet aber einige Vorteile: So ist dadurch eine schnellere Bearbeitung durch parallele Gemeindebeteiligung

„Wir freuen uns sehr, dass wir mit diesem digitalen Angebot unsere Serviceleistungen nochmals optimieren konnten und diese Serviceleistung immer mehr in Anspruch genommen wird. Als Wachstumslandkreis mit einer starken Bauwirtschaft ist das besonders wichtig“, hebt Landrat Willibald Gailler zusammen mit Abteilungsleiterin Carmen Boßle, Bauamtsleiterin Helga Huber und stv. Bauamtsleiterin Katharina Seitz bei der Zwischenbilanz hervor.

und Vollständigkeitsprüfung möglich, auch die beteiligten Fachstellen können sofort auf den Antrag zugreifen. Gleiches gilt für Nachreichung zu digital eingereichten Bauanträgen. Mittels Nachreicheassistenten bekommen auch hier das Bauamt, die Gemeinden und die Fachstellen direkt Zugang zu den später eingereichten Unterlagen.



(Foto: Rita Pirkel,
Landratsamt Neumarkt i.d.OPf.)

Positive Nebeneffekte

Erfreulicher Nebeneffekt der digitalen Antragstellung: Durch die Verringerung an Papieranträgen können wertvolle Ressourcen geschont, Platz eingespart und zeitaufwendige Postwege vermieden werden. Auch die Gemeinden profitieren, weil sie die Anträge in passendem Format als Sitzungsvorlage übermittelt bekommen.

Da bei der digitalen Antragstellung auf Unterschriften verzichtet wird, ist eine gehobene Authentifizierung mittels einer BayernID erforderlich. Diese kann über das BayernPortal <https://id.bayernportal.de/de> beantragt werden.

Weitere Informationen zum digitalen Bauantrag gibt es auf der Homepage des Landkreises www.landkreis-neumarkt.de.

Absolute Rekordzahlen bei Rufbus und Anrufsammeltaxi (AST)

Auch in Fragen der Mobilität tut sich im Landkreis Neumarkt i.d. OPf. einiges. „Wir haben 2023 mit 60.034 Fahrgästen nicht nur unser Vor-Corona-Niveau weit übertroffen, sondern so viele Fahrgäste befördert wie

Der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. ist eines der Vorzeigebiete für funktionierende Rufbus-Linien: 2023 wurden gut 60.000 Fahrgäste in den Rufbussen und Anrufsammeltaxen gezählt. Das sind 5.600 und damit über 10 % mehr als im Vorjahr, das ohnehin schon ein Rekordjahr war. Im September 2011, zum Start des Angebots, waren es lediglich 725 Fahrgäste.

noch nie. Bei den Rufbussen sind die Fahrgastzahlen um knapp 6 % gestiegen, bei den Anrufsammeltaxen haben sie sich um über 36 % erhöht. Das Rufbus- und das AST-System etabliert sich damit Schritt für Schritt als Daseinsvorsorge in Sachen Mobilität für Jung und Alt in unserem Landkreis“, freute sich Landrat Willibald Gailler zusammen mit seinen Mitarbeitern Isabel Meier, Christine Federl, Michael Endres und Michael Gottschalk sowie dem Taxiunternehmen Wendt bei der Auswertung der Nutzerzahlen 2023.



(Foto: Katharina Scharl, LRA Neumarkt i.d.OPf.)

ÖPNV als Standortfaktor

Im Zeichen des demografischen Wandels wird es auch für den ländlichen Raum immer wichtiger, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen, um als Standort attraktiv zu bleiben. Um die Grundversorgung für Familien, Auszubildende und ältere Personen, die keinen eigenen PKW haben, zu verbessern, wurde daher Zug um Zug ein Rufbussystem aufgebaut.

Ein entsprechendes Pilotprojekt mit den Gemeinden Deining und Velburg begann bereits im September 2011. Im Laufe der Jahre 2012 und 2013 kamen Rufbussysteme in Postbauer-Heng und Pyrbaum sowie in Berg, Lauterhofen, Pilsach, Breitenbrunn, Dietfurt, Hohenfels, Lupburg und Parsberg hinzu. 2014 folgten Berching, Seubersdorf und Mühlhausen sowie Anfang 2016 noch Tyrolsberg. Seit April 2016 verfügt der Landkreis mit der Einführung des Rufbusses Freystadt/Berngau über ein flächendeckendes System.

Spitzenposition im ländlichen Raum

In den Gemeinden Berg, Postbauer-Heng und Pyrbaum, Pilsach und Lauterhofen, Sengenthal, Mühlhausen und Berching wurde dieses System bereits in den vergangenen Jahren um ein Anrufsammeltaxisystem für die Abendstunden und das Wochenende ergänzt. Im Dezember 2021 kamen die Gemeinden Freystadt und Berggau sowie Velburg und Deining dazu und seit Oktober letzten Jahres auch die gesamte Region um Parsberg, so dass nun auch das Anrufsammeltaxi flächendeckend zur Verfügung steht. „Damit kann bei uns von Montag bis Sonntag von frühmorgens bis kurz nach Mitternacht der ÖPNV genutzt werden. Damit nehmen wir eine Spitzenposition in Sachen Mobilität im ländlichen Raum und beim Klimaschutz ein“, zeigte sich der Landkreischef stolz und zufrieden mit der sehr guten Entwicklung. Er dankte auch der Regina GmbH für die gelungene Kampagne für die Nutzung des ÖPNV.
(LRA Neumarkt i.d.OPf.)

Geburtstage



Am 18. Januar 2024 feierte Landrat **Stefan Löwl** seinen 50. Geburtstag. Bevor er 2014 erstmals zum Landrat des Landkreises Dachau gewählt wurde, war Löwl u.a. Zeitsoldat und Rechtsanwalt. 2004 trat er in den Öffentlichen Dienst ein und wechselte 2010 vom Bund zum Freistaat, der ihn ans Landratsamt Dachau versetzte. Beim Bayerischen Landkreistag engagiert sich der 3-fache Familienvater seit 2014 im Landesausschuss und war bis zu seinem Wechsel in den Ausschuss für Finanzen und Sparkassen 2020 Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung.



Den 60. Geburtstag feierte Landrat **Stefan Röble** am 16. März 2024. Der ehemalige Polizeikommissar und Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf am Lech wurde 2002 erstmals zum Landrat des Landkreises Donau-Ries gewählt. Von 2002 bis 2014 war er Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag. Seit 2020 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen, dessen Mitglied er bereits seit 2014 war. Der Vater von 5 Kindern ist weit über bayerische Grenzen auch als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU und insbesondere durch seinen entwicklungspolitischen Einsatz im Rahmen der „1000 Schulen für unsere Welt“ bekannt.
(Foto ©Gregor Wiebe)



Landrat **Siegfried Walch** wurde am 8. April 2024 40 Jahre alt. Bis zu seiner Entscheidung für das Amt des Landrates im Landkreis Traunstein zu kandidieren, das er seit 2014 innehat, war der Betriebswirt (HWK), Geschäftsführer und Gesellschafter der von ihm mitgegründeten Autohaus Walch GmbH. Daneben hat er sich kommunalpolitisch wie etwa als Gemeinderat der Gemeinde Inzell oder Kreisrat des Landkreises Traunstein engagiert. Beim Bayerischen Landkreistag ist er seit 2014 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.



Am 17. April 2024 feierte Landrat **Thomas Eichinger** seinen 50. Geburtstag. Bevor der Jurist 2014 erstmals zum Landrat des Landkreises Landsberg a. Lech gewählt wurde, war er bereits von 1996 bis 2014 Gemeinderat in Schondorf am Ammersee und seit 1996 Kreisrat in Landsberg am Lech gewesen. Beim Bayerischen Landkreistag war er seit 2014 Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und ist seit 2020 dessen Vorsitzender. Seit 2022 ist Eichinger bayernweit u.a. wegen seines Engagements als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern bekannt.

Wahlen



Landrätin **Eva Treu** hat am 31. Januar 2024 als Nachfolgerin von Landrat a.D. Thorsten Freudenberger, MdL, ihr Amt im Landkreis Neu-Ulm angetreten. Die Wirtschaftsingenieurin mit u.a. einem Master in Erneuerbare Energien war zuvor Projektlogistikerin bei Liebherr-Logistics und Projektleiterin bei der Hochschule Biberach. Neben ihrem Mandat als Stadträtin der Stadt Neu-Ulm, das sie von 2020 bis 2024 ausübte, war sie seit 2020 auch Kreisrätin im Landkreis Neu-Ulm. Beim Bayerischen Landkreistag ist sie seit März Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales.



Landrat **Armin Kroder**, Nürnberger Land, wurde im Saale-Holzland-Kreis am 23. April bei der 128. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Landkreistags einstimmig zu dessen neuen Vorsitzenden gewählt. In diesem war der ehemalige Richter und Staatsjurist als Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag bereits seit 2008 Mitglied. Als Leiter der Projektgruppe "Personal und Führung" beim Bayerischen Innovationsring befasst sich Kroder insbesondere mit den Herausforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung für das Personal und die Führung an den Landratsämtern ergeben. Kroder wurde 2008 erstmals zum Landrat des Landkreises Nürnberger Land gewählt.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de